

Deutschland und Israel heute:

Zwischen Verbundenheit und Entfremdung

Deutschland und Israel heute:

Zwischen Verbundenheit und Entfremdung

Jenny Hestermann, Roby Nathanson und Stephan Stetter

Inhalt

Vorwort	6
1 Einleitung	7
1.1 Methodische Hinweise	8
2 Selbstbild und Fremdbild: Was verbinden Deutsche und Israelis miteinander?	9
3 Politische Einstellungen in Deutschland und Israel	12
3.1 Verständnis und Wahrnehmung der Demokratie	12
3.2 Haltungen zu gesellschaftlicher Vielfalt	16
4 Deutsch-israelische Beziehungen heute	18
4.1 Kontakte und Besuche im Land	18
4.2 Gegenseitiges Interesse und Informiertheit	20
4.3 Meinungsbild über Land und Regierung	22
5 Erinnern an den Holocaust, Gedenken, Verantwortung	26
5.1 Relevanz der NS-Vergangenheit für die Beziehungen heute	26
5.2 Bedeutung der Erinnerung für die Politik	30
5.3 Verantwortung als Folge aus der Vergangenheit	31
6 Einschätzungen der Konflikte im Nahen Osten	36
6.1 Der israelisch-palästinensische Konflikt	36
6.2 Die Auseinandersetzung mit Iran	40
7 Judentum und Antisemitismus in Deutschland	43
7.1 Wahrnehmung von Antisemitismus in Deutschland	44
7.2 Antisemitische Einstellungsmuster	48
8 Wahrnehmung der deutsch-israelischen Kooperation	53
9 Schlussbetrachtung: Die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen	56
10 Literaturverzeichnis (Auswahl)	59
11 Kontinuität trotz Wandel? Einblicke in das deutsch-israelische Verhältnis	61
Ein Schlusswort von Prof. Dan Diner	61
Impressum	66

Vorwort

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel. Seit ihrer Gründung vor 45 Jahren engagiert sich die Bertelsmann Stiftung mit unterschiedlichen Projekten und in enger Kooperation mit israelischen Partner:innen für die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. So kooperierte sie viele Jahre mit einem Institut zur Demokratie- und Toleranzerziehung, errichtete die erste Journalistenschule Israels und initiierte vor mehr als zwei Jahrzehnten den Deutsch-Israelischen Young Leaders Austausch, ein Dialog- und Kooperationsprogramm für Fach- und Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien, Kunst und Kultur beider Länder.

Dank der Arbeit vieler Akteure in diesem Feld haben sich Deutschland und Israel in den vergangenen Dekaden in erstaunlicher Weise angenähert und pflegen heute intensive Beziehungen auf allen Ebenen und in den unterschiedlichsten Bereichen. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der Generationen, die den Schrecken der Vergangenheit aus eigenem Erleben kannten. Sie wussten, wie wichtig es ist, sich für die Aussöhnung zu engagieren und Wege in eine gemeinsame Zukunft zu ebnen. Doch auch viele junge Menschen in beiden Ländern haben heute ein großes Interesse aneinander und engagieren sich für eine gemeinsame Zukunft.

Zugleich sind die deutsch-israelischen Beziehungen nicht frei von Missverständnissen und Konflikten. Geprägt von sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten haben Deutsche und Israelis häufig unterschiedliche Perspektiven auf zentrale politische Fragestellungen. Um den Dialog zwischen Deutschland und Israel weiter ernsthaft und in Offenheit zu führen, ist es daher von großer Bedeutung zu wissen, wo Differenzen in der Wahrnehmung bestehen. Dazu soll die hier vorliegende Studie beitragen. Nach 2007 und 2013 hat die Bertelsmann Stiftung zum dritten Mal eine Studie in Auftrag gegeben, für die im Herbst

2021 jeweils mehr als 1.200 Menschen aus Deutschland und Israel nach ihrer Meinung zueinander befragt wurden. Die Erkenntnisse, die sich aus dieser Untersuchung ziehen lassen, sollen dabei helfen, einander gerade auch in unserer Unterschiedlichkeit besser zu verstehen und zu respektieren. Das ist in einer weiter zusammenwachsenden Welt entscheidend.

Seit der Erhebung der Daten im Herbst 2021 hat sich Grundlegendes im globalen Gefüge der Welt verändert. Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Politik sind ins Herz Europas zurückgekehrt. Langfristig mag sich dadurch auch die Perspektive der Europäer:innen und der Deutschen auf andere Konflikte in der Welt im Allgemeinen und im Nahen Osten im Besonderen verändern. Kurzfristig aber ringen die europäischen Staaten noch um ihre Haltung und Auswirkungen auf die Bewertung der deutsch-israelischen Beziehungen durch die breite Öffentlichkeit sind kaum auszumachen. Vieles spricht daher dafür, dass die Ergebnisse aus der aktuellen Erhebung weiter als valide Indikatoren für die gegenseitige Wahrnehmung dienen können.

Für die Analyse und Bewertung der Ergebnisse sind wir den Autor:innen Jenny Hestermann, Roby Nathanson und Stephan Stetter zu Dank verpflichtet. Darüber hinaus gilt unser Dank Dan Diner für seinen Kommentar, der die Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzieht und wesentlich einzuordnen hilft. Außerdem danken wir pollitix strategic research in Deutschland sowie New Wave Research in Israel für die Durchführung der Meinungsumfrage.

Stephan Vopel
Director
Bertelsmann Stiftung

1 Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel sind politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich auf vielfältige Weise verbunden. Beginnend mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 – das sich 2022 zum 70. Mal jährt – und vor allem seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Westdeutschland und Israel 1965 sind die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern immer enger geworden. Die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat 2008 in einer viel beachteten Rede im israelischen Parlament, der Knesset, festgestellt, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Zwar ließ sie offen, was daraus für deutsches Regierungshandeln folgt. Indes haben ihre Erklärung und das positive Bild, das sie bei vielen Israelis hinterließ, den Eindruck verstärkt, dass die deutsch-israelischen Beziehungen insgesamt auf einem sicheren Fundament stehen. Auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen sind in den letzten Jahrzehnten intensive professionelle Kontakte und freundschaftliche Bande nicht allein auf der offiziellen zwischenstaatlichen Ebene, sondern zwischen den Menschen aus beiden Ländern entstanden. Dafür stehen zahlreiche Initiativen und Programme von Städtepartnerschaften über wissenschaftliche Kooperationen bis hin zum kulturellen und religiösen Austausch.

Aber wie nehmen Deutsche und Israelis die beiderseitigen Beziehungen tatsächlich wahr? Um mehr darüber herauszufinden, führt die Bertelsmann Stiftung in regelmäßigen Abständen repräsentative Umfragen in beiden Ländern durch. Die vorliegende Studie fußt darauf und hat es sich zum Ziel gemacht,

eine umfassende Bestandsaufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen vorzunehmen.

Die Befragung hat verschiedene thematische Schwerpunkte. Dazu gehören zunächst allgemeine politische Einstellungen zu Demokratie und gesellschaftlicher Vielfalt, die wir erheben, um einen Eindruck davon zu erhalten, in welcher Art von Gesellschaft Deutsche beziehungsweise Israelis leben wollen. Sodann wird ein Blick auf konkrete Facetten der bilateralen Beziehungen geworfen, darunter das Maß an persönlichen Kontakten oder die Meinungen über das andere Land und seine Regierung.

Aktuelle Wahrnehmungen sind auch von unterschiedlichen Perspektiven auf die Vergangenheit geprägt. Fragen zur Erinnerung an den Holocaust und einer damit im Zusammenhang stehenden Verantwortung nehmen deshalb im weiteren Verlauf der Studie einen zentralen Platz ein. Ein zusätzliches Augenmerk richtet sich auf die Sicht von Deutschen und Israelis auf zwei Kernkonflikte im Nahen Osten: zum einen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, zum anderen auf die Beziehungen zwischen Iran und Israel. In einem weiteren Kapitel widmen wir uns Fragen zum Judentum sowie der Wahrnehmung und tatsächlichen Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland. Und schließlich prüfen wir, wie unterschiedliche Kooperationsfelder in den bilateralen Beziehungen wahrgenommen werden. Abschließend bilanzieren wir die Ergebnisse und geben Empfehlungen für eine aktive Ausgestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen in der Zukunft.

Rahmendaten der Erhebung			
	Grundgesamtheit der Wahlberechtigten	Stichprobenumfang	Durchführungszeitraum
Deutschland	18+	1.271	1.9. – 10.9.2021
Israel	18+	1.372	31.8. – 5.10.2021

1.1 Methodische Hinweise

Aus den Jahren 2007 (Bertelsmann Stiftung 2007) und 2013 (Bertelsmann Stiftung 2015) liegen Vorgängerstudien der Bertelsmann Stiftung zur gegenseitigen Wahrnehmung Deutscher und Israelis vor. Eine Studie des Magazins DER SPIEGEL aus dem Jahr 1991 (Der Spiegel 1992) liefert zudem Zahlen vor allem in Bezug auf die Wahrnehmung jüdischen Lebens in Deutschland. Dabei ist jedoch zu beachten, dass aus methodischen Gründen ein unmittelbarer Vergleich der Daten aus drei Gründen nur begrenzt möglich ist: Erstens wurde in den Befragungen des Jahres 2021 die Antwortkategorie „Weiß nicht“ als Antwortoption aktiv angeboten. Das Fehlen dieser Option in vorangegangenen Erhebungen macht die Antworten nicht genau miteinander vergleichbar. Zweitens wurden in der aktuellen Umfrage erstmals auch die arabischen Israelis in die Stichprobe einbezogen, die gut 20 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachen. In früheren Studien waren nur jüdische Israelis befragt worden. Drittens unterscheidet sich auch die Art der Datenerhebung, die erstmals nicht nur telefonisch, sondern auch online vorgenommen wurde.

In Deutschland wurden die Daten vollständig online erhoben (CAWI – Computer-Assisted Web-Interview). Für die israelische Erhebung wurde ein hybrider Ansatz aus Onlinebefragung und telefonischer Befragung gewählt (CAWI – Computer-Assisted Web-Interview + CATI – Computer-Assisted Telephone Interview).

Einige Fragen der drei Vorgängeruntersuchungen wurden in der vorliegenden Studie weitergeführt, andere neu hinzugefügt, um den veränderten Umständen und Herausforderungen im bilateralen Verhältnis Rechnung zu tragen. Das verantwortliche Institut pollytix strategic research hat neue Fragegegenstände im Vorfeld der repräsentativen Erhebungen in Fokusgruppen getestet und auf ihre Verständlichkeit hin überprüft. Die Erhebung in Israel wurde von New Wave Research durchgeführt. Die Daten sind sowohl für Deutschland (separat für Ost- und Westdeutschland) als auch für Israel (separat für arabische und jüdische Israelis) gemäß amtlicher Statistik gewichtet, um Repräsentativität zu gewährleisten. Die maximale Fehlertoleranz für die Stichprobe aus Deutschland beträgt +/- 3,1 Prozentpunkte bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall; für die Stichprobe aus Israel +/- 2,65 Prozentpunkte bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall.

2 Selbstbild und Fremdbild: Was verbinden Deutsche und Israelis miteinander?

Beziehungen – zwischen Staaten und zwischen Menschen – sind immer auch ein Spiegel von Selbst- und Fremdbildern. Deswegen haben wir in dieser Befragung neben den Einstellungen dem jeweils anderen Land gegenüber auch das Selbstbild der Deutschen und Israelis erhoben. Um beide Perspektiven geht es in diesem Kapitel.

Alle Befragten wurden dazu gebeten, in freier Wortassoziation mitzuteilen, mit welchen Begriffen sie ihr eigenes und das andere Land verbinden. Das landläufige Bild, Deutsche hätten aufgrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ein gebrochenes, Israelis vor dem Hintergrund der jüdischen Erfahrungsgeschichte

ein rundum positives Selbstbild, lässt sich nach unseren Erhebungen nicht halten. Wenn Deutsche und Israelis gefragt werden, woran sie bei ihrem Land denken, dann ist „Heimat“ der am häufigsten genannte Begriff. Heimat wird in beiden Ländern sowohl mit unpolitischen Bedeutungen wie „schön“ und „lebenswert“ assoziiert als auch mit durchaus politischen Begriffen wie „Wohlstand“ und „Demokratie“ verbunden. In Deutschland wie Israel ist der positive Bezug auf das eigene Heimatland also das dominierende Gefühl.

Darüber hinaus gibt es aber auch kritische Assoziationen: Deutsche stören sich an zu viel „Bürokratie“, in Israel wird „Rassismus“ als Problem wahrgenommen.

„Wenn Sie einmal an Israel denken, welches EINE Wort beschreibt Israel am besten?“



Basis alle Wahlberechtigten (Israel) | © Bertelsmann Stiftung

3 Politische Einstellungen in Deutschland und Israel

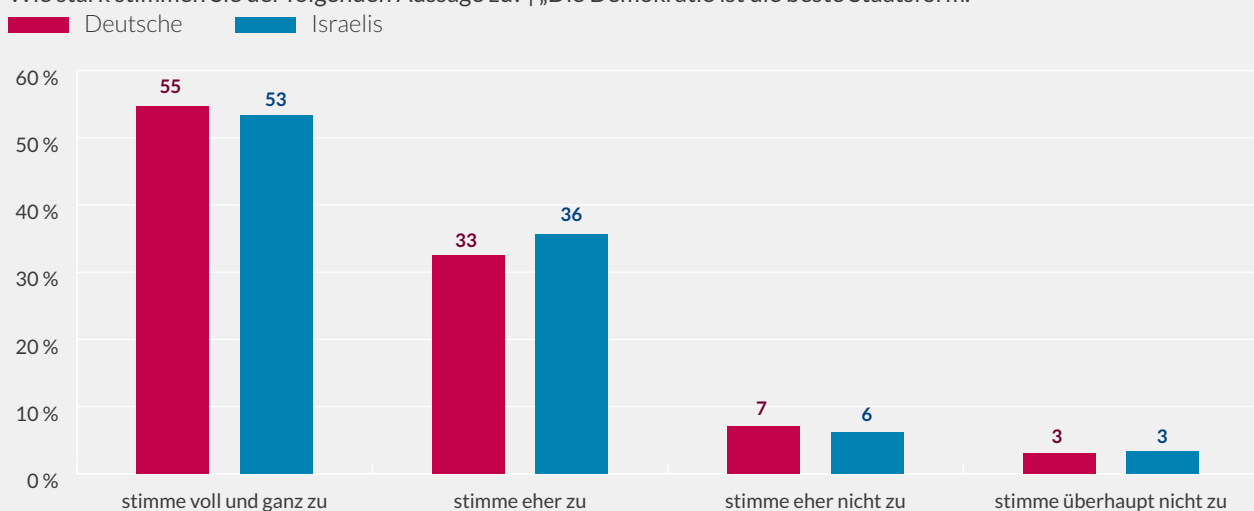
Im zweiten inhaltlichen Block der Befragung stehen die Einstellungen zur Demokratie im Mittelpunkt. Dabei haben wir zum einen erhoben, inwiefern die Demokratie grundsätzlich als beste Staatsform angesehen wird, und wollten zum anderen wissen, wie die Befragten den gegenwärtigen Zustand der Demokratie im eigenen Land einschätzen. Zudem haben wir bewusst provokant gefragt, wie groß der Wunsch nach einem „starken Führer“ ist. Zusätzlich haben wir Haltungen zu gesellschaftlicher Vielfalt abgefragt, weil dieser Aspekt wesentlich ist für plurale, von Einwanderung geprägte Gesellschaften.

3.1 Verständnis und Wahrnehmung der Demokratie

In Israel wie in Deutschland wird die Demokratie als Staatsform grundsätzlich befürwortet. Allerdings sind auch antidemokratische Einstellungen verbreitet. In Deutschland stimmen insgesamt 88 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, in Israel 89 Prozent (Abbildung 1). Mehrheitlich sehen Deutsche wie Israelis zudem ihr Land in der Praxis als funktionierende Demokratie an. Allerdings ist die Zustimmungskote

ABBILDUNG 1

Wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu? | „Die Demokratie ist die beste Staatsform.“



An 100% fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

in Israel mit 53 Prozent deutlich geringer als in Deutschland (66 Prozent, Abbildung 2). Grundsätzlich lässt sich ein messbarer Zusammenhang im Antwortverhalten zu den Demokratiefragen feststellen: Personen, die mit der gelebten Demokratie in Israel beziehungsweise Deutschland zufrieden sind, sind auch häufiger der Ansicht, dass die Demokratie prinzipiell die beste Staatsform ist (und umgekehrt).

In Deutschland lassen sich bei der allgemeinen Zustimmung zur Demokratie in Bezug auf Alter, Geschlecht oder Bildung der Befragten keine großen Unterschiede erkennen. Mit Blick auf parteipolitische Präferenzen aber durchaus: Zwar hält auch eine Mehrheit der AfD-Anhänger:innen (71 Prozent) die Demokratie für die beste Staatsform, unter den Wähler:innen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien sind es jedoch über 90 Prozent, die dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen.

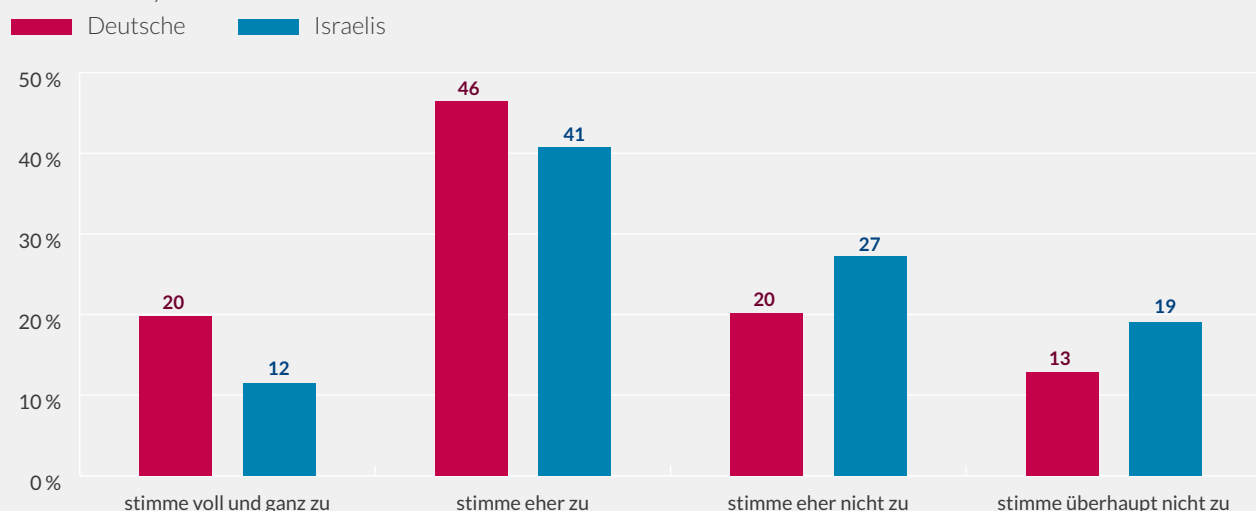
Viele Anhänger:innen der AfD weisen zudem ein deutlich distanzierteres Verhältnis zur Demokratie

auf: So liegt der Anteil derjenigen, die der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zustimmen, hier bei 16 beziehungsweise 10 Prozent. Unter den Anhänger:innen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien verbleiben diese Werte überwiegend im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Mit dem Wiedereinzug der AfD in den Deutschen Bundestag bei der Bundestagswahl 2021 lässt sich mithin feststellen, dass demokratiekritische oder sogar -feindliche Ausrichtungen in dieser Partei eine dauerhafte politische Heimat gefunden haben. Schließlich ist auch ein Unterschied zwischen dem Osten und Westen Deutschlands festzustellen. Der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, stimmen „voll und ganz“ oder „eher“ 89 Prozent der Westdeutschen zu, im Osten ist die Zustimmung hierzu mit 80 Prozent etwas geringer.

Wenn es um den Zustand der Demokratie in Deutschland geht, zeigen sich die Anhänger:innen der Parteiensfamilie am zufriedensten, die in der Geschichte

ABBILDUNG 2

Wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu? | „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland/Israel besteht, zufrieden.“



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

der Bundesrepublik die meiste Zeit den Kanzler oder die Kanzlerin gestellt hat und die meisten Regierungsjahre vorweisen kann – der CDU/CSU. Mit dem Zustand der deutschen Demokratie sind hier 89 Prozent zufrieden. Es folgen, mit nur leicht geringeren Werten, die Unterstützer:innen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP. An den politischen Rändern fallen die Werte in der Folge ab. Unter den Wähler:innen der Partei Die Linke ist noch eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland zufrieden. Unter den Unterstützer:innen der AfD sagen dies lediglich 27 Prozent.

Zudem lassen sich Ost-West-Unterschiede erkennen. Während in Westdeutschland insgesamt 69 Prozent der Befragten mit der Funktionsweise der Demokratie „voll und ganz“ oder „eher“ zufrieden sind, sind dies in Ostdeutschland mit 56 Prozent deutlich weniger.

Die Parteienlandschaft in Israel ist fragmentierter als in Deutschland, das macht auch die Vielzahl von Parlamentsfraktionen im israelischen Parlament, der Knesset, deutlich. Aus dieser Fragmentierung erwächst für unsere Studie das Problem, dass die Stichprobengrößen für Anhänger:innen kleiner Parteien sehr gering sind. In der Auswertung liegt deshalb der Fokus auf den größeren Parteien: der rechtsnationalen Likudpartei, der zentristischen Partei Kahol Lavan („Blau-Weiß“) und der liberalen Partei Yesh Atid („Es gibt eine Zukunft“). Während die drei genannten zionistische Parteien sind, die Israel als jüdischen und demokratischen Staat betrachten, steht das Parteienbündnis Vereinigte Arabische Liste dem explizit jüdischen Charakter Israels skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Erwartbar ist, dass sich diese parteipolitischen Prägnungen auch in den Zustimmungswerten der Befragten zur Demokratie in unserer Studie widerspiegeln. Tatsächlich sind drei Viertel der Anhänger:innen der beiden zionistischen Parteien der „Mitte“ – Jesh Atid (75 Prozent) und Kahol Lavan (74 Prozent) – mit dem Zustand der israelischen Demokratie „eher“ oder „voll und ganz“ zufrieden. Am unzufriedensten

erweisen sich erwartungsgemäß die Anhänger:innen der Vereinigten Arabischen Liste (38 Prozent), aber auch unter bei den Wähler:innen des Likud sind die Zustimmungswerte geringer als bei den anderen beiden zionistischen Parteien (49 Prozent). Weniger deutlich sind die Unterschiede, wenn es um die Frage nach der Demokratie als beste Staatsform geht. Anhänger:innen von Jesh Atid und Kahol Lavan stimmen mit jeweils über 90 Prozent dieser Aussage zu, unter den Anhänger:innen des Likud liegt die Zustimmung bei 89 Prozent und bei der Vereinigten Arabischen Liste bei 88 Prozent.

Die im Verhältnis zu Deutschland insgesamt geringere Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Israel ist vor allem auf die Einstellungen in der arabischen und der orthodoxen sowie ultraorthodoxen jüdischen Bevölkerung zurückzuführen. So sind israelische Araber:innen mehrheitlich (55 Prozent) mit der Demokratie in Israel unzufrieden, davon sagen 32 Prozent sogar, dass sie mit der Demokratie in Israel „überhaupt nicht“ zufrieden sind. Dies ist vor dem Hintergrund historischer und gegenwärtiger Diskriminierungserfahrungen wenig überraschend. Zudem stehen arabische Israelis, wie oben erwähnt, tendenziell dem jüdisch-demokratischen Staatsverständnis in Israel kritisch gegenüber.

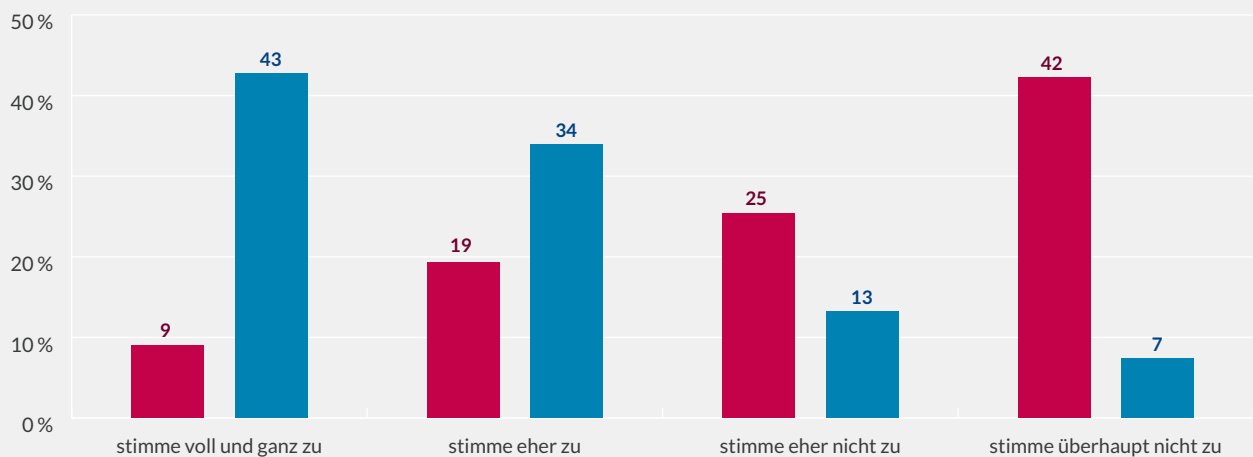
In den ultraorthodoxen Gemeinschaften ist eine Skepsis gegenüber der Demokratie weit verbreitet, wenngleich ihre Zustimmung zur Demokratie im Vergleich zu anderen Studien vermutlich auch aufgrund der begrenzten Antwortoptionen erhöht ist (Lintl 2020). So sind nur 49 Prozent der orthodoxen und ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden mit dem Zustand der Demokratie in Israel zufrieden (versus 60 Prozent unter den Säkularen) und 84 Prozent halten die Demokratie für die beste Staatsform, während es unter den säkularen Juden 93 Prozent sind.

Inwieweit die erstmalige Teilhabe einer anderen arabischen Partei, der islamistischen Ra’am Partei, in der israelischen Regierung Bennett/Lapid seit 2021 eine andere Wahrnehmung des Zustands der israelischen Demokratie unter israelischen Araber:innen befördert, lässt sich anhand der vorliegenden Zahlen

ABBILDUNG 3

Wie stark stimmen Sie der folgenden Aussage zu? | „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“

■ Deutsche ■ Israelis



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

nicht beurteilen. Allerdings wäre die Regierungsbe- teiligung der Ra'am Partei kaum denkbar, wenn nicht auch 44 Prozent der arabischen Israelis mit der isra- elischen Demokratie „eher“ oder „voll und ganz“ zu- frieden wären.

Feststellen lässt sich zudem, dass die „mittlere“ Ge- neration (40 bis 60 Jahre) in Israel deutlich zufriede- ner mit der Demokratie ist als die jüngere (unter 40 Jahren) und ältere Generation (über 60 Jahre). Die Zufriedenheit mit der Demokratie steigt eben- falls, je höher die Schulbildung ist.

Schließlich haben wir gefragt, wie groß der Wunsch nach einem „starken Führer“ unter den Befragten ist. Der Begriff ist in beiden Ländern semantisch un- terschiedlich aufgeladen. Im deutschen Sprachge- brauch wird „Führer“ in der Regel mit Adolf Hitler assoziiert. In Israel hingegen ist der hebräische Be- griff „manhig“ positiv besetzt. In Deutschland stim- men immerhin 28 Prozent (in Ostdeutschland 38 Prozent) der Aussage zu, dass es „einen starken

Führer“ geben soll, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss (Abbildung 3). Unter den Unterstützer:innen der AfD wünschen sich sogar 40 Prozent einen „starken Führer“.

In Israel zeigt sich, wie zu erwarten, ein völlig an- deres Bild: Eine deutliche Mehrheit von 77 Pro- zent spricht sich für „einen starken Führer“ aus. Für die Interpretation ist dabei neben der unterschied- lichen Semantik zu berücksichtigen, dass die jüdi- sche und israelische Geschichte des 20. Jahrhun- derts mit vielfältigen Bedrohungen insbesondere während des Holocaust, aber auch durch arabi- sche Staaten im Unabhängigkeitskrieg 1948, dem Sechstagekrieg 1967 oder dem Yom-Kippur-Krieg 1973 verknüpft ist. Das hat den Wunsch nach star- ken politischen Führungsfiguren befördert. Die Werte der Demokratie und des Liberalismus wer- den dabei eher hintangestellt, wenn die Sicherheit bedroht ist, die zu gewährleisten eher einer star- ken Führung zugetraut wird. Auch der seit Staats- gründung anhaltende Konfliktzustand mit den

Palästinenser:innen dürfte den Wunsch nach einer starken Führung verstärken.

3.2 Haltungen zu gesellschaftlicher Vielfalt

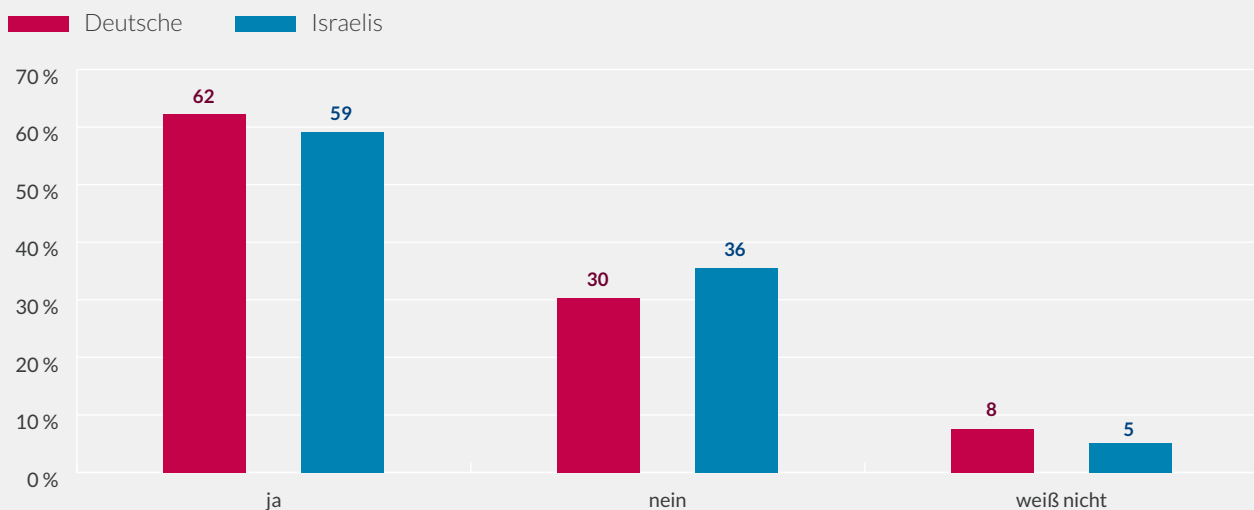
In einem weiteren Schritt haben wir untersucht, wie Deutsche und Israelis den Umgang mit (zunehmender) Diversität in ihren Gesellschaften wahrnehmen. In Deutschland entwickelte sich seit den späten 1990er Jahren ein zunehmendes Selbstverständnis als Einwanderungsland. In Israel wurde unter anderem die Integration von israelischen Araber:innen in die jüdisch geprägte Gesellschaft debattiert und in einigen Bereichen vorangebracht. Für eine Einschätzung, wie diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der Breite der Bevölkerung bewertet werden, wurde nach der Meinung zur Übernahme hoher politischer Ämter von Deutschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise von arabischen Israelis gefragt.

Die Frage danach, ob sie sich einen Minister mit Migrationshintergrund in der Bundesregierung vorstellen könnten, verneint eine starke Minderheit von 30 Prozent der Deutschen (Abbildung 4). Erneut fallen parteipolitische Unterschiede ins Auge: Wenig überraschend äußerten sich die Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen, einer Partei, die ein positives Verständnis von gesellschaftlicher Vielfalt zu ihrem programmatischen Kern zählt, am positivsten in dieser Frage (94 Prozent Zustimmung). Die geringste Zustimmung zeigten Anhänger:innen der AfD (24 Prozent).

In Israel ergibt die analoge Frage danach, ob ein arabischer Minister in der israelischen Regierung vorstellbar sei, ein ähnliches Ergebnis: 59 Prozent stimmen zu, 36 Prozent äußern sich ablehnend. Zu diesem Zeitpunkt war die arabisch-islamistische Ra'am Partei bereits in der Regierung, allerdings ohne eigenes Ministeramt. Auch in Israel sind die parteipolitischen Präferenzen ein zentraler Erklärungsfaktor. Die Wähler:innen des Likud lehnen

ABBILDUNG 4

Finden Sie es richtig, wenn Deutsche mit Migrationshintergrund in der Bundesregierung als Minister repräsentiert sind?
Finden Sie es richtig, wenn arabische Israelis in der israelischen Regierung als Minister repräsentiert sind?



n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

einen arabischen Minister mit 61 Prozent mehrheitlich ab. Auffällig ist hier wie bei anderen Fragen, dass sich in Israel vor allem die Generation der unter 40-Jährigen als weniger „tolerant“ erweist (56 Prozent Zustimmung). In der mittleren (40 bis 60 Jahre) und der älteren Generation (über 60 Jahre) ist die Zustimmung mit 61 beziehungsweise 69 Prozent höher.

Am deutlichsten unterscheiden sich die Zustimmungswerte zwischen arabischen und jüdischen Israelis. Während sich von Ersteren 87 Prozent einen arabischen Minister vorstellen können, ist es unter Letzteren nur noch eine knappe Mehrheit von 51 Prozent. Auch geben die Zahlen Einblicke in die kulturelle, ideologische und demographische Heterogenität der jüdischen Befragtengruppe: Säkulare Israelis können sich zu einem großen Anteil (66 Prozent) einen arabischen Minister vorstellen – unter den streng religiösen Juden (Orthodoxe und Haredim) sind es lediglich 28 Prozent.

4 Deutsch-israelische Beziehungen heute

In offiziellen Reden werden mit großer Selbstverständlichkeit die „gemeinsamen Werte“ und eine aus der „gemeinsamen Geschichte“ resultierende besondere Beziehung der beiden Länder sowie eine besondere Verantwortung Deutschlands für den jüdischen Staat Israel beschworen. Um herauszufinden, ob diese Einschätzung auch von der Bevölkerung in beiden Ländern geteilt wird, wollen wir wissen, wie Deutsche und Israelis die Beziehungen zwischen ihren Staaten und Zivilgesellschaften bewerten und ob sie eher Nähe oder Distanz zueinander empfinden.

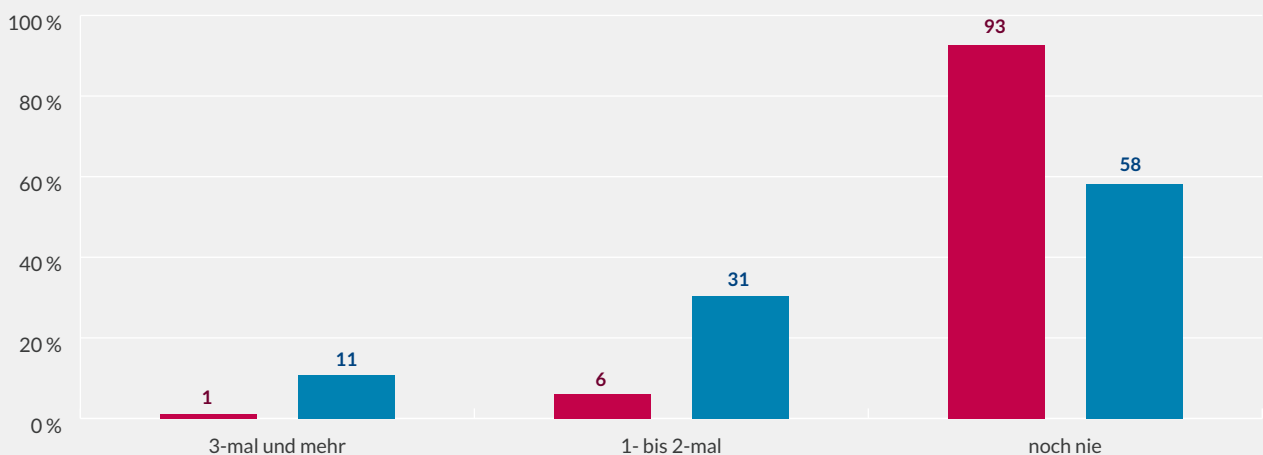
4.1 Kontakte und Besuche im Land

Ein wichtiges Fundament der deutsch-israelischen Beziehungen sind die intensiven Kontakte auf allen gesellschaftlichen Ebenen, sei es durch Städtepartnerschaften, Wissenschaftsbeziehungen, Sport- und Jugendaustausch, Tourismus und die zumeist christlichen Pilgerreisen, die viele Deutsche seit den frühen 1960er Jahren nach Israel gebracht haben. Im letzten Jahrzehnt war in den Medien zudem der

ABBILDUNG 5

Wie häufig waren Sie in Israel/Deutschland?

■ Deutsche ■ Israelis



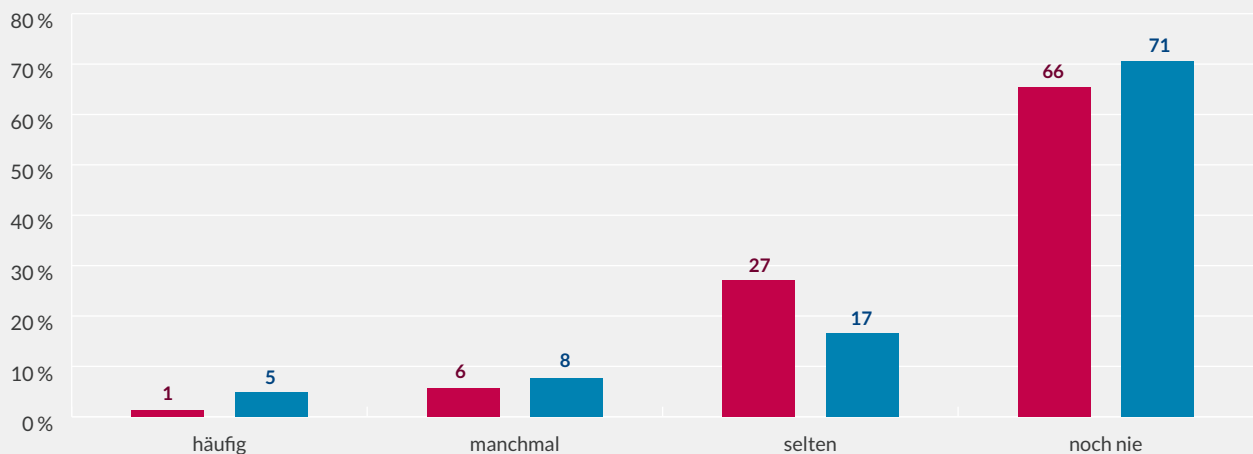
Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 6

Wie häufig stehen Sie in Kontakt zu Menschen aus Israel/Deutschland?

■ Deutsche ■ Israelis



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

Zuzug vieler Israelis nach Berlin seit den frühen 2000er Jahren sehr präsent (Oz-Salzberger 2016).

Auf den ersten Blick entsteht so der Eindruck einer engen und in beiden Gesellschaften tief verankerten Verbindung zueinander. Doch sind diese vielfältigen Ebenen des Austauschs und der Begegnung repräsentativ für die Gesamtheit der Bevölkerung in beiden Ländern? Was die Quantität tatsächlicher Begegnungen angeht, ist das Bild recht eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen (93 Prozent) ist noch nie in Israel gewesen (Abbildung 5). Nur 1 Prozent hat Israel mehr als zweimal, 6 Prozent haben es ein- oder zweimal besucht. Bereits diese Werte deuten an, dass eine Spannung zwischen der politischen Beschworung der engen Verbindungen zwischen beiden Ländern einerseits und der tatsächlichen Ausprägung dieser Kontakte auf gesellschaftlicher Ebene andererseits besteht. Zugleich ist aber auch das Interesse an Israel unter den deutschen Befragten sehr hoch (siehe Kapitel 4.2: „Gegenseitiges Interesse und Informiertheit“). Auch darin zeigt sich eine Diskrepanz – man könnte von einem distanzier-

ten Interesse ohne das Streben nach persönlichen Erfahrungen vor Ort sprechen.

Von den Anhänger:innen der CDU und CSU sind mit 14 Prozent doppelt so viele wie von den Anhänger:innen anderer Parteien einmal oder häufiger in Israel gewesen. Ein Grund hierfür könnte die christliche Prägung der beiden Parteien und ihrer Wähler:innen sein, die Israel daher auch im Rahmen von Pilgerreisen vermutlich häufiger als Anhänger:innen anderer Parteien besuchen (wie Konrad Adenauer als Altkanzler 1966).

Unter den Israelis ergibt sich ein deutlich anderes Bild: 11 Prozent waren schon dreimal oder häufiger in Deutschland, ein Drittel zumindest ein- bis zweimal. Insgesamt waren also schon mehr als 40 Prozent der befragten Israelis mindestens einmal in Deutschland, wobei der Anteil unter den jüdischen Israelis deutlich höher ist als unter den arabischen Israelis. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass Deutschland unter Umständen nur eins von mehreren Zielen auf einer unter Israelis beliebten

größeren Europareise war, sodass sich die Aussage also auf relative kurze Stippvisiten im Rahmen von umfangreicheren Europabesuchen beziehen kann.

Die Zahl der Deutschen, die schon einmal Kontakt zu Israelis hatten, ist allerdings deutlich höher als die Zahl derjenigen, die bereits selbst in Israel waren. Begegnungen mit Israelis finden für Deutsche also vor allem außerhalb Israels statt, sei es in privaten oder beruflichen Kontexten. So geben immerhin 34 Prozent der Deutschen an, dass sie bereits Kontakt zu Israelis hatten, 7 Prozent von ihnen sind häufig oder zumindest manchmal in Kontakt mit Israelis (Abbildung 6). Auf israelischer Seite ergibt sich ein spiegelverkehrter Eindruck: Nur 13 Prozent geben an, mindestens gelegentlich („häufig“ und „manchmal“) Kontakt zu Deutschen zu haben – und dies obwohl gut 40 Prozent der Israelis von sich sagen, schon einmal in Deutschland gewesen zu sein. Das könnte den Eindruck bestätigen, dass es sich hierbei vor allem um (kurze) touristische Besuche gehandelt hat.

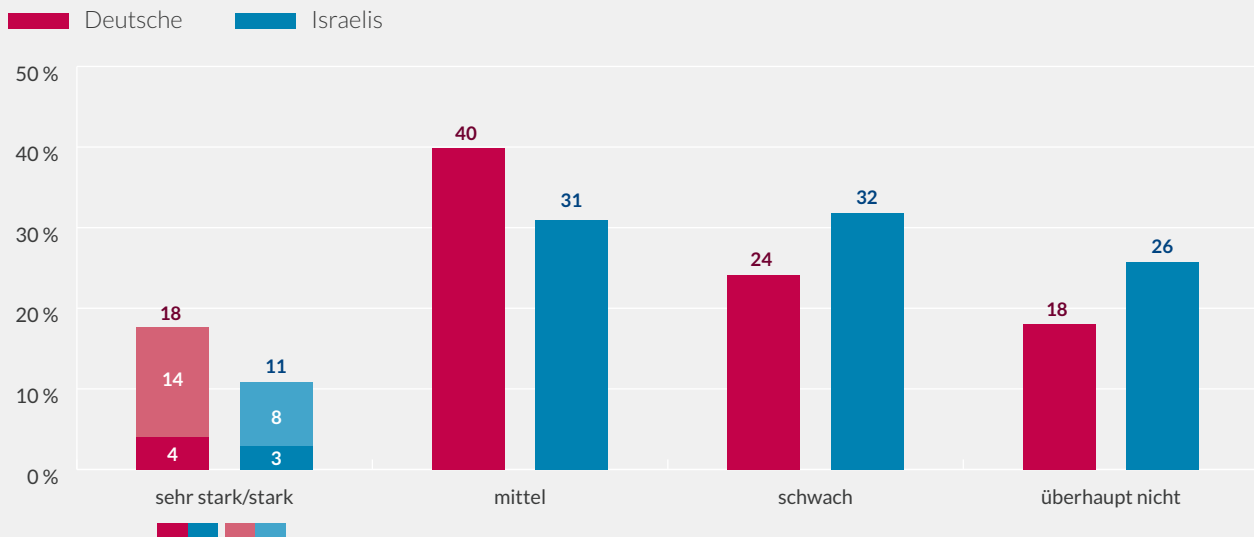
Zusätzlich komplex wird das Bild durch die großen Unterschiede unter säkularen (mit relativ vielen Kontakten) sowie traditionellen und streng religiösen (orthodoxen und ultraorthodoxen) Israelis (mit wenigen Kontakten). Während Geschlecht und Bildung keinen signifikanten Unterschied ausmachen, zeigt sich schließlich noch eine Differenz nach parteipolitischer Präferenz: Unter den Anhänger:innen der beiden „liberalen“ Parteien Kahol Lavan und Jesh Atid sagen 20 Prozent beziehungsweise 14 Prozent, Kontakt zu Deutschen zu haben. Unter den Likud-Wähler:innen sind es mit 8 Prozent hingegen nur knapp halb so viele.

4.2 Gegenseitiges Interesse und Informiertheit

Besuche im jeweils anderen Land beziehungsweise direkte persönliche Kontakte zu Menschen aus dem anderen Land sind aber nur ein Element, das Auskunft über die Breite und Tiefe der deutsch-israeli-

ABBILDUNG 7

In welchem Maß interessieren Sie sich für Informationen aus dem heutigen Israel/Deutschland?

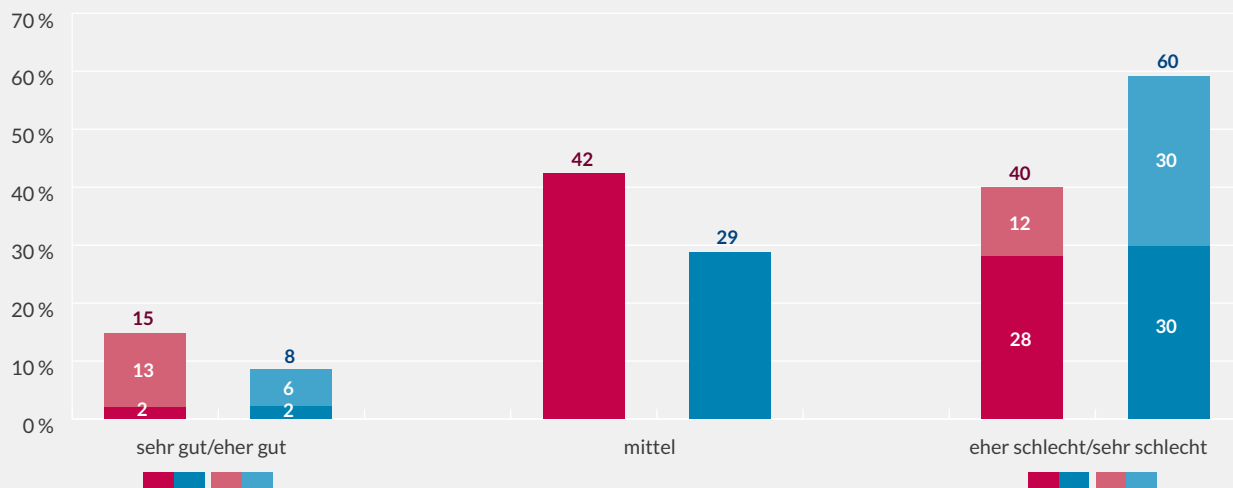


Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 8

Wie gut fühlen Sie sich über das heutige Israel/Deutschland informiert?

Deutsche Israelis



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

schen Beziehungen liefern kann. Wichtige weitere Aspekte sind, inwieweit sich die Menschen für das andere Land interessieren und darüber Bescheid wissen.

Insgesamt macht die Befragung deutlich, dass Deutsche ein etwas größeres Interesse an Israel haben als dies andersherum der Fall ist. 18 Prozent der deutschen Befragten haben „starkes“ oder „sehr starkes“ Interesse an Informationen aus dem Land am Mittelmeer, 40 Prozent stufen ihr Interesse als „mittel“ ein, 42 Prozent bekunden „schwaches“ oder „überhaupt kein Interesse“ (Abbildung 7). In Israel sind es sogar 58 Prozent, die schwaches oder überhaupt kein Interesse an Informationen aus Deutschland haben. 11 Prozent bringen ein starkes oder sehr starkes Interesse mit, 31 Prozent ein mittleres Interesse.

Zu beachten ist auch, dass bedingt durch die jahrzehntelange hohe Konfliktintensität in Israel dortige hebräischsprachige Medien nur wenig über interna-

tionale Fragen berichten, die nicht direkt in Verbindung mit Israel stehen. Vermutlich auch deswegen ist das Interesse an Informationen aus Deutschland unter den arabischen Israelis mit 16 Prozent („stark“ und „sehr stark“) höher als unter den jüdischen Israelis (9 Prozent „stark“ und „sehr stark“), da die arabische Bevölkerung gezielter in transnational ausgerichteten arabischsprachigen Medien internationale Nachrichten wahrnimmt (Jamal 2009).

Auch in Hinblick auf parteipolitische Präferenzen zeigen sich Unterschiede: Wähler:innen jüdisch-nationalistischer Parteien haben ein geringeres Interesse an Informationen aus Deutschland. Während unter den Wähler:innen der liberal-säkularen Partei Kahol Lavan immerhin 21 Prozent angeben, ein starkes oder sehr starkes Interesse an Informationen aus Deutschland zu haben, sind es unter den Wähler:innen des konservativen Likud nur 6 Prozent.

In Deutschland sind es die Wähler:innen der CDU/CSU, die sich besonders für Israel interessieren (24 Prozent „stark“ oder „sehr stark“). Auch hierbei spielen vermutlich die kirchliche Bindung und damit der unmittelbare kulturell-religiöse Bezugspunkt zum „Heiligen Land“ eine Rolle. Im Gegensatz hierzu ist das Interesse unter den Wähler:innen der AfD mit 12 Prozent am geringsten.

Auffällig bei den Zahlen aus Deutschland ist auch der Unterschied zwischen Ost und West: In Westdeutschland geben 59 Prozent an, ein mittleres oder starkes Interesse an Informationen über Israel zu haben, im Osten sind es nur 50 Prozent. Dies könnte auf unterschiedliche zeitgeschichtliche Prägungen verweisen: Die Bundesrepublik Deutschland pflegte seit den 1960er Jahren diplomatische und vielfältige zivilgesellschaftliche Beziehungen zu Israel, während zwischen der DDR und Israel weder offizielle diplomatische Beziehungen noch zivilgesellschaftliche Kontakte bestanden.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass insbesondere Befragte in Deutschland, die sich als religiös gebunden betrachten (unterschieden wurde nach Katholiken und Protestanten), ein grundsätzlich höheres Interesse an Israel haben. Da der Anteil der religiös Gebundenen in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland ist, weisen Befragte aus Westdeutschland auch eine entsprechend höhere Bereitschaft auf, sich für Israel einzusetzen und vertreten tendenziell seltener antisemitische Einstellungen, wie nachfolgend noch zu zeigen ist.

Während das Interesse an Informationen über das andere Land die „Nachfrageseite“ beschreibt, zielt die Frage, inwieweit sich Deutsche und Israelis gut über das jeweils andere Land informiert fühlen, auf die „Angebotsseite“. Die Antworten erlauben also Rückschlüsse darauf, wie sehr Deutsche und Israelis glauben, dass die mediale Berichterstattung in ihrem Land – seien es die „traditionellen“ Medien wie Printmedien, Fernsehen und Radio, seien es die Sozialen Medien – sie verlässlich über das je andere Land informiert. In Israel zeigt sich eine deutlich größere Skepsis. So geben hier nur 8 Prozent der

Befragten an, dass sie sich zumindest „eher gut“ über das heutige Deutschland informiert fühlen (Abbildung 8). 29 Prozent bezeichnen sich als mittelmäßig gut informiert. Auffällig ist auch hier der Unterschied zwischen jüdischen und arabischen Israelis – unter den Jüdinnen und Juden sind es nur 6 Prozent, die sich gut, und 25 Prozent, die sich mittelmäßig informiert fühlen, unter den arabischen Israelis immerhin 20 Prozent beziehungsweise 41 Prozent. Maßgeblich dürfte auch hier das unterschiedliche Mediennutzungsverhalten sein. Arabischsprachige Fernsehsender und digitale Formate sind in Israel für Araber:innen in ihrer Muttersprache leicht zugänglich und so ist diese Bevölkerungsgruppe mit Medien sozialisiert, die nicht von der starken Selbstbezogenheit der mehrheitlich hebräischsprachigen Medien in Israel geprägt sind.

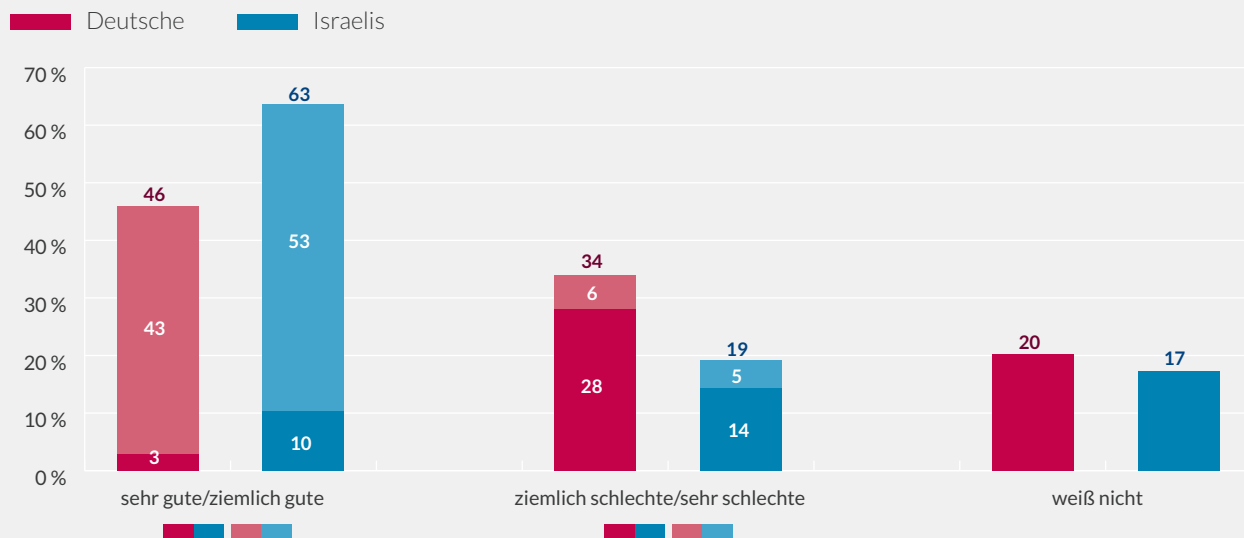
Die Situation in Deutschland unterscheidet sich merklich hiervon und zeichnet sich durch ein im Vergleich zu Israel größeres Vertrauen in die Berichterstattung aus. 15 Prozent der Deutschen fühlen sich sehr oder eher gut über Israel informiert, 42 Prozent immerhin mittelmäßig.

4.3 Meinungsbild über Land und Regierung

Wie übersetzt sich nun der Grad der Informiertheit und das entweder durch persönliche Anschauung oder über Medien vermittelte Bild in eine Meinung über das andere Land? Haben Deutsche und Israelis eher ein positives oder ein negatives Bild voneinander? Die erhobenen Daten zeigen auf, dass mehr Kontakte und ein größeres Interesse an Informationen nicht zwangsläufig zu einem besseren oder differenzierteren Bild führen müssen. Denn trotz des Eindrucks, relativ gut über Israel informiert zu sein, haben Deutsche im Durchschnitt eine schlechtere Meinung über Israel als Israelis über Deutschland. So denkt nur knapp die Hälfte aller befragten Deutschen (46 Prozent) positiv über Israel (Abbildung 9). Unter den Israelis dagegen sind es fast zwei Drittel (63 Prozent), die eine gute Meinung über Deutschland haben. 34 Prozent

ABBILDUNG 9

Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Israel/Deutschland? Haben Sie eine ... Meinung?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityx strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

der deutschen Befragten haben dagegen eine eher oder sehr schlechte Meinung über Israel, während nur 19 Prozent der befragten Israelis schlecht über Deutschland denken.

Auffallend ist erneut die Differenz zwischen säkularen und religiösen jüdischen Israelis: Unter den Säkularen haben nur 13 Prozent eine negative Meinung über Deutschland, unter den religiös Geprägten immerhin 39 Prozent (Abbildung 10).

Umgekehrt liegt der Anteil unter den arabischen Israelis, die eine gute Meinung über Deutschland haben, sogar bei 76 Prozent. Von den jüdischen Israelis haben 60 Prozent eine ziemlich gute oder sehr gute Meinung über Deutschland. Im historischen Vergleich zeigt sich damit trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Studien eine Tendenz zur Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung. In der Erhebung des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL aus dem Jahre 1991 gaben 48 Prozent der jüdischen Israelis an, eher positiv über Deutschland zu den-

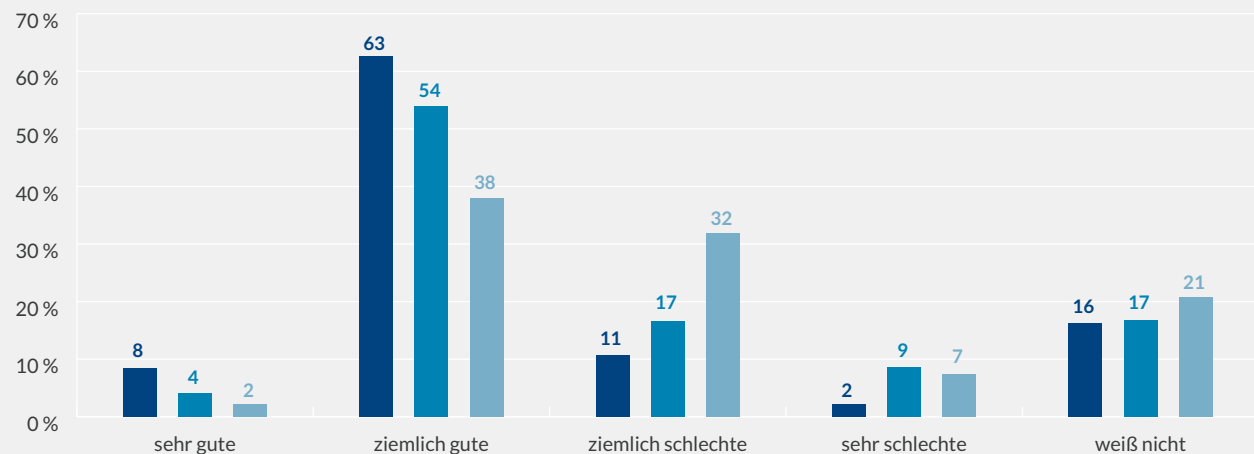
ken, in der Bertelsmann Studie 2007 war die positive Meinung zu Deutschland in Israel schon auf 57 Prozent angestiegen und hatte 2013 schließlich 68 Prozent erreicht. Und auch auf deutscher Seite ist dieser positive Trend zu beobachten: waren es bei der Studie 2007 noch 35 Prozent, äußerten sich 2013 – wie in der aktuellen Erhebung – 46 Prozent der Befragten positiv über Israel.

Von der Meinung über ein Land generell ist zu unterscheiden, was jemand über die Regierung eines Landes denkt. Prägend für diese Wahrnehmung dürften die Regierungschefs beider Länder in den letzten Jahren sein: Benjamin Netanjahu, der Israel von 1996 bis 1999 sowie von 2009 bis 2021 regierte, wurde international als „Falke“ wahrgenommen, der teilweise Verantwortung für das Scheitern des einstmaligen Friedensprozesses mit den Palästinensern trägt und für eine nationalistische israelische Politik steht. Angela Merkel hingegen, Bundeskanzlerin in den Jahren 2005 bis 2021, hat in Israel insbesondere seit ihrer Rede in der Knesset 2008, aber auch durch

ABBILDUNG 10

Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Deutschland? Haben Sie eine ... Meinung?

■ Israelis säkular ■ Israelis traditionell ■ Israelis religiös/Haredim

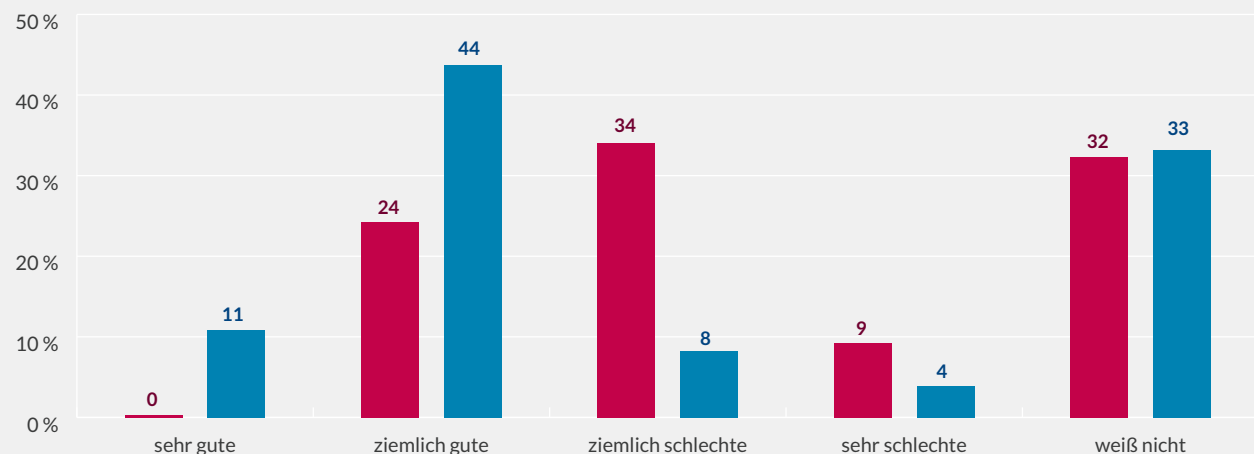


Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent. | Kategorisierung basiert auf Selbstzuschreibung
 n = 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 11

Was denken Sie ganz allgemein über die aktuelle Regierung im heutigen Israel/Deutschland? Haben Sie eine ... Meinung?

■ Deutsche ■ Israelis



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ihr Auftreten im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 ein ausgesprochen positives Image gewonnen.

In Israel haben 55 Prozent eine gute oder sehr gute Meinung über die deutsche Regierung (Abbildung 11). Unterstützer:innen des Likud weisen mit 50 Prozent den vergleichsweise schlechtesten Wert in der israelischen Parteienlandschaft auf. Dagegen zeigen sich die Wähler:innen der liberalen und Europa häufig positiv gegenüberstehenden Partei Jesh Atid am deutschlandfreundlichsten. 63 Prozent von ihnen sagen, dass sie eine gute Meinung über die deutsche Regierung haben.

Bei den deutschen Befragten fällt vor allem auf, dass ihre Meinung über die israelische Regierung (43 Prozent ziemlich schlecht/sehr schlecht) noch negativer ausfällt als über das Land insgesamt (34 Prozent). Lediglich 24 Prozent haben eine ziemlich oder sehr gute Meinung von der israelischen Regierung. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an „Weiß nicht“-Angaben von über 30 Prozent in beiden Ländern. Das lässt auf ein ausgeprägtes Maß an Unsicherheit oder sogar Desinteresse schließen.

Der Vergleich zu der Vorgängerstudie könnte zwar auf einen positiven Trend hindeuten – so hatten 2013 noch 63 Prozent eine negative Meinung über die israelische Regierung. Allerdings waren die „Weiß nicht“-Angaben 2013 deutlich niedriger (Deutschland und Israel jeweils 19 Prozent). Daher ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob sich ein echter Meinungsumschwung abzeichnet oder nur ein methodischer Effekt vorliegt. Sollte Ersteres der Fall sein, so sind unterschiedliche Gründe vorstellbar: So könnte eine veränderte Wahrnehmung der deutschen Befragten auf die zu diesem Zeitpunkt neue israelische Regierung und die Ablösung Benjamin Netanjahus als Regierungschef zurückzuführen sein. Auch ließe sich die positivere Meinung über die israelische Regierung als Zeichen einer veränderten Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts deuten (siehe dazu Kapitel 6.1: „Der israelisch-palästinensische Konflikt“). Zugleich dürften in

die Bewertung der israelischen Regierung aus Sicht der deutschen Bevölkerung in jüngster Zeit auch andere Faktoren eingeflossen sein – etwa Israels wirtschaftliche Entwicklung als High-Tech-Standort, der entschlossene Umgang des Landes mit der Coronapandemie oder die Annäherung an zahlreiche arabischen Staaten in der Region.

5 **Erinnern an den Holocaust, Gedenken, Verantwortung**

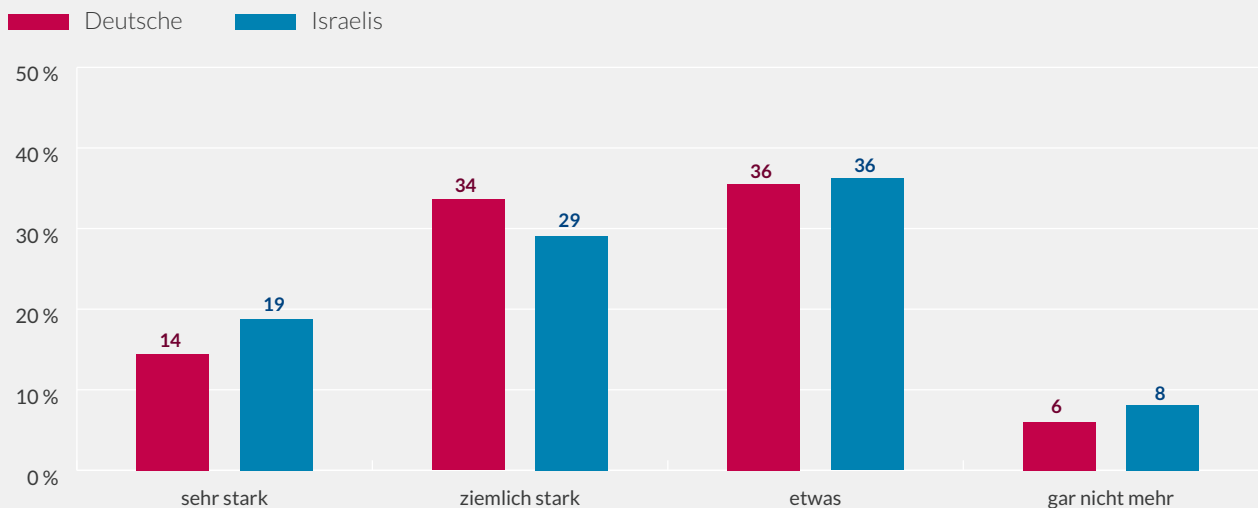
Die Erinnerung an die Verbrechen des Holocaust und der Umgang damit bilden einen zentralen Referenzpunkt der deutsch-israelischen Beziehungen. Soll dies auch in Zukunft so sein oder wünschen sich Deutsche beziehungsweise Israelis eine Beziehung, die weniger von dieser Vergangenheit geprägt ist?

5.1 **Relevanz der NS-Vergangenheit für die Beziehungen heute**

Deutsch-israelische Beziehungen im 21. Jahrhundert haben nach wie vor die nationalsozialistische Verfolgung und den Holocaust als historischen Bezugs-

ABBILDUNG 12

Belastet die Verfolgung und Ermordung von Juden im Nationalsozialismus heute noch die Einstellung der Israelis zu den Deutschen?

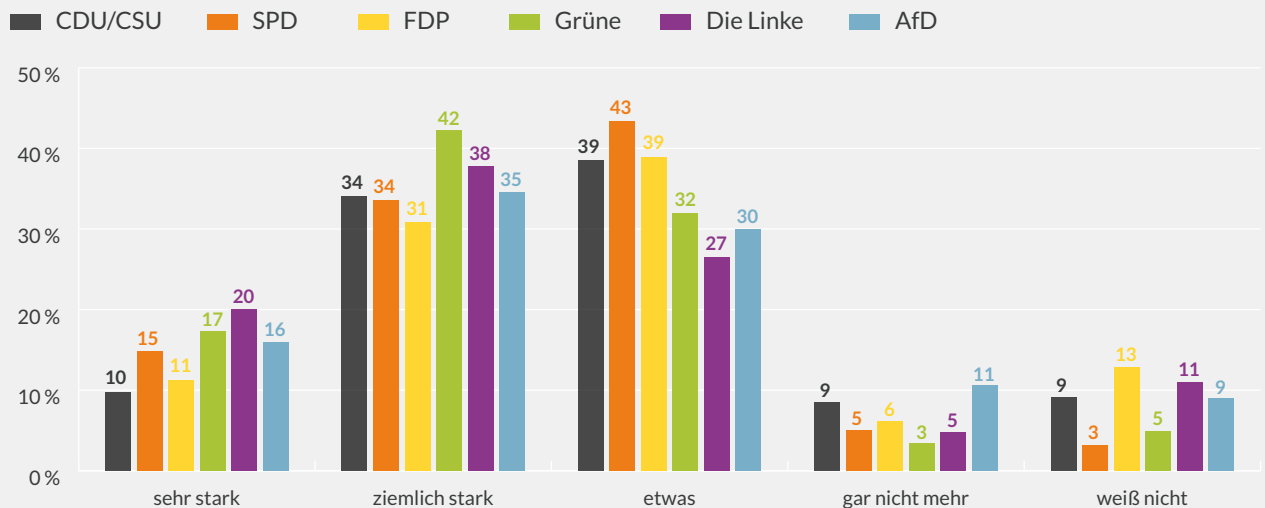


An 100% fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 13

Belastet die Verfolgung und Ermordung von Juden im Nationalsozialismus heute noch die Einstellung der Israelis zu den Deutschen?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

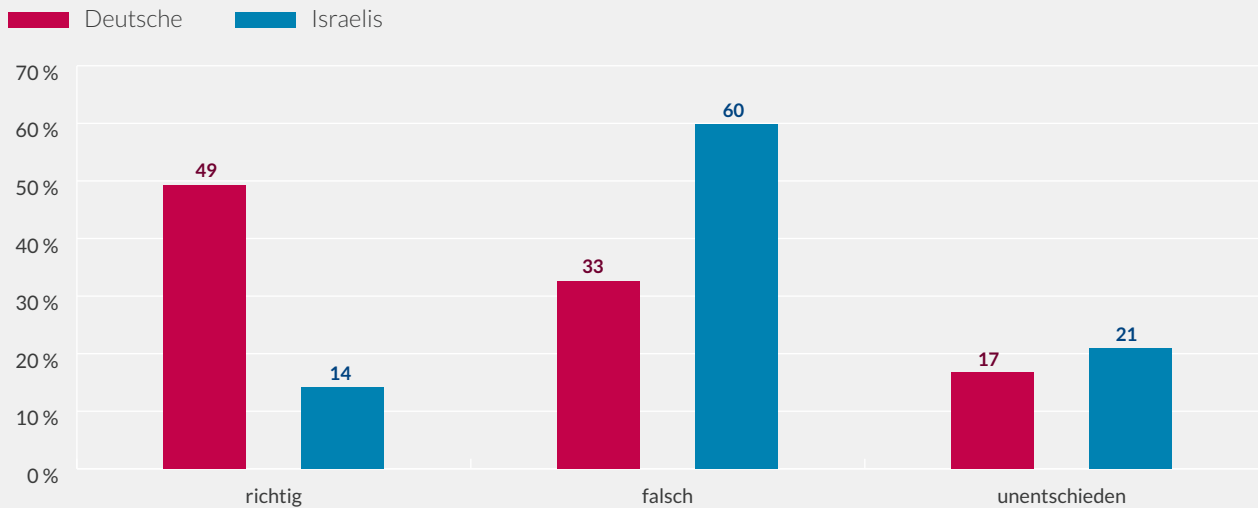
punkt. Die Ergebnisse unserer Befragung belegen, dass der Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart von beiden Seiten nach wie vor als prägend wahrgenommen wird. Allerdings sind sowohl Deutsche als auch Israelis in Bezug auf die Frage gespalten, inwieweit die Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus heute noch die Einstellung der Israelis zu den Deutschen belastet. 42 Prozent der Deutschen und 44 Prozent der Israelis sind der Meinung, dass das nur noch etwas oder gar nicht mehr der Fall ist (Abbildung 12). Eine etwas größere Zahl, 48 Prozent der Befragten in beiden Ländern, sagt hingegen, dass die Beziehungen immer noch stark durch diese Vergangenheit belastet sind. Wenig überraschend sind es vor allem jüdische Israelis (54 Prozent), die das so sehen, während es unter den arabischen Israelis weniger als 30 Prozent sind. Im Vergleich zur Vorgängerstudie von 2013, in der ausschließlich jüdische Israelis befragt wurden, zeigt sich damit trotzdem ein bemerkenswerter Wandel: Damals sahen noch 77 Prozent der Befragten die gegenseitigen Beziehungen als belastet an.

Als weiterer Befund sticht die Perspektive der jüngeren israelischen Generation im Vergleich zu den Älteren hervor. So ist unter den 18- bis 29-Jährigen Israelis knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) der Ansicht, dass die Beziehungen zum heutigen Deutschland von der Ermordung der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus beeinflusst sind. In der Gruppe der über 60-Jährigen sind es nur 39 Prozent. Wähler:innen des Likud, wo traditionell die Distanz zu Deutschland größer ist als beispielsweise in der bis in die 1970er Jahre Israel exklusiv regierenden Arbeitspartei, sehen die Beziehungen durch die Vergangenheit ebenfalls überdurchschnittlich beeinträchtigt (61 Prozent). Demgegenüber haben die Anhänger:innen der anderen Parteien (Jesh Atid, Kahol Lavan und Vereinigte Arabische Liste) eine deutlich positivere Einstellung Deutschland gegenüber.

In Deutschland liefern, wie bei anderen Fragestellungen, parteipolitische Präferenzen den besten Indikator für eine Differenzierung der Befunde. Hier sind

ABBILDUNG 14

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? „Heute, beinahe 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs, sollten wir nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen.“



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityx strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

es Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, bei denen der Eindruck einer fortwährenden Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses durch die nationalsozialistische Vergangenheit besonders stark ausgeprägt ist (jeweils ungefähr 60 Prozent, Abbildung 13). Unter den Anhänger:innen der CDU/CSU ist der Wert mit 44 Prozent deutlich geringer. Auffällig ist, dass auch die Wähler:innen der AfD der nationalsozialistischen Vergangenheit eine relativ hohe Bedeutung für eine Belastung der gegenwärtigen Beziehungen zumessen. Allerdings ist davon auszugehen, dass bei einer Partei, die nach eigenem Bekunden einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen will, die Perspektive eine andere ist: Nicht die Shoah selbst, sondern der Umgang mit der Vergangenheit und die Erinnerungskultur belasten aus dieser Sicht die Beziehungen.

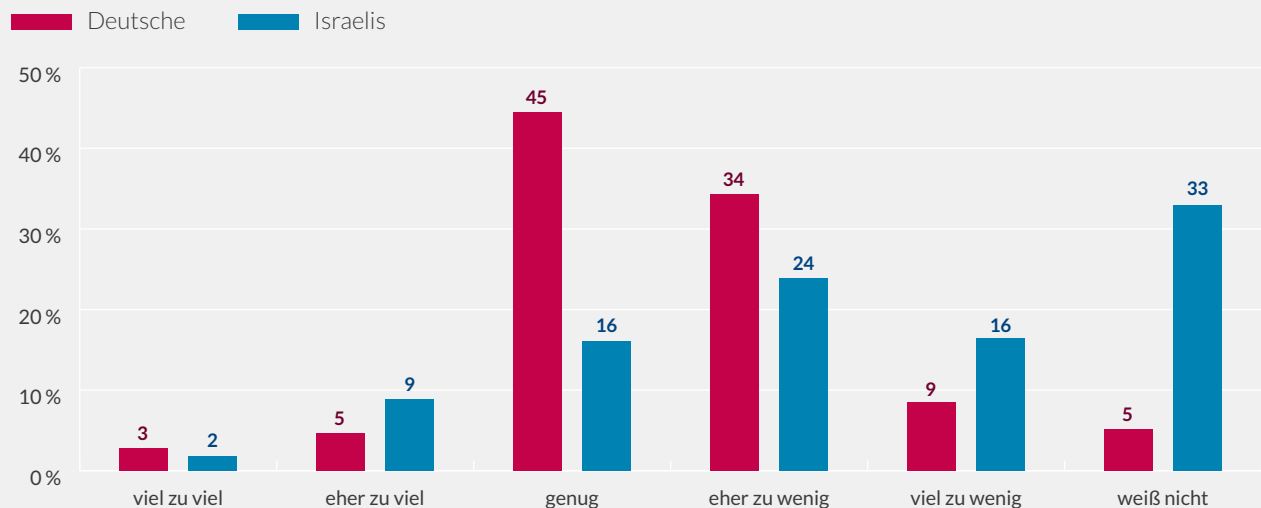
In der deutschen Auseinandersetzung um die Gegenwartsbedeutung der NS-Zeit wird seit Jahrzehnten, beispielsweise im Historikerstreit 1986 und der

Walser-Bubis-Debatte 1998, heftig diskutiert, ob es inzwischen an der Zeit sei, einen „Schlusstrich“ unter jene Vergangenheit zu ziehen. Für diese Position gibt es in Deutschland eine relativ große gesellschaftliche Zustimmung. 49 Prozent der hier Befragten sagen, dass „wir heute nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlusstrich ziehen“ sollten (Abbildung 14).

Im Jahr 2021 spricht sich damit also rund die Hälfte aller Deutschen dafür aus, mit diesem Teil der eigenen Geschichte zumindest im öffentlichen Diskurs abzuschließen. Auffällig ist die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen: Fast jeder:er Zweite (47 Prozent) widerspricht der Forderung, einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Darüber hinaus fallen wieder starke parteipolitische Unterschiede auf. Gegen einen Schlusstrich wenden sich vor allem die Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (65 Prozent), während unter den Anhänger:innen der AfD

ABBILDUNG 15

Sind Sie der Auffassung, dass Schüler in Deutschland ... über den Holocaust lernen?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

zwei Drittel (76 Prozent) einen solchen Schlussstrich befürworten. Wenig überraschend ergibt sich in Israel ein völlig anderes Bild in dieser Frage: Eine große Mehrheit der jüdischen Israelis (72 Prozent, unter den arabischen Israelis sind es allerdings nur 18 Prozent) findet es falsch, „endlich einen Schlussstrich“ zu ziehen. Im Generationenvergleich zeigt sich in Israel auch hier die Tendenz, dass die jüngere Generation weniger bereit ist, die Vergangenheit ruhen zu lassen: 29 Prozent der über 60-Jährigen Israelis finden es richtig, die Vergangenheit hinter sich zu lassen, während es unter den 18- bis 29-Jährigen nur 9 Prozent sind. Mit Blick auf die Parteipräferenz sind es die Anhänger:innen des Likud, die sich am stärksten dagegen aussprechen (71 Prozent).

In beiden Ländern spielen bei dieser Frage auch die unterschiedlichen Bildungshintergründe eine Rolle: Je höher die schulische Bildung, desto größer die Wahrscheinlichkeit der Befragten, sich gegen einen Schlussstrich auszusprechen.

Überhaupt kommt der schulischen Bildung eine große Rolle im Umgang mit der NS-Vergangenheit Deutschlands zu. Häufig wird in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, ob die Schüler in Deutschland „zu wenig“ oder „zu viel“ über den Holocaust, seine Geschichte und Ursachen sowie seine politische Einordnung lernen.

Auch ohne direkten Einblick in das deutsche Bildungssystem sind 40 Prozent der Israelis der Meinung, an deutschen Schulen finde zu wenig Wissensvermittlung über den Holocaust statt (Abbildung 15).

Die Deutschen blicken deutlich positiver auf die Holocaustvermittlung im deutschen Schulsystem. Gerade einmal 8 Prozent von ihnen sind der Meinung, dem Thema werde an deutschen Schulen zu viel Aufmerksamkeit gewidmet. Eine Mehrheit der Befragten findet hingegen, dass keinesfalls zu viel über den Holocaust an deutschen Schulen unterrichtet werde: So sagen 43 Prozent, Schüler:innen soll-

ten noch mehr über den Holocaust lernen und nahezu jede:r Zweite (45 Prozent) nimmt den Umfang schulischer Bildung zum Holocaust als genau richtig wahr.

5.2 Bedeutung der Erinnerung für die Politik

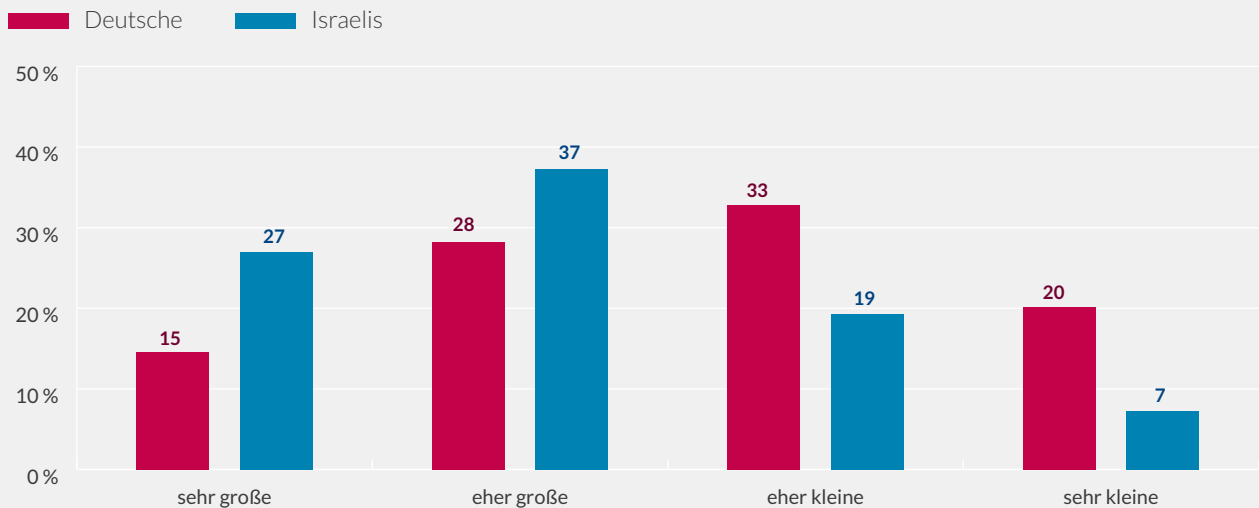
Welche Folgerungen sollten dann aber aus dieser Vergangenheit für heute gezogen werden, beispielsweise für die Politik? Sollte Deutschland Israels Interessen und Sicherheit in der internationalen Politik stärker schützen? Diese Vorstellung hat nicht zuletzt durch Angela Merkels Rede aus dem Jahre 2008 über die Sicherheit Israels als „Teil der deutschen Staatsräson“ Eingang in die öffentlichen Debatten beider Länder gefunden. Bereits die deutsch-israelische Annäherung seit den 1950er Jahren war maßgeblich davon geprägt, dass die Bundesrepublik Deutschland bereit war, Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen.

Erhoben haben wir deshalb, ob die Erinnerung an den Holocaust eine zentrale Rolle für die deutsche Politik spielen sollte. In Israel sehen dies knapp zwei Drittel so (64 Prozent insgesamt, unter den jüdischen Israelis 75 Prozent, hingegen 26 Prozent unter den arabischen Israelis).

In Deutschland hingegen ist das Bild gespalten. Hier stimmen nur 43 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass eine fortwährende Erinnerung an den Holocaust für die heutige wie die künftige deutsche Politik eine Rolle spielen sollte (Abbildung 16). Bemerkenswert sind erneut die Antworten der jüngsten deutschen Befragtengruppe: Sie sind die einzige Altersgruppe, die der Erinnerung an den Holocaust mehrheitlich (56 Prozent) eine große oder sehr große Rolle für die deutsche Politik beimisst. Besonders hoch ist die Zustimmung für eine Politik, die sich ihrer historischen Verantwortung bewusst ist, auch unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (67 Prozent), während sich mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger:innen (58 Prozent) und

ABBILDUNG 16

Sollte die Erinnerung an den Holocaust für die heutige und künftige deutsche Politik eine ... Rolle spielen?



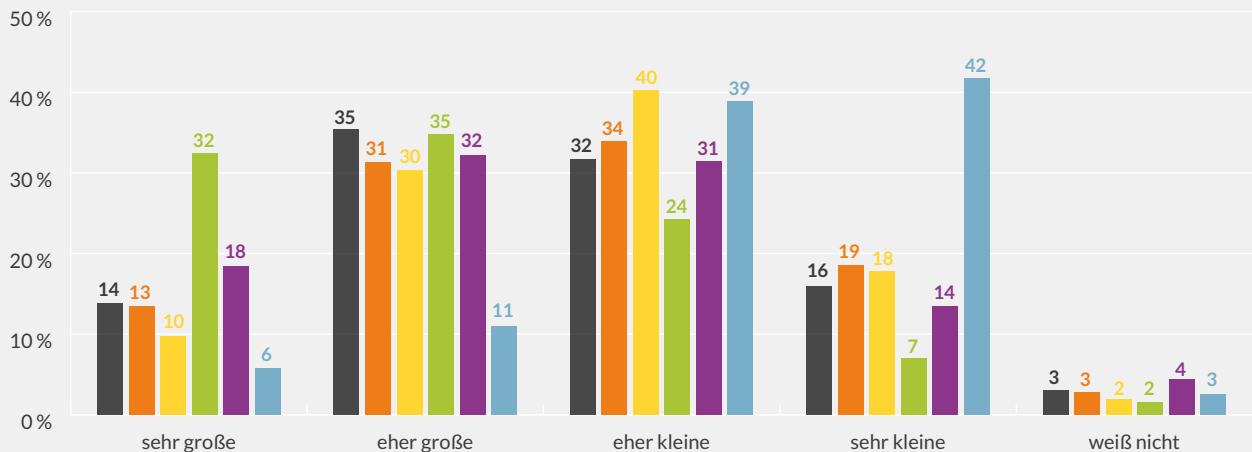
An 100% fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 17

Sollte die Erinnerung an den Holocaust für die heutige und künftige deutsche Politik eine ... Rolle spielen?

■ CDU/CSU
 ■ SPD
 ■ FDP
 ■ Grüne
 ■ Die Linke
 ■ AfD



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

sogar eine deutliche Mehrheit der Wähler:innen der AfD dagegen ausspricht, dass die Erinnerung an den Holocaust in der deutschen Politik eine große Rolle spielen soll (81 Prozent, Abbildung 17).

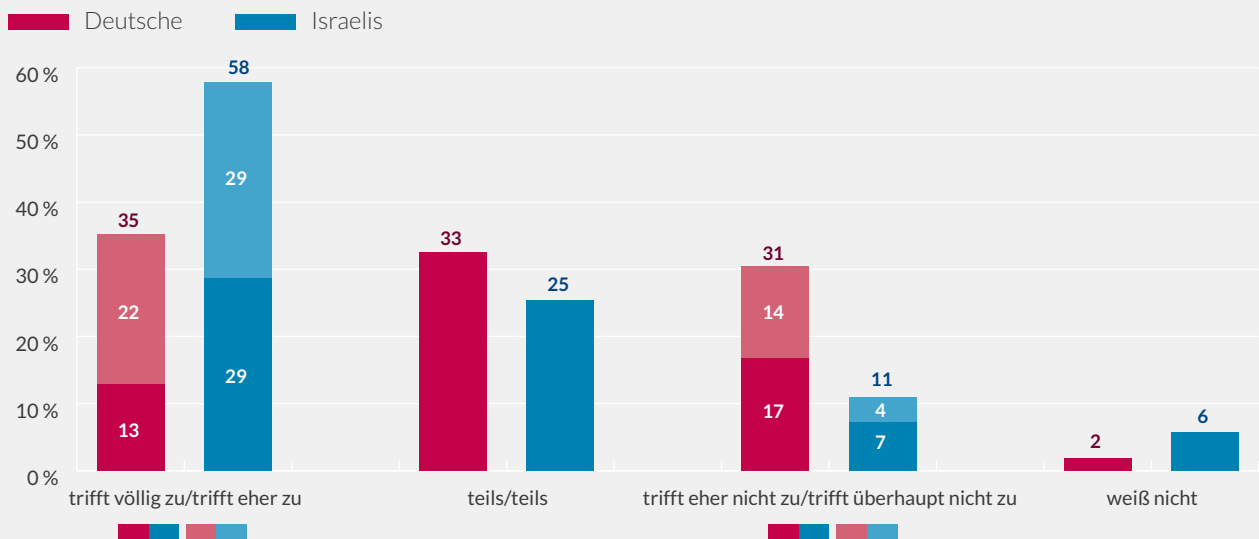
Mit Blick auf parteipolitische Präferenzen in Deutschland wird ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Meinung zu Israel und der Notwendigkeit des Holocaustgedenkens offenbar. Die Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen einerseits und der AfD andererseits bilden dabei zwei gegensätzliche Pole. Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen finden sich die höchsten Sympathiewerte für Israel sowie für eine Politik, die sich ihrer historischen Verantwortung bewusst ist. Unter den Unterstützer:innen der AfD hingegen geht eine distanzierte Haltung zu Israel einher mit der Ablehnung, der Erinnerung an den Holocaust eine Rolle für die deutsche Politik beizumessen.

5.3 Verantwortung als Folge aus der Vergangenheit

Neben der allgemeinen Frage der Rolle der Erinnerung für die Politik stellt sich die Frage, welche spezifischen Formen der Verantwortung sich aus Sicht der Deutschen und Israelis für die Gegenwart und Zukunft ergeben. Hierzu haben wir in beiden Ländern in drei Schritten danach gefragt, ob sich als Konsequenz aus den nationalsozialistischen Verbrechen eine Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk, dem Staat Israel beziehungsweise gegenüber flüchtenden Menschen generell ergibt. Insgesamt sieht gut ein Drittel (35 Prozent) der Deutschen eine Verantwortung dem jüdischen Volk gegenüber, ein Drittel ist bei dieser Frage unentschieden (33 Prozent „teils/teils“) und ein weiteres Drittel (31 Prozent) lehnt eine aus der Vergangenheit resultierende Verantwortung in diesen Bereichen ab und sieht keinerlei Verantwortung für das jüdische Volk (Abbildung 18). Auffällig ist die Meinung der jüngsten Befragtengruppe, der 18- bis 29-Jährigen: Unter ihnen verspürt fast jeder Zweite

ABBILDUNG 18

Inwieweit trifft die folgende Aussage zu? | „Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityx strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

(44 Prozent) eine Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk.

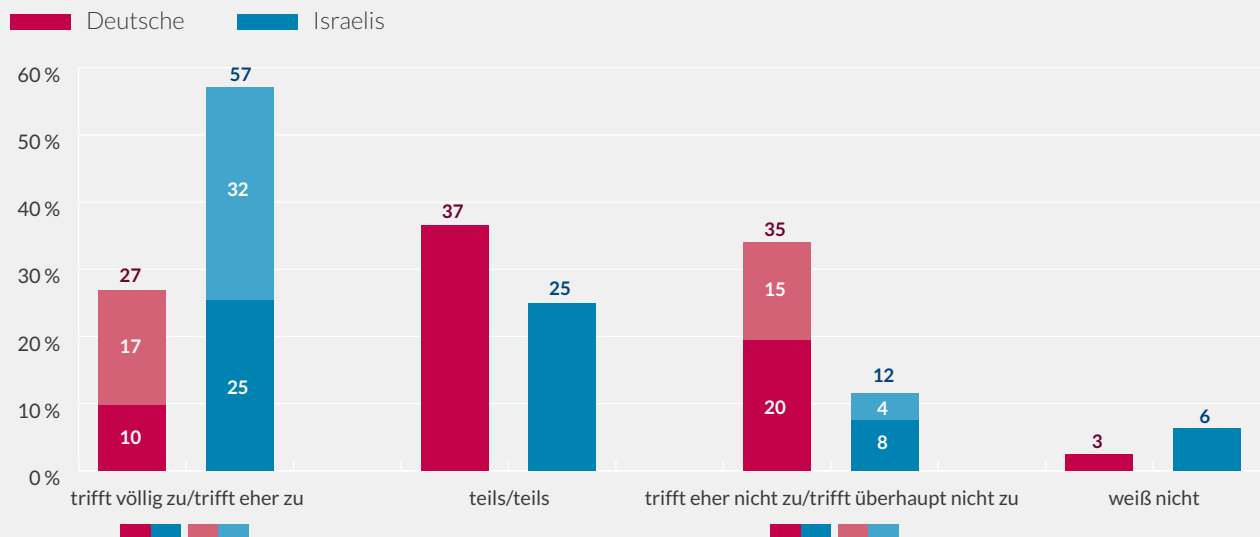
Weniger ausgeprägt ist das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Staat Israel. 27 Prozent der Befragten bejahen eine historisch begründete Verantwortung für den jüdischen Staat. 37 Prozent sehen diese Verantwortung nur zum Teil und 35 Prozent teilen dieses Verantwortungsbewusstsein für den Staat Israel gar nicht (Abbildung 19). Unter den jüdischen Israelis ist der Befund anders gelagert: Eine Mehrheit von 63 Prozent der jüdischen Israelis ist der Ansicht, Deutschland müsse sich vor dem Hintergrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit in besonderer Weise für Israel einsetzen. Unter den arabischen Israelis liegt dieser Wert hingegen bei nur 37 Prozent. Im Durchschnitt stimmen somit 57 Prozent der Befragten Israelis dieser Aussage zu.

Die Ablehnung einer historischen Verantwortung für den Staat Israel ist in Deutschland größer als die explizite Zustimmung dazu. Auffällig ist die Zurückhaltung ostdeutscher Befragter: Unter ihnen lehnen sogar 39 Prozent eine aus der Geschichte erwachsende Verantwortung für Israel explizit ab. Darüber hinaus ist die parteipolitische Orientierung auch bei dieser Frage ein starker Erklärungsfaktor. So ist unter den Anhänger:innen von CDU/CSU (40 Prozent), SPD (33 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (44 Prozent) der Anteil derer überdurchschnittlich hoch, die eine Verantwortung Deutschlands für Israel aufgrund seiner Geschichte sehen. Bei den Wähler:innen der Linken (28 Prozent) und deutlicher noch der FDP (24 Prozent) ist die Zustimmung hierzu weniger stark ausgeprägt. Mehrheitlich abgelehnt wird eine solche Verantwortung nur von den Anhänger:innen der AfD (68 Prozent).

Der eher allgemeinen Frage nach der Verantwortung für geflüchtete Menschen weltweit als Konsequenz

ABBILDUNG 19

Inwieweit trifft die folgende Aussage zu? | „Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für Israel.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

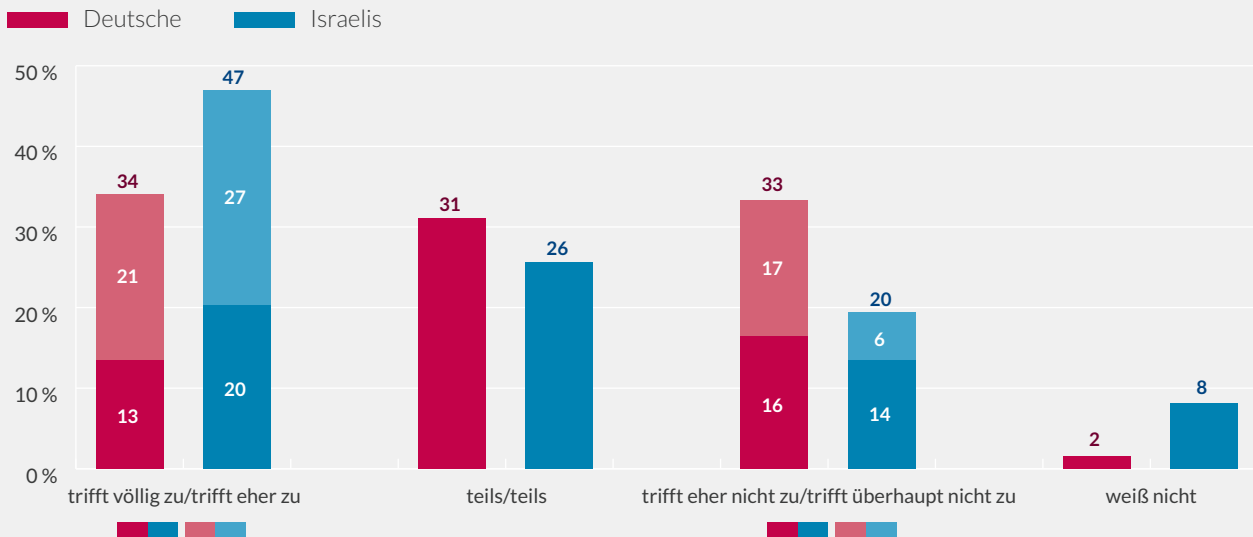
aus der eigenen Geschichte stimmt gut ein Drittel (34 Prozent) der befragten Deutschen zu. 31 Prozent sehen diese Verantwortung nur zum Teil und 33 Prozent lehnen eine besondere Verantwortung für flüchtende Menschen als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands gänzlich ab (Abbildung 20).

Die Zahlen zeigen im Ergebnis, dass die Deutschen zwar Verantwortungsbewusstsein aus der NS-Vergangenheit Deutschlands ableiten, man aber durchaus zwischen dem jüdischen Volk in seiner Gesamtheit beziehungsweise geflüchteten Menschen weltweit auf der einen Seite und dem Staat Israel auf der anderen Seite differenziert. Vor allem mit Blick auf die Gruppe der jüngsten Befragten in Deutschland wird das klar: 44 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sehen eine Verantwortung gegenüber dem Judentum weltweit, gegenüber Israel tun dies allerdings nur 25 Prozent von ihnen.

Zusätzlich spiegeln die Zahlen in Deutschland auch in diesem Fragenkomplex die bereits mehrfach beobachtete starke parteipolitische Differenzierung wider. Verantwortung aus der NS-Zeit für das jüdische Volk, für Israel oder für flüchtende Menschen empfinden besonders Wähler:innen von Bündnis 90/ Die Grünen (Verantwortung jüdisches Volk: 58 Prozent; Verantwortung Israel: 44 Prozent; Verantwortung flüchtende Menschen: 53 Prozent) sowie der CDU/CSU (Verantwortung jüdisches Volk: 48 Prozent; Verantwortung Israel: 40 Prozent; Verantwortung flüchtende Menschen: 47 Prozent). Bei den Unterstützer:innen der AfD sind auch hier die Zustimmungswerte durchweg besonders gering (Verantwortung jüdisches Volk: 11 Prozent; Verantwortung Israel: 11 Prozent; Verantwortung flüchtende Menschen: 10 Prozent). Auffällig sind zudem die Werte bei den Anhänger:innen der FDP. Sie sehen zwar ähnlich wie die Unterstützer:innen der anderen Parteien (mit Ausnahme der AfD) eine besondere Verantwortung Deutschlands für Juden (28 Pro-

ABBILDUNG 20

Inwieweit trifft die folgende Aussage zu? | „Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für vor Krieg und Verfolgung flüchtende Menschen weltweit.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityx strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

zent), lehnen aber deutlich stärker als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung eine aus dem Nationalsozialismus resultierende Verantwortung für Israel (24 Prozent) sowie für flüchtende Menschen (23 Prozent) ab. Auch das Bildungsniveau erweist sich erneut als entscheidender Einflussfaktor: Menschen mit höherer Bildung sehen eine solche Verantwortung in allen drei Bereichen durchweg in stärkerem Maße.

In Israel ist das Meinungsbild eindeutiger als in Deutschland: Eine Mehrheit sieht eine besondere, aus der NS-Zeit resultierende Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk (58 Prozent, 25 Prozent „teils/teils“, 11 Prozent trifft „eher nicht/überhaupt nicht“ zu), wobei jüdische Israelis diese stärker wahrnehmen (64 Prozent) als arabische Israelis (35 Prozent). Ähnliche Zustimmungswerte zeigen sich in der israelischen Bevölkerung bei der Frage nach der Verantwortung Deutschlands dem Staat Israel gegenüber (57 Prozent, 25 Prozent

„teils/teils“, 12 Prozent trifft „eher nicht/überhaupt nicht“ zu) sowie für flüchtende Menschen (47 Prozent, 26 Prozent „teils/teils“, 19 Prozent trifft „eher nicht/überhaupt nicht“ zu).

Aber auch Israel soll als Lehre aus der jüdischen Verfolgungsgeschichte Verantwortung übernehmen (ohne Abbildung). Das sieht eine Mehrheit der Befragten in beiden Ländern so. 38 Prozent der Deutschen (38 Prozent „teils/teils“, 19 Prozent trifft „eher nicht/überhaupt nicht“ zu) sowie 44 Prozent der Israelis (30 Prozent „teils/teils“, 19 Prozent trifft „eher nicht/überhaupt nicht“ zu) finden, dass Israel deswegen eine besondere Verantwortung für flüchtende und asylsuchende Menschen trägt. Dabei wird deutlich: Trotz der ebenso in Deutschland wie in Israel scharf geführten Debatten um Flüchtlingseinwanderung der letzten Jahre ist in Israel die Ablehnung geringer, sobald die Flüchtlingspolitik in Bezug zur eigenen Geschichte gesetzt wird. Dieses Verantwortungsbewusstsein bildet zum einen die Lehre aus

der jüdischen Verfolgungsgeschichte ab, „nie wieder Opfer“ zu werden. Zum anderen spielt hier ein unter anderem aus dem Zionismus abgeleitetes israelisches Selbstverständnis hinein, eine humane Muster-gesellschaft mit Strahlkraft über die eigenen Grenzen hinaus zu etablieren, „a light unto the nations“ zu sein. Diese normative Vorbildfunktion spiegelt sich in den erhobenen Daten wider. Die Realität unterscheidet sich davon durchaus, wie die seit mehr als 50 Jahren andauernde Besetzung des Westjordanlandes oder die oft diffamierende Rhetorik und die harschen Gesetze im Kontext israelischer Flüchtlingspolitik zeigen.

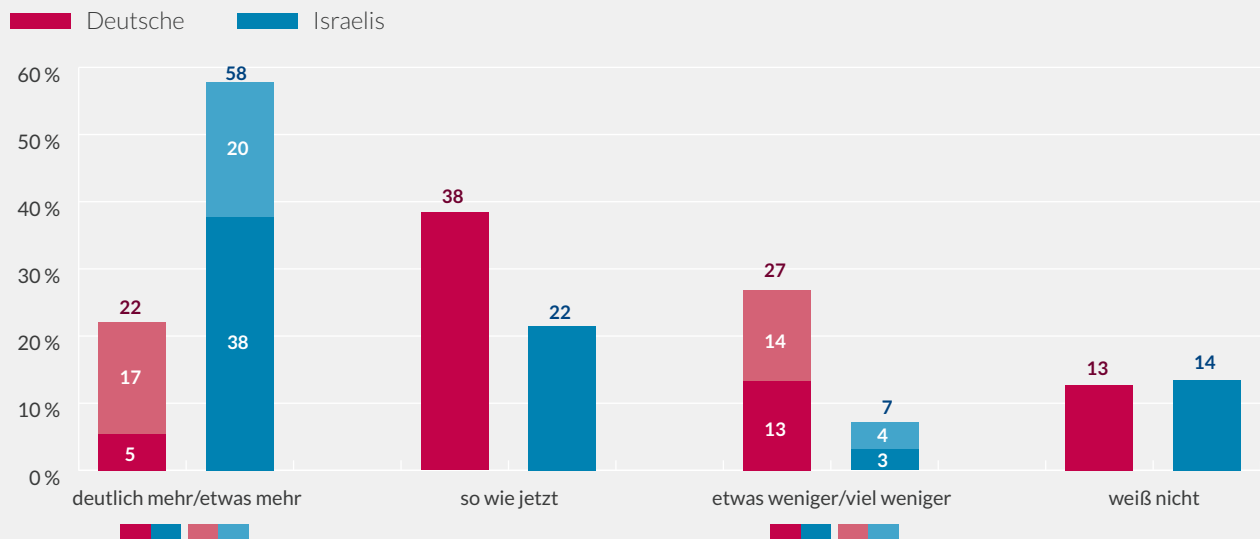
Den Befunden zur Frage der Wahrnehmung einer besonderen Verantwortung für den Staat Israel entsprechen auch die Ergebnisse auf die Frage, ob Deutschland Israels Interessen und Sicherheit in der internationalen Politik stärker schützen sollte (Ab-

bildung 21). Während sich etwa jede:r fünfte Befragte für eine Intensivierung ausspricht, möchten 38 Prozent das derzeitige Maß der Unterstützung beibehalten. Dass eine Israel gegenüber positive Einstellung in Zukunft wachsen könnte, deutet sich mit Blick auf die jüngere Generation in Deutschland an (unter 40 Jahren): In dieser Bevölkerungsgruppe wünschen sich 32 Prozent, dass Deutschland Israels Interessen und Sicherheit in der internationalen Politik „deutlich“ oder „etwas“ mehr schützen sollte, unter den 18- bis 29-Jährigen sind es sogar 35 Prozent.

Dem stehen fast zwei Drittel der Israelis (58 Prozent) gegenüber, die explizit einen stärkeren Schutz israelischer Interessen auf dem internationalen Parkett von Deutschland einfordern. Nur 22 Prozent sind damit gegenwärtig zufrieden.

ABBILDUNG 21

Glauben Sie, dass Deutschland Israels Interessen und Sicherheit in der internationalen Politik mehr schützen sollte?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

6 Einschätzungen der Konflikte im Nahen Osten

Bereits in Kapitel 2 wurde deutlich, dass Deutsche Israel maßgeblich als konfliktträchtigen Ort wahrnehmen. In der Erhebung zu dieser Studie ist daher ein weiterer Befragungsblock dem Konflikt mit den Palästinensern, aber auch der seit Jahren schwelenden Auseinandersetzung mit Iran gewidmet.

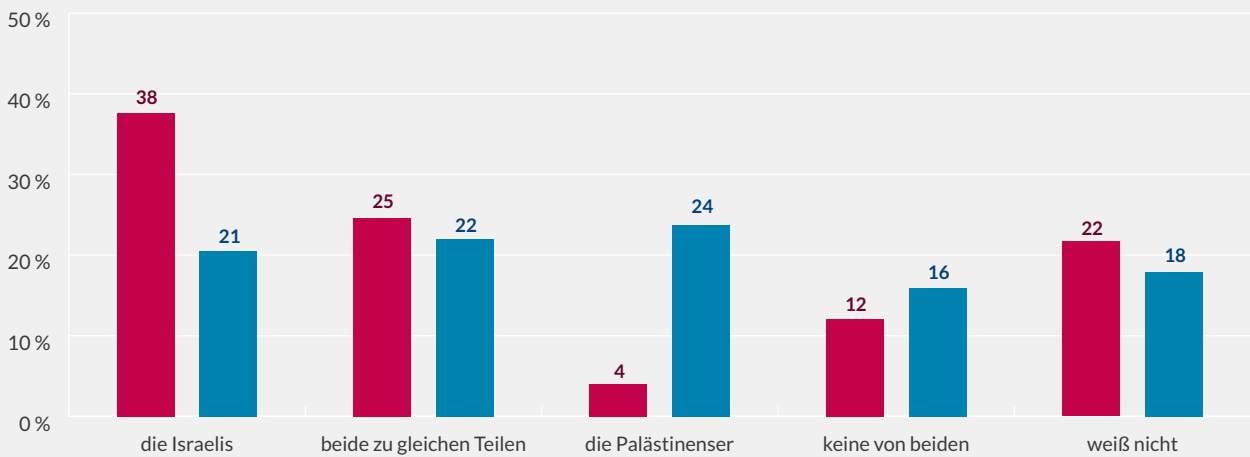
6.1 Der israelisch-palästinensische Konflikt

Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt haben wir gefragt, welche Seite nach Wahrnehmung der Befragten von der deutschen Bundesre-

ABBILDUNG 22

Welche der beiden Seiten wird Ihrer Ansicht nach von der deutschen Bundesregierung unterstützt?

■ Deutsche ■ Israelis

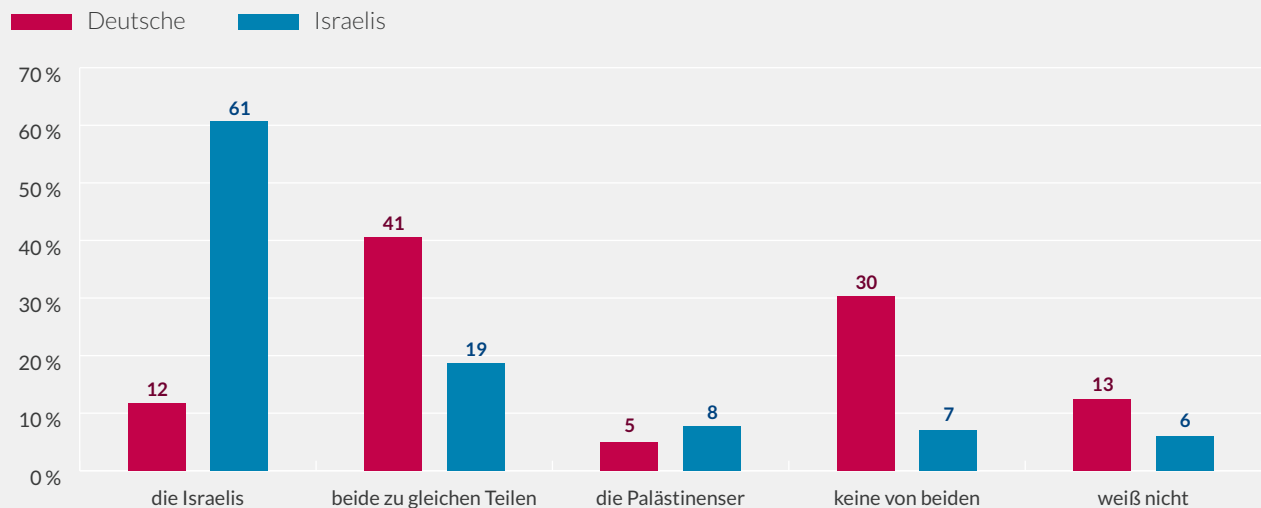


Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 23

Wen sollte die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach unterstützen?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

gierung hauptsächlich unterstützt wird. 21 Prozent der Israelis sind der Auffassung, dass Israel stärker unterstützt wird, 22 Prozent glauben, dass beide Parteien zu gleichen Teilen unterstützt werden und 24 Prozent sehen eine stärkere Unterstützung der palästinensischen Seite (Abbildung 22). Während rund ein Drittel der israelischen Araber:innen (31 Prozent) glaubt, dass Deutschland eher Israel unterstützt, sind es unter den israelischen Jüdinnen und Juden nur 18 Prozent. Umgekehrt sind nur 7 Prozent der arabischen Israelis der Ansicht, dass Deutschland primär die Palästinenser:innen unterstützt, während immerhin 29 Prozent der jüdischen Israelis diese Auffassung vertreten. Unter ihnen bilden Likud-Wähler:innen mit 37 Prozent die größte Gruppe. Ihre Haltung ist vermutlich befeuert worden durch die Rhetorik Netanjahus, der jahrelang den europäischen Staaten und Gesellschaften vorwarf, sie seien zu propalästinensisch und Israel werde einseitig verurteilt. Auch in der jüngeren israelischen Generation (unter 40 Jahren) ist die Sichtweise einer mangelnden Unterstützung Israels verbreitet. Die ältere Generation der über 60-Jährigen

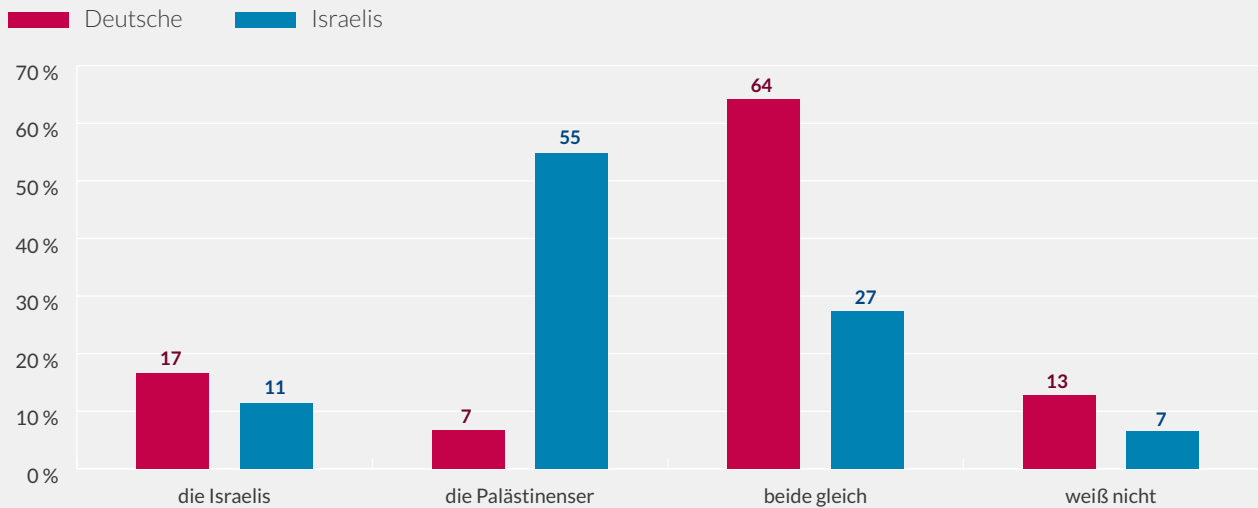
hingegen sieht die deutsche Bundesregierung eher als Unterstützerin Israels (27 Prozent).

Während in Israel insgesamt fast ein Viertel der Bevölkerung glaubt, dass Deutschland vor allem die palästinensische Seite unterstützt, nehmen dies in Deutschland lediglich 4 Prozent der Befragten so wahr. Mehr als ein Drittel (38 Prozent) glaubt, dass Deutschland eher Israel unterstützt. Dieser Wert nimmt mit höherer Schulbildung deutlich zu. Ein Viertel der deutschen Befragten glaubt, dass die deutsche Bundesregierung beide Seiten zu gleichen Anteilen unterstützt.

Die Frage danach, welche Seite unterstützt wird, ist klar zu trennen von der Frage, welche Seite nach Meinung der Befragten unterstützt werden sollte. In Deutschland fällt hierbei der hohe Prozentsatz derjenigen auf, die entweder empfehlen, dass Deutschland sich aus dem Konflikt ganz heraushalten (immerhin 30 Prozent) oder aber beide Seiten gleichermaßen unterstützen sollte (41 Prozent, Abbildung 23). Die beiden Werte spiegeln damit ein

ABBILDUNG 24

Wer muss im israelisch-palästinensischen Konflikt Ihrer Meinung nach mehr nachgeben, die Israelis oder die Palästinenser oder beide gleich viel?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

häufig anzutreffendes Merkmal der öffentlichen Meinung in Deutschland zur Außenpolitik des eigenen Landes wider, nämlich sich aus Konflikten herauszuhalten oder stark konsensorientiert zu agieren. Unter den jüdischen Israelis wünscht sich wenig überraschend eine große Mehrheit (61 Prozent) eine Unterstützung Israels im Konflikt. Auch hier orientiert sich die Generation der unter 40-Jährigen deutlicher an den „Falken“: Gut zwei Drittel (68 Prozent) wünschen sich eine einseitige Unterstützung Israels, während es in der Generation der über 60-Jährigen nur knapp 40 Prozent sind.

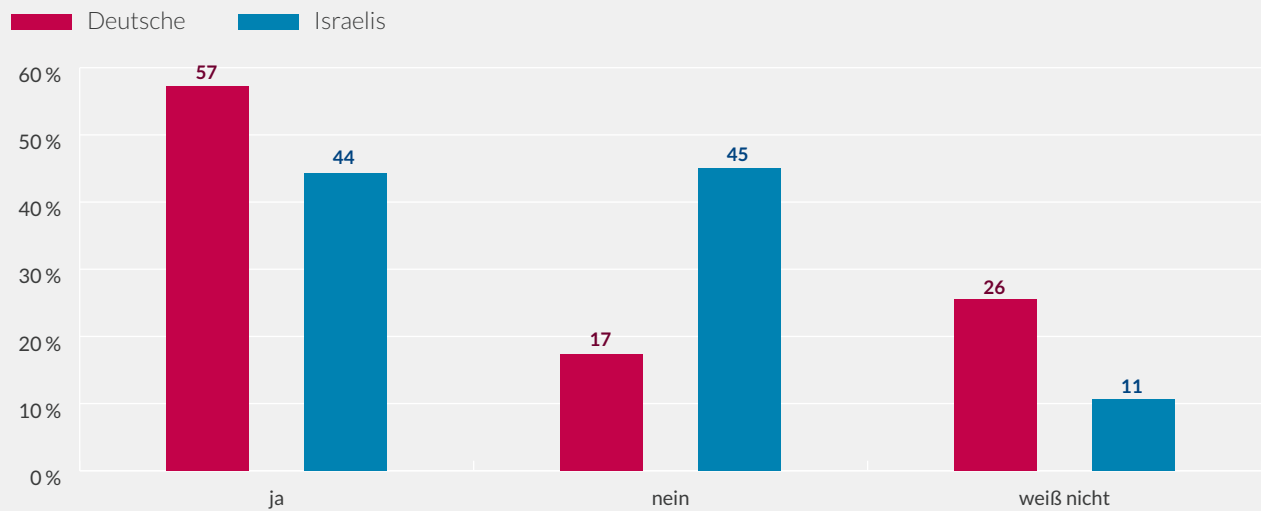
In Deutschland wird die Frage, wer im israelisch-palästinensischen Konflikt eher nachgeben sollte, wieder in Übereinstimmung mit einer auf Ausgleich zielenden deutschen Außenpolitik beantwortet. Zwei Drittel (64 Prozent) sind der Ansicht, beide Seiten müssten im Konflikt gleichermaßen nachgeben (Abbildung 24). Interessant ist hier die Unterscheidung nach Bildungsgrad: Mit höherer Schulbildung nimmt der Anteil derer, die meinen, beide Seiten müssten

gleichermaßen nachgeben, ab. Dies führt aber nicht zu einer stärkeren Unterstützung einer Partei, sondern vielmehr dazu, dass die Meinungen pointierter werden: Unter höher gebildeten Deutschen ist im Vergleich zur Gesamtbefragungsgruppe in Deutschland sowohl der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, Israel müsse mehr nachgeben (23 Prozent), als auch der Anteil derer, die finden, die palästinensische Seite müsse nachgeben (9 Prozent), höher als in der Gesamtbevölkerung (hier meinen 17 Prozent, vor allem Israel müsse nachgeben, und 7 Prozent, vorrangig die palästinensische Seite müsse dies tun). Die Ergebnisse weisen aber, entgegen der bisweilen zu vernehmenden Sichtweise, nicht auf eine massive Polarisierung der öffentlichen Meinung in Deutschland hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts hin – vielmehr herrscht die Haltung vor, von beiden Seiten ein Nachgeben zu fordern.

Auf der israelischen Seite ist das Antwortverhalten der israelischen Araber:innen besonders interessant: In Übereinstimmung mit der in sozialwissen-

ABBILDUNG 25

Befürworten Sie eine Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

schaftlichen Analysen der letzten Jahre öfter beobachteten „Israelisierung“ dieser Bevölkerungsgruppe (siehe etwa Averbukh 2021 und Scheindlin 2019) wünscht sich eine Mehrheit von ihnen eine Unterstützung beider Seiten oder sogar nur Israels (zusammen knapp unter 50 Prozent). Israelische Araber:innen sehen also nicht mehr zwangsläufig einen Widerspruch zwischen ihrer arabisch-palästinensischen und ihrer israelischen Identität. Dies zeigt sich auch bei den parteipolitischen Präferenzen; selbst unter den mehrheitlich arabischen Unterstützer:innen des Parteienbündnisses Vereinigte Arabische Liste wünschen sich knapp 40 Prozent eine deutsche Unterstützung vor allem Israels oder beider Seiten gleichermaßen.

Der zu beobachtende Veränderungsprozess im politischen Selbstverständnis der arabischen Israelis zeigt sich ebenfalls bei der Frage, welche Seite im israelisch-palästinensischen Konflikt stärker nachgeben sollte. Bemerkenswert ist, dass auch unter den arabischen Israelis die Haltung, dass die palästinensische Seite mehr nachgeben sollte, eine beachtli-

che Zustimmung von 41 Prozent erfährt. Möglicherweise spielt hier die seit Jahrzehnten dominante israelische Lesart hinein, dass es auf palästinensischer Seite keine echten Friedenspartner:innen gebe. Und so denkt auch insgesamt eine Mehrheit von 55 Prozent der Israelis, dass die palästinensische Seite mehr nachgeben müsse.

Auch wenn es derzeit keinen Friedensprozess zwischen Israel und der palästinensischen Seite gibt, wird in der öffentlichen Berichterstattung in Deutschland und anderen Ländern und auch in Israel immer wieder die Frage gestellt, wie der israelisch-palästinensische Konflikt perspektivisch gelöst werden kann. Die in der internationalen Diplomatie oft eingeforderte und auch dem Osloer Friedensprozess zugrunde liegende Zweistaatenlösung ist seit den 1990er Jahren die bekannteste, wenn auch im Jahr 2022 nicht mehr die wahrscheinlichste Lösungsoption. In Deutschland zeigt das Antwortverhalten die oben beschriebene Präferenz für eine „ausgleichsorientierte“ Außenpolitik: 57 Prozent der Deutschen sprechen sich im Geiste Oslos nach wie vor für eine Zwei-

staatenlösung aus, wobei rund ein Viertel (26 Prozent) dazu keine Meinung hat (Abbildung 25). Israel ist in dieser Frage gespalten – 44 Prozent der Befragten sind für, 45 Prozent gegen eine Zweistaatenlösung. Beide Optionen sind also ohne gesellschaftliche Mehrheit. Allerdings befürworten arabische Israelis eine Zweistaatenlösung mit einer überwältigenden Mehrheit von 69 Prozent; nur 37 Prozent der jüdischen Israelis sprechen sich dafür aus.

Nach Parteiaffinität differenzierte Werte zeigen zu erwartende Unterschiede – Likud-Wähler:innen lehnen die Zweistaatenlösung im Großen und Ganzen ab (67 Prozent). Befürworter:innen der Zweistaatenlösung finden sich vor allem bei Kahol Lavan (56 Prozent), stärker noch bei Jesh Atid (69 Prozent) und der Vereinigten Arabischen Liste (68 Prozent).

Auch der Grad der Religiosität spielt bei dieser Frage eine Rolle: Während sich unter den säkularen Jüdinnen und Juden eine knappe Mehrheit für eine Zweistaatenlösung findet, stimmen ihr nur 12 Prozent der streng Religiösen (Haredim) zu. Eine Differenzie-

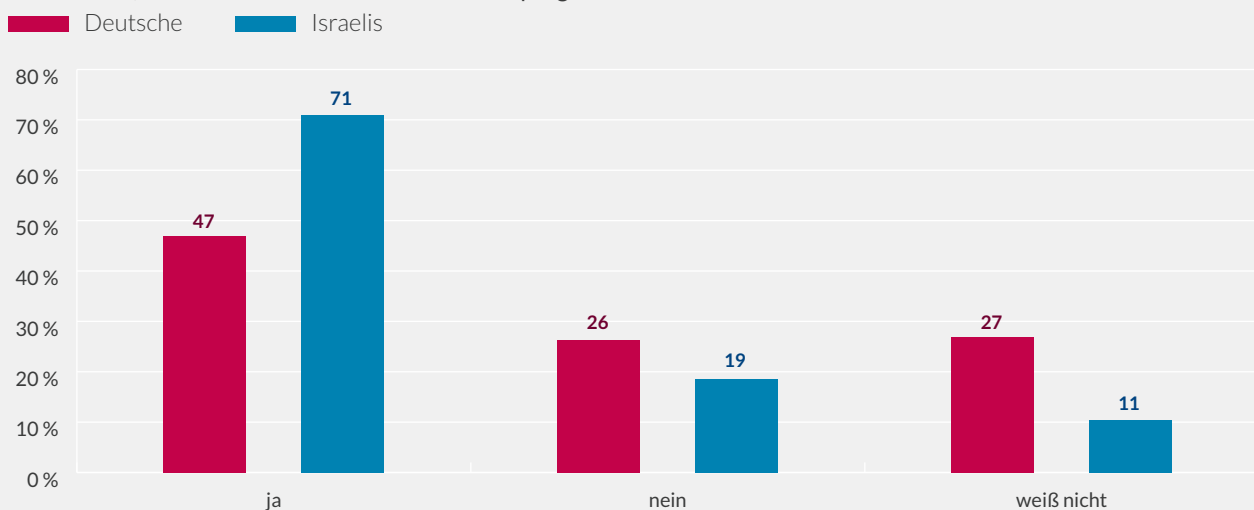
rung nach Alter lässt erkennen, dass sich die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen am eindeutigsten gegen die Zweistaatenlösung ausspricht: 53 Prozent von ihnen lehnen sie ab, während alle anderen Altersgruppen ihr mehrheitlich zustimmen.

6.2 Die Auseinandersetzung mit Iran

Die Auseinandersetzung zwischen Iran und Israel um das iranische Nuklearprogramm und die regionale Ordnung im Nahen Osten ist seit vielen Jahren ein zweites zentrales mit Israel in Bezug stehendes Konfliktthema. Eine existenzielle Bedrohung Israels durch das iranische Atomprogramm sieht knapp die Hälfte der deutschen Befragten (47 Prozent, Abbildung 26). In den Umfragen 2007 und 2013 lagen die Werte noch bei 62 beziehungsweise 59 Prozent. Der Anteil der Deutschen, die angeben, die Frage nicht beantworten zu können, ist mit 27 Prozent im Jahr 2021 allerdings recht stark ausgeprägt. Einzig die Wähler:innen der AfD glauben in der Mehrzahl

ABBILDUNG 26

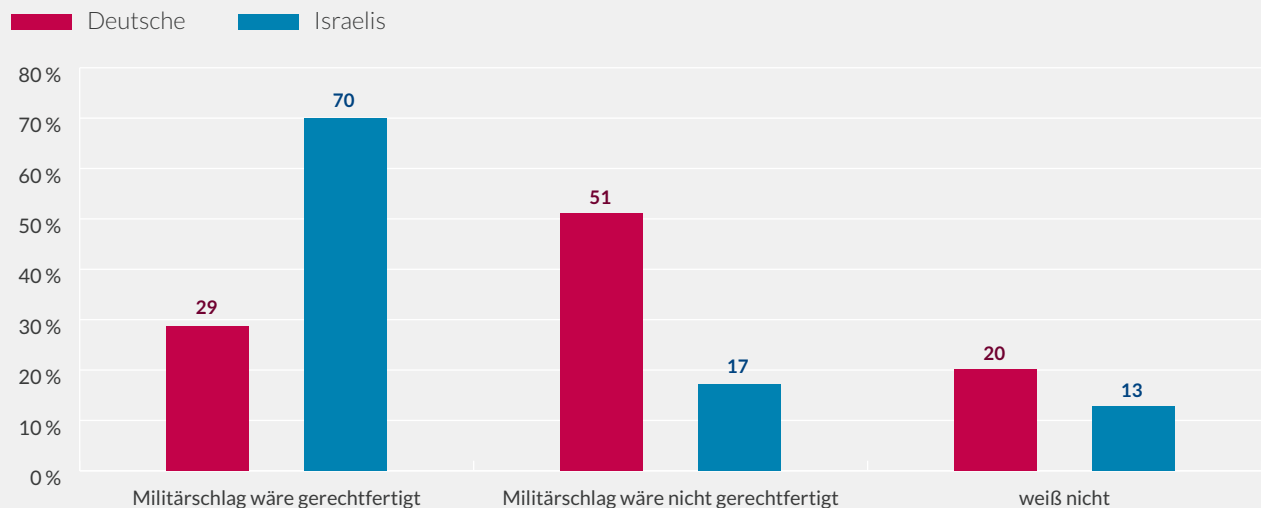
Glauben Sie, dass Israel durch das iranische Atomprogramm in seiner Existenz bedroht wird?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 27

Ist ein Militärschlag gegen den Iran gerechtfertigt, wenn der Iran trotz umfangreicher Verhandlungen die Atombombe baut?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityx strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

(41 Prozent), dass Israel durch das iranische Atomprogramm nicht in seiner Existenz bedroht sei.

Israelis auf der anderen Seite nehmen das iranische Atomprogramm mehrheitlich als existenziell bedrohlich wahr. Klare Unterschiede zeigen sich dabei zwischen jüdischen und arabischen Israelis. Während 82 Prozent der Jüdinnen und Juden in Israel sich bedroht sehen, empfindet das unter den arabischen Israelis nur eine Minderheit von 32 Prozent so. In Bezug auf Iran gehen die Einschätzungen zwischen Deutschen und Israelis also deutlich weiter auseinander, als dies beim israelisch-palästinensischen Konflikt der Fall ist.

Dies betrifft auch die Frage, ob ein Militärschlag gegen Iran gerechtfertigt ist, wenn Iran trotz umfangreicher Verhandlungen eine Atombombe baut: In Deutschland ist etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) gegen einen solchen Angriff, 29 Prozent sprechen sich explizit dafür aus und 20 Prozent enthalten sich („weiß nicht“, Abbildung 27).

Die israelischen Befragten sehen das wenig überraschend deutlich anders. 70 Prozent halten einen Militärschlag gegen Iran im Falle des Baus einer Atombombe für gerechtfertigt. Unter den Befragten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren sind es sogar 78 Prozent. Lediglich 17 Prozent widersprechen dem explizit. Aber während 84 Prozent der jüdischen Israelis einem Militärschlag gegen Iran im Falle des Baus einer Atombombe positiv gegenüberstehen, tun dies nur 21 Prozent der arabischen Israelis. Trotz dieser innerisraelischen Differenzen lässt sich festhalten, dass in Israel innenpolitisch grundsätzlich die Unterstützung für ein militärisches Vorgehen gegen Iran vorhanden ist.

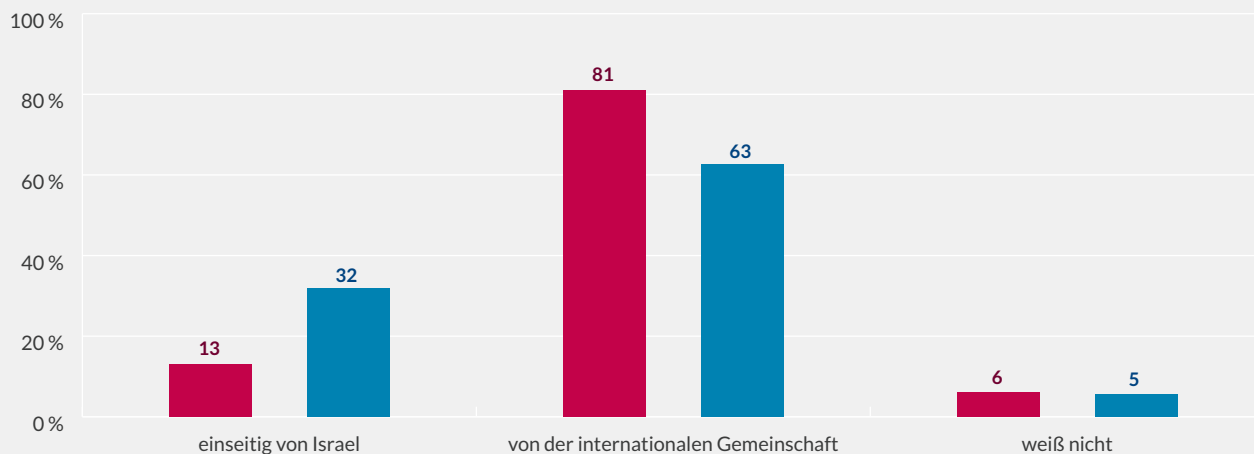
Geringere Unterschiede zwischen Deutschland und Israel zeigen sich bei der Frage, wer einen möglichen Militärschlag gegen Iran ausführen sollte. Die Deutschen sind mehrheitlich der Ansicht, dass Israel hierbei nicht unilateral vorgehen sollte, sondern, wenn überhaupt, die internationale Gemeinschaft tätig werden sollte. Aus deutscher Sicht überwiegt also

ABBILDUNG 28

Und von wem ist ein Militärschlag gerechtfertigt?

■ Deutsche

■ Israelis



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

der Wunsch nach einem breiten internationalen Konsens in dieser Frage.

Auch die Israelis sehen hierbei mehrheitlich die internationale Gemeinschaft gefragt (63 Prozent, Abbildung 28). Eine starke Minderheit von knapp einem Drittel der israelischen Befragten kann sich aber auch einen unilateralen Militärschlag Israels vorstellen (32 Prozent).

7 Judentum und Antisemitismus in Deutschland

Während Deutsche mit Israel neben dem jüdischen Charakter des Landes vor allem kriegerische Konflikte verbinden, nehmen Israelis Deutschland auch heute noch stark in Verbindung mit dem Trauma des Holocaust wahr. Vor dem Hintergrund dieses historischen Erbes, aber auch angesichts gegenwärtiger Erfahrungen mit antisemitischen Übergriffen in Deutschland – in schwerster Form zuletzt das Attentat auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019 – haben wir daher in der Erhebung Deutsche und Israelis nach ihrer Sicht auf das Leben von Jüdinnen und

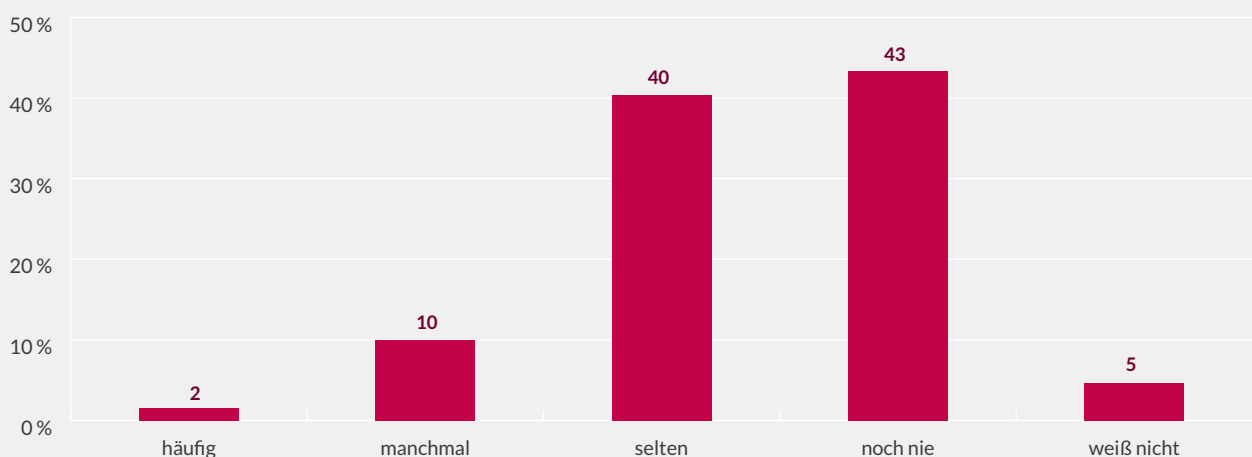
Juden im heutigen Deutschland gefragt. Gleichzeitig wollten wir wissen, wie Deutsche den Antisemitismus in ihrem eigenen Land und das Verhältnis jüdischer und nicht-jüdischer Deutscher heute wahrnehmen.

Nicht-jüdische Deutsche haben in der Mehrheit keinen Kontakt zu Jüdinnen und Juden. Insgesamt geben nur 12 Prozent der Deutschen an, manchmal oder häufig Kontakt mit Jüdinnen und Juden zu haben (Abbildung 29). Allerdings sind nur knapp

ABBILDUNG 29

Wie häufig stehen Sie in Kontakt zu Juden?

■ Deutsche



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

100.000 Deutsche nach offiziellen Angaben jüdisch, das sind rund 0,12 Prozent der Bevölkerung (dies betrifft die Zahl der Gemeindemitglieder, die Zahl derjenigen, die sich selbst als jüdisch definieren, ist höher). Angesichts dieser geringen Zahl kann davon ausgegangen werden, dass die große Mehrzahl dieser 12 Prozent, die Kontakt zu Jüdinnen und Juden haben, selber nicht-jüdisch sind. Bei Deutschen mit Migrationshintergrund ist der Anteil derjenigen, die angeben, öfter Kontakt zu Juden haben, mit 20 Prozent etwas höher.

7.1 Wahrnehmung von Antisemitismus in Deutschland

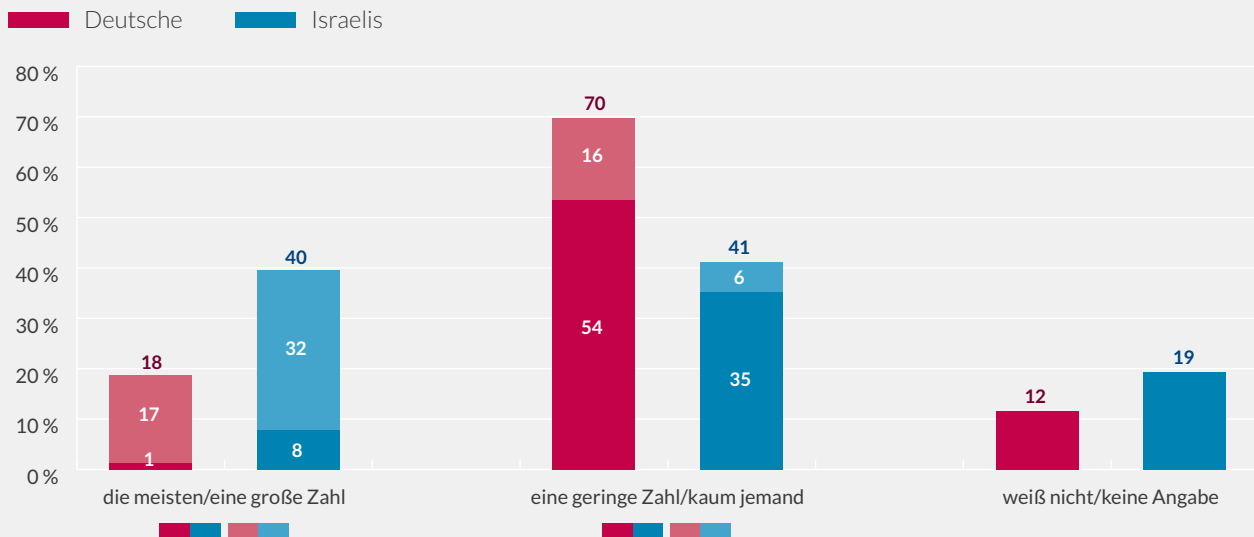
Zunächst wurden die Befragten um ihre Einschätzung zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland gebeten. Ihr zufolge geht eine deutliche Mehrheit von 70 Prozent der Deutschen davon aus, dass entweder nur „eine geringe Zahl“ oder

„kaum jemand“ in Deutschland Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden hat (Abbildung 30). Die Israelis blicken dagegen deutlich skeptischer auf die Einstellung der Deutschen gegenüber Jüdinnen und Juden. Von den israelischen Befragten denken 40 Prozent, dass entweder „die meisten“ oder aber „eine große Zahl“ der Deutschen negative Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden hegen.

Mehr als jeder zweite befragte Israeli (55 Prozent) ist in der Folge auch der Auffassung, dass Antisemitismus in Deutschland ein Problem ist (unter den arabischen Israelis sind es 28 Prozent). Allen voran sind es die jungen Israelis, die Deutschland ein Antisemitismusproblem attestieren (59 Prozent der 18- bis 29-Jährigen). 17 Prozent aller befragten Israelis findet sogar, dass es ein „großes Problem“ ist (Abbildung 31). Rund ein Drittel (32 Prozent) der Israelis vertritt hingegen die Meinung, dass Antisemitismus in Deutschland entweder „kein“, „ein kleines“ oder ein „eher kleines Problem“ ist.

ABBILDUNG 30

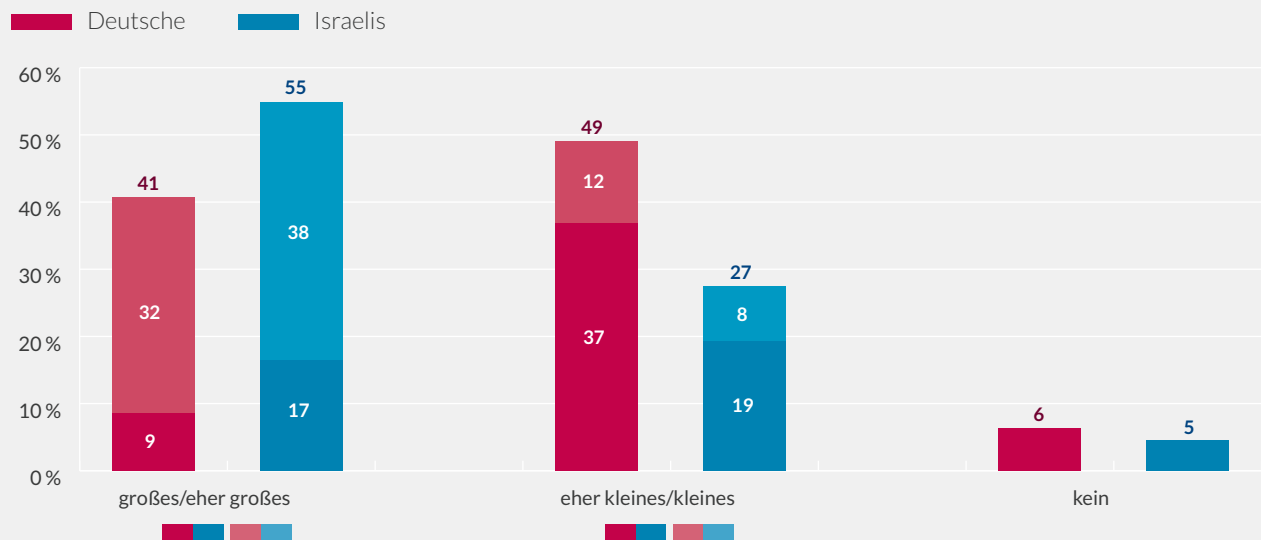
Wie beurteilen Sie die allgemeine Einstellung gegenüber Juden in Deutschland? Sind die meisten, eine große Zahl, eine geringe Zahl oder kaum jemand gegen die Juden eingestellt?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 31

Sind Sie der Auffassung, dass Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, ein ... Problem in Deutschland ist?



An 100 % fehlend: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

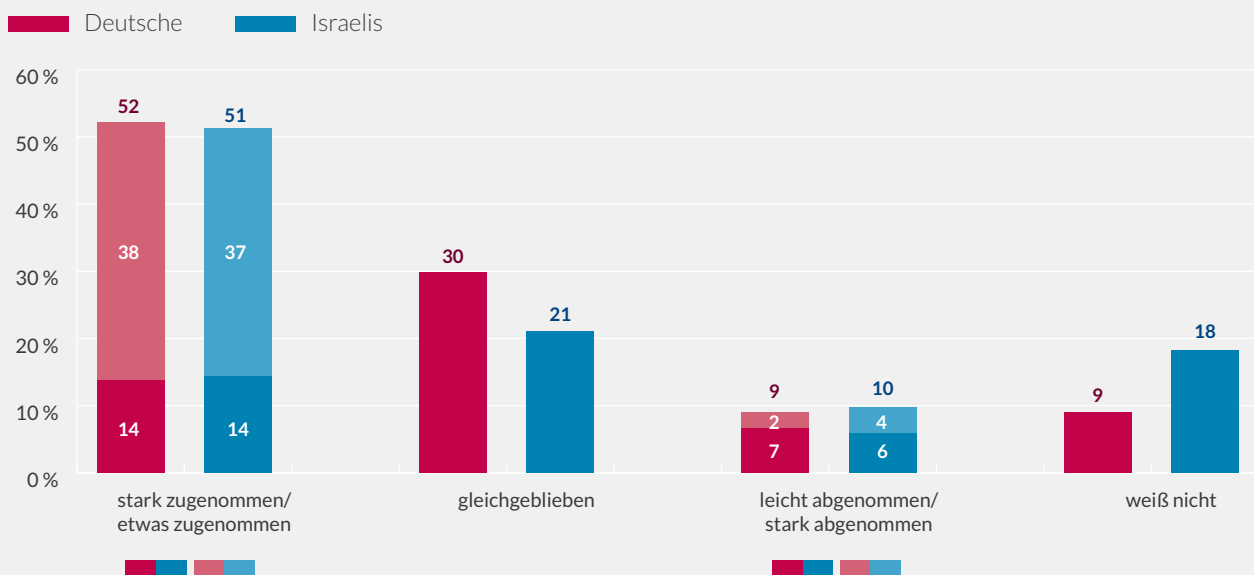
In Deutschland hingegen gehen 41 Prozent der Befragten davon aus, dass Antisemitismus ein Problem in der deutschen Gesellschaft ist (unter Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen glauben dies sogar 60 Prozent). Eine knappe Mehrheit von 55 Prozent der Deutschen sieht dies nicht so.

Zudem glaubt jede:r zweite Befragte beider Länder (Israel: 51 Prozent; Deutschland 52 Prozent), dass der Antisemitismus in Deutschland in den letzten fünf Jahren zugenommen hat (Abbildung 32). Diese Einschätzung ist vermutlich auch bedingt durch immer wieder wahrzunehmende antisemitische Äußerungen aus rechten, linken und islamistischen Milieus sowie die öffentliche Diskussion über Antisemitismus. Die jüngere Generation der unter 40-Jährigen in Deutschland zeigt sich allerdings etwas optimistischer und teilt diese Einschätzung nur in geringerem Maße (39 Prozent; unter den 18- bis 29-Jährigen sind es gar nur 36 Prozent).

Mit der vermuteten Zunahme des Antisemitismus in Deutschland korrespondiert die Wahrnehmung eines Großteils der Deutschen (82 Prozent) und der Israelis (66 Prozent), die davon ausgehen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland Diskriminierung erfahren (Abbildung 33). Die jüngste Gruppe der befragten Israelis (18 bis 29 Jahre) zeigt sich mit 41 Prozent am stärksten besorgt, dass Jüdinnen und Juden starker oder sehr starker Diskriminierung ausgesetzt sind. Damit blicken die israelischen Befragten bei diesem Thema optimistischer auf Deutschland als es die deutschen Befragten selbst tun. Unter den im Bundestag vertretenen Parteien sind die Unterstützer:innen von Bündnis 90/Die Grünen und die Anhänger:innen der Linken, also zweier Parteien, die das Thema der Nichtdiskriminierung im politischen Diskurs sehr stark thematisieren, am ehesten der Meinung, dass die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden in Deutschland besonders ausgeprägt ist. Die Unterstützer:innen der AfD nehmen diese Diskriminierung mit Abstand am wenigsten wahr.

ABBILDUNG 32

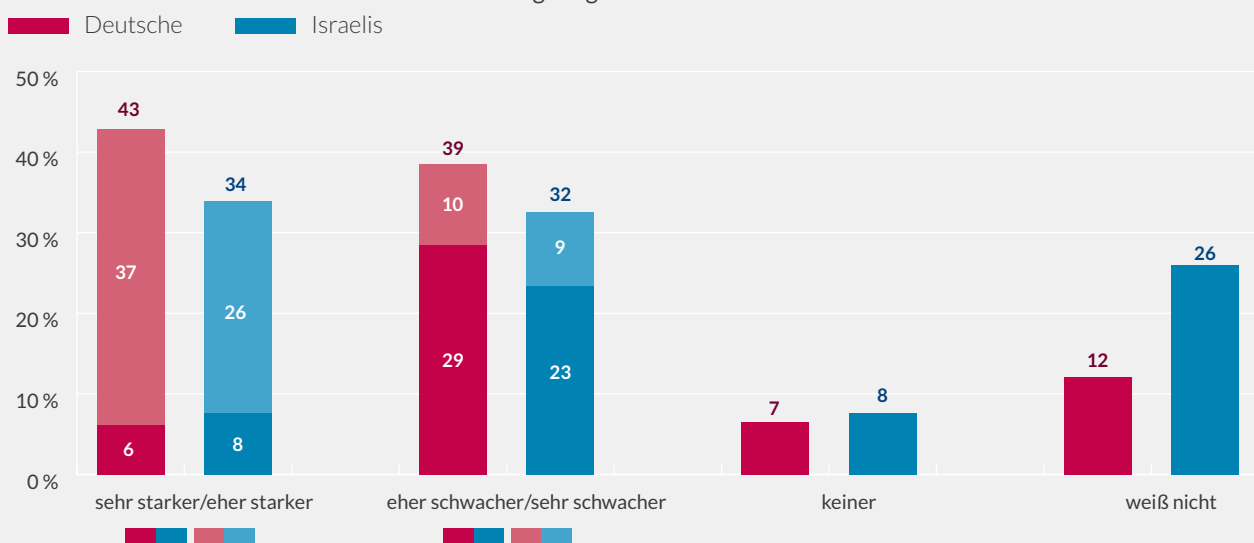
Sind Sie der Auffassung, dass Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, in Deutschland in den letzten fünf Jahren zugenommen hat, gleichgeblieben ist oder abgenommen hat?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 33

Sehen sich Juden in Deutschland ... Diskriminierung ausgesetzt?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

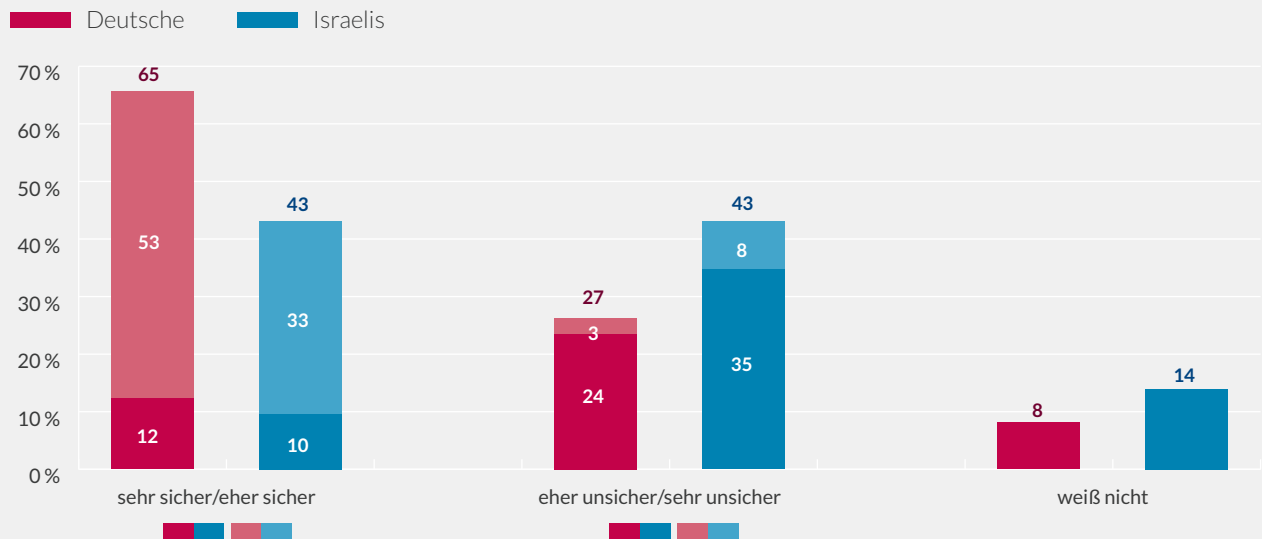
In Israel hingegen haben bei diesem Themenkomplex das Alter der Befragten sowie der Grad ihrer Religiosität große Erklärungskraft. 37 Prozent der säkularen Israelis glauben, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland diskriminiert werden, unter den traditionellen sind es 49 Prozent. Die ältere Generation der über 60-Jährigen geht am wenigstens davon aus (56 Prozent), dass Jüdinnen und Juden in Deutschland diskriminiert werden, während bei den unter 40-Jährigen diese Einstellung mit 69 Prozent am verbreitetsten ist.

Trotz der weit verbreiteten Wahrnehmung, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland diskriminiert werden, glaubt dennoch eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der deutschen Befragten, dass Jüdinnen

und Juden in Deutschland insgesamt sicher leben (Abbildung 34). 44 Prozent sind auch davon überzeugt, dass die Bundesregierung genug unternimmt, um Juden vor Übergriffen zu schützen (Abbildung 35). Am wenigsten Zuspruch erhält diese Auffassung von Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen. Sie glauben mehrheitlich nicht (56 Prozent), dass genug gegen Übergriffe auf Jüdinnen und Juden unternommen wird. Auch die israelischen Befragten teilen den positiven Blick auf die Sicherheit von Jüdinnen und Juden nicht: Unter ihnen glauben nur 43 Prozent (und nur 35 Prozent der unter 18- bis 29-Jährigen), dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher sind. Unter den jüdischen Israelis ist sogar gut jede: Zweite (52 Prozent) der Ansicht, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht sicher sind.

ABBILDUNG 34

Glauben Sie, dass Juden in Deutschland sicher sind?

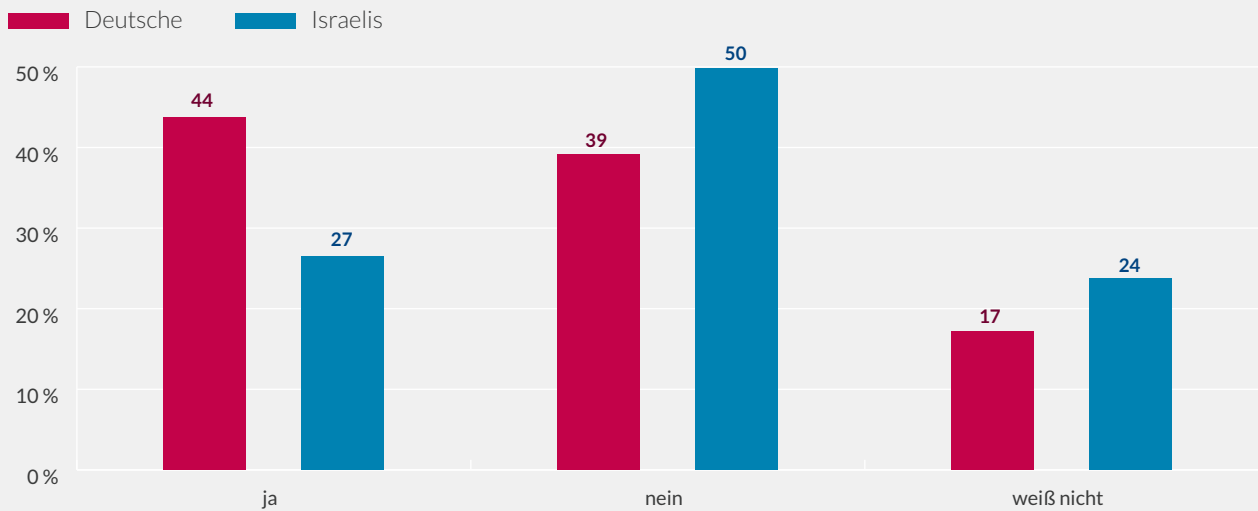


Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 35

Sind Sie der Auffassung, dass die deutsche Politik genug unternimmt, um Juden vor Übergriffen zu schützen?



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

7.2 Antisemitische Einstellungsmuster

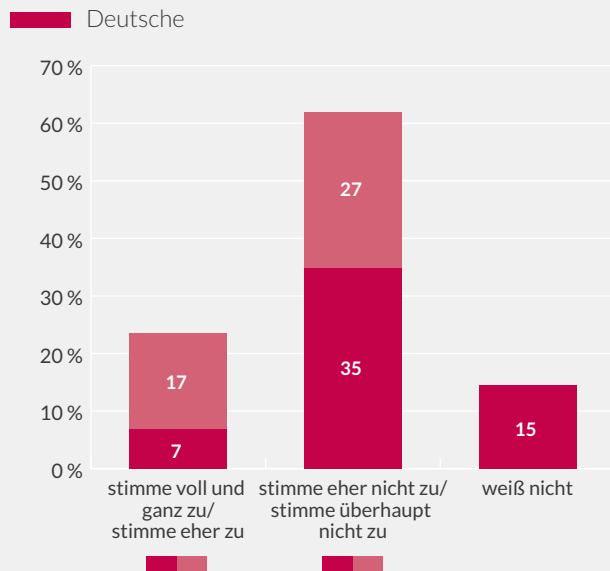
Nach der Wahrnehmung von Antisemitismus in Deutschland interessiert uns in der Folge, wie es tatsächlich um die Verbreitung antisemitischer Denkmuster bestellt ist. Antisemitische Einstellungen werden in der Regel als ein Bündel stereotyper und abwertender Überzeugungen und Tropen beschrieben. Um eine Einschätzung der Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland zu erhalten, wurde den Befragten eine Reihe von Fragen zu Einstellungsmustern des klassischen und des sekundären Antisemitismus sowie der NS-vergleichenden Israelkritik vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Dabei erhebt die Studie nicht den Anspruch, antisemitische Einstellungen in Deutschland in der ganzen Komplexität zu erfassen. Das Antwortverhalten lässt dennoch den Schluss zu, dass Antisemitismus in Deutschland ein weit verbreitetes gesellschaftliches Phänomen ist: Eine große Minderheit der Deutschen, zwischen 20 und 30 Prozent der Befragten, weist antisemitische Einstellungsmuster

unterschiedlich starker Ausprägung auf. So finden 24 Prozent, also gut ein Viertel der deutschen Befragten, dass „Juden in der Welt zu viel Einfluss“ haben (Abbildung 36). Unter den Wähler:innen der AfD sind es sogar 48 Prozent, bei den Volksparteien CDU/CSU und SPD immerhin noch 30 Prozent beziehungsweise 20 Prozent. Hingegen stimmen Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (14 Prozent), der FDP (14 Prozent) und der Partei Die Linke (12 Prozent) dieser Frage deutlich weniger häufig zu. Die größten Unterschiede lassen sich neben der Parteipräferenz in Bezug auf das Alter der Befragten feststellen. 30 Prozent der über 60-Jährigen in Deutschland finden, dass Jüdinnen und Juden zu viel Einfluss auf der Welt haben, unter den 18- bis 29-Jährigen sind es mit 13 Prozent substanziell weniger, die diese Auffassung vertreten.

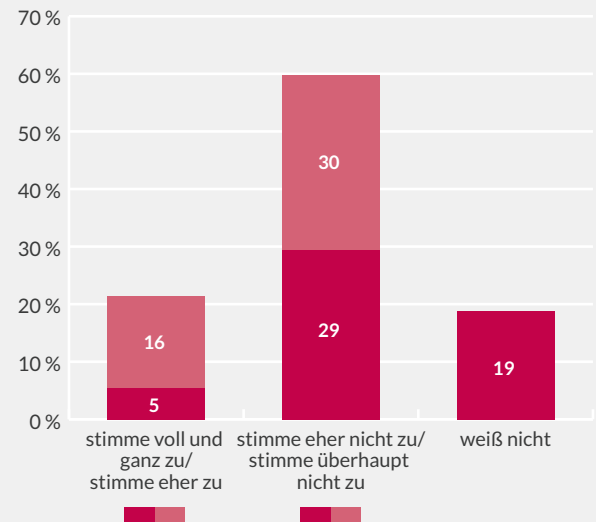
21 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass „Juden mit Tricks arbeiten“. Hier erweist sich das Bildungsniveau als entscheidend, denn mit höherer Bildung nimmt die Zustimmung ab.

ABBILDUNG 36

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
„Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“



„Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

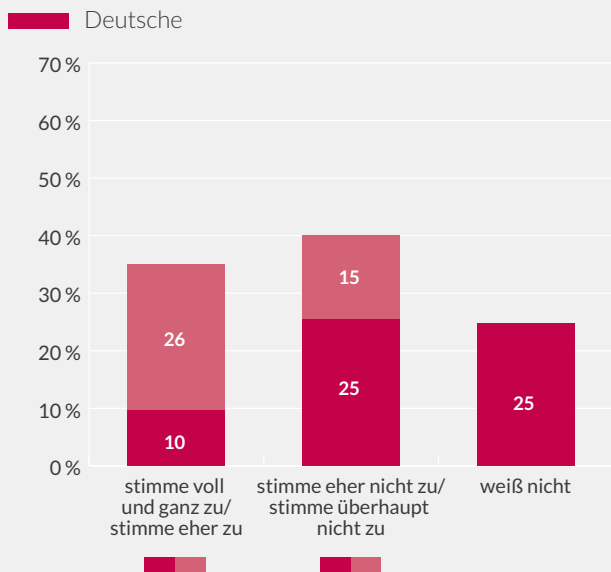
Neben diesen traditionellen antisemitischen Einstellungsmustern fungiert der Staat Israel oft als Projektionsfläche für Antisemitismus, etwa wenn die israelische Politik gegenüber den Palästinenser:innen mit den nationalsozialistischen Verbrechen an Jüdinnen und Juden gleichgestellt wird. Der Aussage, dass Jüdinnen und Juden insgesamt „durch die israelische Politik unsympathischer“ werden, stimmen 21 Prozent zu (Abbildung 37). Zwei Drittel der Deutschen (65 Prozent) widersprechen dieser Aussage allerdings explizit. Auffällig ist gleichwohl, dass die Zustimmung zu diesem israelbezogenen Antisemitismus höher ausfällt als zu traditionellen antisemitischen Stereotypen. Das zeigt, dass antisemitische Einstellungen offener geäußert werden, wenn sie auf Israel als jüdischen Staat Bezug nehmen. Der Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden ge-

macht haben“ stimmt mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Deutschen zu, wobei die Werte unter den Anhänger:innen der CDU/CSU (47 Prozent) sowie der AfD (47 Prozent) höher ausfallen als bei den Wähler:innen anderer Parteien.

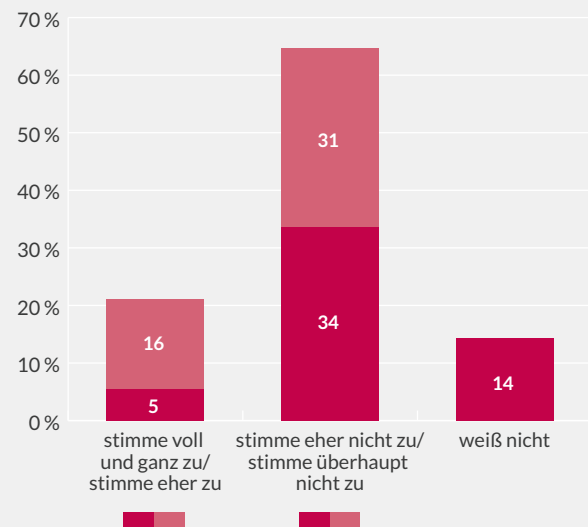
Der Anteil der Deutschen, der die Politik der NS-Zeit mit der Politik Israels gegenüber den Palästinenser:innen vergleicht, geht also deutlich über den Kreis der Personen hinaus, die „klassische“ antisemitische Einstellungen vertreten. Auch hier zeigen sich die bereits zuvor beobachtbaren Zusammenhänge, dass Geschlecht, Bildung und Alter einen Einfluss auf antisemitische sowie antijüdische Einstellungen haben. Grundsätzlich weisen Frauen, höher Gebildete und jüngere Deutsche weniger ausgeprägte antisemitische Einstellungen auf als Männer sowie Personen mit niedriger Schulbildung und höherem Alter.

ABBILDUNG 37

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
 „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“



„Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

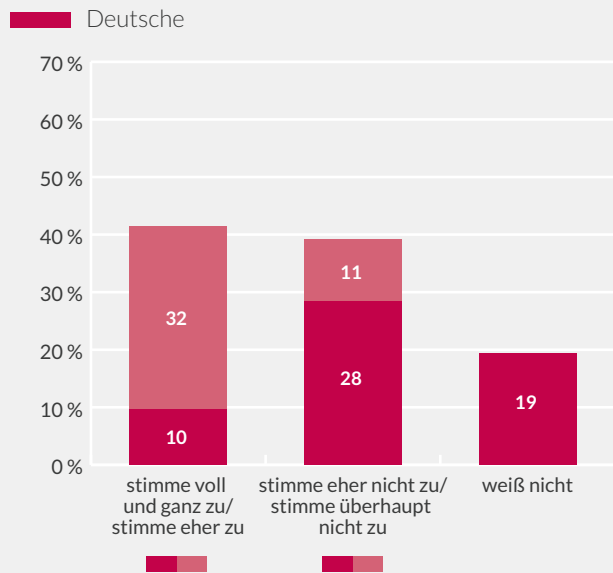
Wie bereits dargelegt, haben nicht-jüdische Deutsche relativ wenig Kontakt mit Jüdinnen und Juden, dies übrigens auch im europäischen Ländervergleich, wie eine europaweite, ebenfalls online basierte Untersuchung der Bertelsmann Stiftung (2020) aufgezeigt hat. Dass Jüdinnen und Juden zumindest teilweise als fremd erlebt werden, zeigt sich bei den Einschätzungen der Aussage, ob sie „lieber unter sich bleiben“. 42 Prozent der deutschen Befragten stimmen dem zu (Abbildung 38). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass dieses Antwortverhalten nicht notwendig auf antisemitische Einstellungen verweisen muss, sondern auch eine Annahme über die jüdische Lebenswelt in Deutschland sein kann, die aus kulturellen, religiösen, historischen und nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit starke interne Gemeinschaftsbezüge hat. Für diese Interpretation spricht, dass 82 Prozent der Befragten Jüdinnen und Juden

als selbstverständlich zu Deutschland gehörend ansehen (bei den Deutschen mit hohem Bildungsgrad sind es sogar 89 Prozent). 13 Prozent der Deutschen und überdurchschnittlich viele Anhänger:innen der AfD (31 Prozent) teilen die Ansicht nicht, dass Jüdinnen und Juden zu Deutschland gehören.

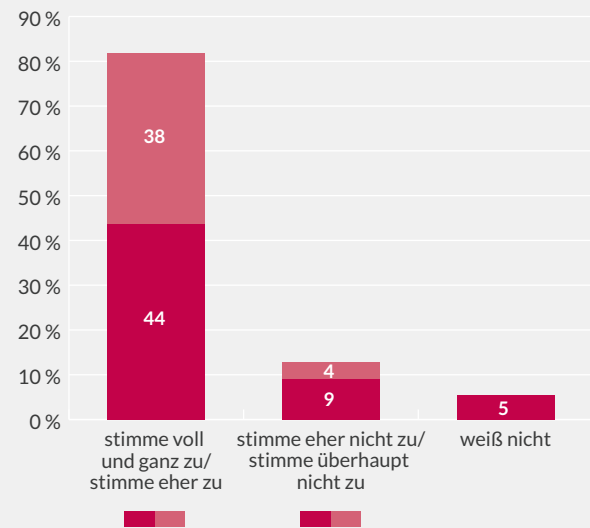
In typischer Täter-Opfer-Umkehr wird immer wieder Jüdinnen und Juden selbst die Schuld am existierenden Antisemitismus zugewiesen. Dieser Meinung sind 27 Prozent der befragten Deutschen (Abbildung 39). Deutlich größer ist die Zustimmung zu der Aussage, dass die israelische Regierung dazu beiträgt, dass es Antisemitismus gibt (43 Prozent). Darin kommt ein Unvermögen oder auch ein Unwille zum Ausdruck, zwischen Jüdinnen und Juden als ethnisch-religiöser Gruppe und dem Staat Israel zu unterscheiden. Die Übertragung der Verantwort-

ABBILDUNG 38

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
„Juden bleiben lieber unter sich.“



„Juden gehören selbstverständlich zu Deutschland.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

lichkeit für Antisemitismus an die israelische Politik ist auch als eine Art Schuldabwehr zu lesen, die eine persönliche, aber auch eine Entlastung der deutschen Gesellschaft insgesamt bewirken soll. Dieser israelbezogene Antisemitismus ist deutlich weiter verbreitet als „traditionelle“ Ausprägungen.

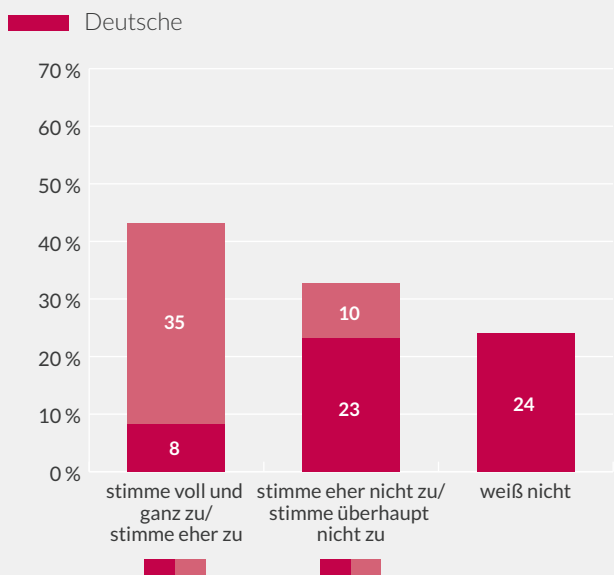
Während also gut jede:r achte Deutsche eher traditionelle antisemitische Einstellungen vertritt und rund ein Drittel für NS-vergleichende „Israelkritik“ empfänglich ist, bestreitet jede:r neunte Deutsche die Zugehörigkeit von Jüdinnen und Juden zu Deutschland. Diese Ergebnisse decken sich im Kern mit den Befunden anderer quantitativer Studien, die antisemitische Einstellungsmuster untersuchen (siehe zum Beispiel American Jewish Committee 2022 oder Decker und Brähler 2020). Sie bestätigen, dass antisemitische Tropen in der deutschen Gesellschaft teils tief verankert sind. Bemerkenswert ist, dass die Wahrnehmung des Antisemitismus durch die Be-

fragten von der gemessenen Realität abweicht, zum Beispiel wenn jede:r zweite Deutsche den Antisemitismus in Deutschland nur für ein kleines oder sehr kleines Problem hält, gleichzeitig eine Mehrheit der Befragten aber eine Zunahme des Antisemitismus in den letzten fünf Jahren in Deutschland zu beobachten glaubt. Daran zeigt sich, dass die Sensibilisierung für und die Bekämpfung von verschiedenen Formen des Antisemitismus eine zentrale Herausforderung für die deutsche Gesellschaft bleiben muss.

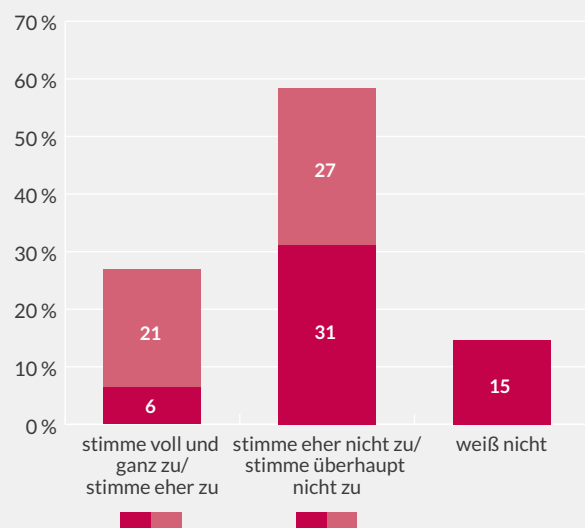
Besorgniserregend ist zusätzlich, dass Antisemitismus keine exklusive Erscheinung der politischen Ränder ist. Zwar ist er besonders unter Anhänger:innen der AfD überdurchschnittlich häufig nachweisbar, doch auch unter Anhänger:innen der etablierten demokratischen Parteien finden antisemitische Einstellungen vor allem dann eine Heimat, wenn sie auf Israel bezogen werden.

ABBILDUNG 39

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
 „Die israelische Regierung trägt dazu bei, dass es Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, gibt.“



„Juden tragen dazu bei, dass es Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, gibt.“



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.
 n = 1.271 Deutsche | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

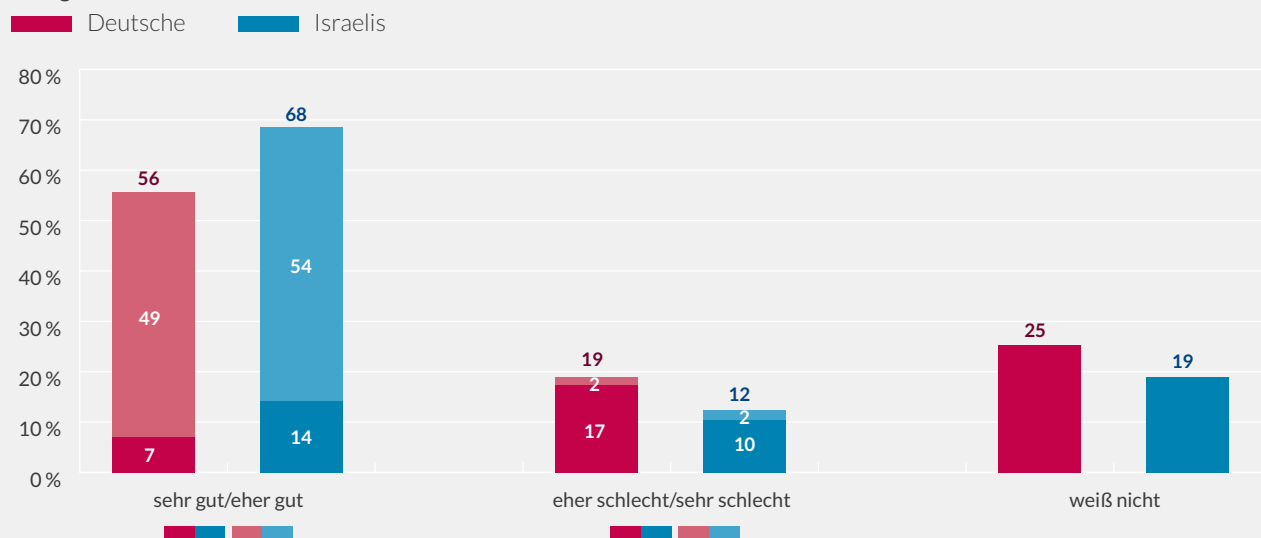
8 Wahrnehmung der deutsch-israelischen Kooperation

Im Rahmen der Erhebung haben wir auch danach gefragt, wie die Kooperation zwischen Deutschland und Israel wahrgenommen wird. Im Ergebnis lässt sich sagen, dass Deutsche wie Israelis positiv auf den Stand der Zusammenarbeit blicken und konkrete Potenziale sehen, die Beziehungen weiter zu festigen. So findet eine Mehrheit auf beiden Seiten (56 Prozent in Deutschland, 68 Prozent in Israel), dass die Zusammenarbeit beider Länder gut oder gar sehr gut funktioniert (Abbildung 40). Unter den Anhänger:innen der CDU/CSU ist die Wahrnehmung

der deutsch-israelischen Kooperation mit einer Zustimmung von 71 Prozent am ausgeprägtesten. In Israel schätzen die Anhänger:innen der liberalen und europäisch orientierten Parteien Jesh Atid (82 Prozent) und Kahol Lavan (89 Prozent) die Beziehungen besonders positiv ein. In beiden Ländern ist die jüngere Generation der unter 40-Jährigen etwas skeptischer (41 Prozent in Deutschland und 63 Prozent in Israel finden, die Zusammenarbeit funktioniere „gut“ oder „sehr gut“).

ABBILDUNG 40

Wie gut funktioniert aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel?



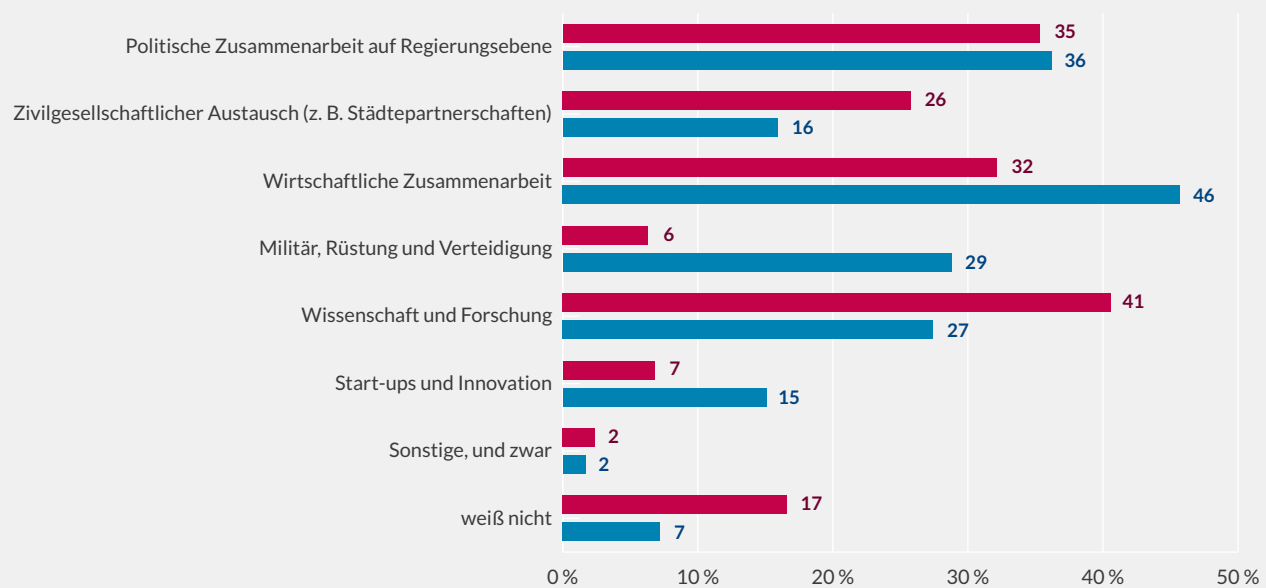
Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent.

n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: polityix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

ABBILDUNG 41

In welchen zwei Bereichen sollten Deutschland und Israel aus Ihrer Sicht besonders eng zusammenarbeiten?

■ Ausgewählt von - D ■ Ausgewählt von - I



Prozentwerte addieren aufgrund von Rundung nicht immer auf 100 Prozent. | Mehrfachantworten möglich
 n = 1.271 Deutsche und 1.372 Israelis | Quelle: pollytix strategic research gmbh | © Bertelsmann Stiftung

Einer Mehrheit der Befragten ist sogar eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wichtig, den Israelis (78 Prozent) noch mehr als den Deutschen (53 Prozent). Gemessen am eher geringen Interesse der Befragten am jeweils anderen Land (siehe Kapitel 4.2: „Gegenseitiges Interesse und Informiertheit“) wird die Bedeutung des Gegenübers als relevanter Kooperationspartner also durchaus gesehen. Gefragt nach den genauen Bereichen, in denen eine Intensivierung der Zusammenarbeit erfolgen sollte, halten viele Befragte in beiden Ländern eine noch stärkere politische Kooperation auf Regierungsebene für wünschenswert. Das wichtigste Werkzeug allerdings, um diese politische Kooperation strategisch auszubauen, liegt mit den alljährlichen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen seit 2018 brach. Dies ist auch insofern bedauerlich, als eine Wiederaufnahme dieses Formats den Ergebnissen nach durchaus im Sinne der Befragten wäre.

Unter den deutschen Teilnehmer:innen der Studie ist Wissenschaft und Forschung der meistgewählte Bereich, in dem man sich einen Ausbau der Kooperation mit Israel wünscht. 41 Prozent von ihnen finden eine Kooperation Deutschlands auf diesem Feld mit Israel bedeutsam, dicht gefolgt von politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit (Abbildung 41). Während also das Wissen über die hohe Qualität israelischer Forschung offenkundig nicht nur in Fachkreisen bekannt ist, übersetzt sich der Kooperationswunsch nicht gleichzeitig auch auf den Bereich „Start-ups und Innovation“. Das ist insofern auffällig, als dass Israel auch in diesem Bereich als „Start-up-Nation“ als international führend gilt. Dennoch halten nur 7 Prozent der Deutschen eine verstärkte Kooperation mit Israel in diesem Bereich für wichtig. Und auch die Israelis selbst finden anderes bedeutsamer: Nur 15 Prozent haben die Kategorie „Start-ups und Inno-

vationen“ für sich als relevant im Austausch mit Deutschland vermerkt.

Gut ein Viertel der Deutschen (26 Prozent) findet darüber hinaus zivilgesellschaftlichen Austausch mit Israel wichtig. Auf israelischer Seite findet dieser Bereich mit lediglich 16 Prozent Zustimmung weniger Beachtung. Mit der bereits 2018 angedachten Schaffung eines gemeinsamen deutsch-israelischen Jugendwerks harrt aber auch in diesem Bereich, ähnlich wie im Falle der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen, ein wichtiges Projekt der Umsetzung, das durch wechselnde israelische Regierungen weiter verzögert werden dürfte.

Die Israelis erachten dagegen vor allem eine Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und militärische Sicherheit für wünschenswert, womit sich einerseits die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels, zum anderen die große Bedeutung der Anbindung Israels an internationale Märkte ausdrücken dürften. Fast jeder zweite Israeli (46 Prozent) betont die Bedeutung wirtschaftlicher Kooperation mit Deutschland. Dass unter den befragten Deutschen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel hingegen nur auf Platz drei (32 Prozent) rangiert, muss nicht überraschen. Anders als das geographisch isolierte Israel ist Deutschland fest in den europäischen Binnenmarkt integriert. Zudem hat Israel aufgrund seiner im Vergleich kleinen Volkswirtschaft für Deutschland geringere wirtschaftliche Bedeutung als andere Länder.

In der Gesamtschau zeigt sich damit einerseits, dass man in beiden Ländern mehrheitlich positiv auf den aktuellen Stand der Zusammenarbeit blickt und man andererseits klare Felder benennen kann, in denen der Ausbau der Zusammenarbeit aus Sicht der Befragten besonders wichtig erscheint. Denn obwohl sich zwischen Deutschen und Israelis durchaus unterschiedliche Interessenlagen ergeben, was die Themen der bilateralen Kooperation angeht, besteht doch Einigkeit darin, dass eine enge Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ und „Politische Zusammenarbeit auf Regierungsebene“ künftig einen hohen Stellenwert einnehmen sollte.

9 Schlussbetrachtung: Die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen

Was besagen diese Ergebnisse für die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen?

In der Gesamtschau sind die deutsch-israelischen Beziehungen derzeit gut aufgestellt. Seit den Tagen des Luxemburger Abkommens vor 70 Jahren ist ein belastbares Fundament für den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch entstanden. Dies ist ein bemerkenswertes Ergebnis der vielfältigen Kontakte, die Menschen aus beiden Ländern über die Jahrzehnte entwickelt haben. Dennoch besteht mit Blick auf drei Herausforderungen verstärkter Handlungsbedarf.

Erstens bleibt die Erinnerung an den und die Auseinandersetzung mit dem Holocaust auch in Zukunft eine der wesentlichen Aufgaben in der Gestaltung deutsch-israelischer Beziehungen. Zwar sprechen unsere Studienergebnisse nicht für eine deutsche „Erinnerungsmüdigkeit“, wie bisweilen in der öffentlichen Debatte vermutet wird. Völlige Einigkeit im Umgang mit der Vergangenheit des Holocaust besteht in Deutschland aber auch nicht, ist doch knapp jede:r zweite Deutsche bereit, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und nicht mehr so viel über die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus zu sprechen. Eine Problemstellung für die konkrete Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen ergibt sich daraus, dass sich die Befragten beider Länder sehr uneinig sind, ob aus der NS-Vergangenheit eine besondere deutsche Verantwortung für Israel erwachsen soll. Während in Israel eine Mehrheit von 57 Prozent diese Verantwortung sieht, ist es in Deutschland eine Minderheit von

nur 27 Prozent. Israelis haben also Erwartungen an Deutschland, die eine Mehrheit der deutschen Befragten nicht uneingeschränkt bereit ist zu erfüllen.

Hoffnung machen die jungen deutschen Befragten, denn unter ihnen scheint eine historische Sensibilität gegenüber der Geschichte des Holocaust stärker als in anderen Gruppen verankert zu sein. Und dennoch: Eine intensivere politische und gesellschaftliche Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der besonderen Verantwortung Deutschlands – auch mit dem Ziel eines besseren Verstehens der Sicht der jeweils anderen Seite – ist und bleibt dringend notwendig. Auch in konkreten Begegnungsprogrammen kann man nur dazu raten, das Thema Holocaust und seine Bedeutung für heute weiter als integralen Bestandteil des Umgangs miteinander aufzugreifen.

Zweitens sind die zum Teil sehr unterschiedlichen Prägungen der jüngeren Generationen beider Länder zu beachten, sodass Grund zur Sorge besteht, dass sich beide zunehmend voneinander entfremden. Denn junge Deutsche und junge Israelis unterscheiden sich in ihrer politischen und kulturellen Verortung und divergieren damit auch in ihrer Einschätzung wichtiger politischer Fragen.

Die jüngste Gruppe der deutschen Befragten im Alter von 18 bis 29 Jahren lässt in unserer Befragung vor allem gegenüber Jüdinnen und Juden allgemein sowie den an ihnen verübten Verbrechen ein tiefgreifendes, historisches Bewusstsein erkennen. Verpflichtungen gegenüber dem Staat Israel leiten sich daraus nach Meinung der jugendlichen Befrag-

ten jedoch nicht ab. In der Umfrage zeigt sich dies daran, dass diese Gruppe eine etwas negativere Meinung über die israelischen Regierung hat, aber zeitgleich stärker als alle anderen Altersgruppen die Ansicht vertritt, dass Deutschland die Interessen Israels international stärker schützen sollte. Diese scheinbare Ambivalenz wird aus der gesteigerten Bedeutung des Holocaust für diese Gruppe erklärbar, denn keine Altersgruppe widerspricht beispielsweise der Forderung nach einem Schlussstrich häufiger, als es diese tut. Es ist demnach konsequent, wenn die unter 30-Jährigen auch die einzigen sind, die (mit großem Abstand) mehrheitlich dafür plädieren, dass der Holocaust für die heutige und künftige Politik eine große Rolle spielen sollte. Zudem sind antisemitische Ressentiments in dieser Gruppe weniger stark vertreten als unter allen anderen Befragten. Insgesamt lassen sich die Befunde für diese Gruppe also auf die Formel bringen: historische Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden ja, gegenüber dem Staat Israel jedoch nicht (siehe Kapitel 5.3: „Verantwortung als Folge aus der Vergangenheit“).

Die jüngere jüdische Generation in Israel dagegen ist insgesamt politisch eher rechtsstehend, sowohl in gesellschafts- als auch in sicherheitspolitischen Fragen den Nahen Osten betreffend, womit sich die besagte Kluft zur Gruppe der deutschen Befragten gleichen Alters bereits andeutet. Junge Israelis sehen jüdisches Leben in Deutschland tendenziell stärker bedroht als andere Gruppen. Keine Altersgruppe zeigt sich stärker davon überzeugt, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland unsicher sind oder dass die deutsche Politik zu wenig unternimmt, um judenfeindliche Einstellungen zu bekämpfen und Jüdinnen und Juden vor Übergriffen zu schützen. Auch in sicherheitspolitischen Fragen steht die israelische Jugend eher rechts, etwa wenn diese Gruppe stärker als andere eine einseitige Unterstützung Israels durch Deutschland fordert, wo die deutsche Jugend auf Ausgleich setzt, einer etwaigen Zweistaatenlösung stärker ablehnend gegenübersteht als alle anderen Altersgruppen (und die Gruppe der deutschen 18- bis 29-Jährigen) oder einem Militärschlag gegen Iran im Falle des Baus einer Atombombe positiver gegenübersteht als alle Mitbürger:innen anderen Alters.

Um einer Entfremdung unter den Jugendlichen beider Länder entgegenzuwirken, bedarf es eines sowohl politisch wie auch religiös inklusiven, gesellschaftspolitischen Dialogs. Angesichts der seit Jahren anhaltend hohen Geburtenraten speziell der ultraorthodoxen Bevölkerung Israels (siehe u. a. Lintl 2020) empfiehlt es sich auch, vor allem das Thema religiöser Identität bei Vernetzungsaktivitäten zu thematisieren und gezielte Anstrengungen zu unternehmen, Israelis einzubeziehen, die sich als religiös definieren. Erfahrungsgemäß bestehen an dieser Stelle häufig Berührungspunkte, die aber dringend aufgelöst werden müssen, um einen Dialog Beteiligter beider Länder auf Augenhöhe zu ermöglichen. Eine Chance könnte in dieser Hinsicht sein, dass die jüngere Generation in Deutschland tendenziell weniger anfällig für antisemitische Stereotype ist, die Erinnerung an den Holocaust wachhalten und mehr als die ältere Generation die Sicherheit und Interessen Israels geschützt sehen will. Dies gilt es zu nutzen.

In Deutschland ist, drittens, festzuhalten, dass sich die innenpolitischen Polarisierungen der vergangenen Jahre auch auf die deutsch-israelischen Beziehungen auswirken. Wie in vielen anderen Kontexten (etwa der Flüchtlingswelle 2015, der Coronapandemie oder dem Krieg Russlands gegen die Ukraine) sind gravierende Unterschiede zwischen den Wähler:innen der AfD und den anderen im Bundestag vertretenen Parteien festzustellen – sowohl mit Blick auf Fragen der Demokratie und Erinnerungspolitik als auch auf die deutsch-israelischen Beziehungen. So sprechen sich zwei Drittel der AfD-Anhänger:innen für einen sogenannten Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit aus, zugleich sind sie die einzigen, die eine besondere aus der NS-Vergangenheit resultierende Verantwortung Deutschlands für Israel mehrheitlich ablehnen. Auch weisen sie eine deutlich stärkere Neigung zu antisemitischen Einstellungsmustern auf als die Anhänger:innen der anderen Parteien im Deutschen Bundestag. Zeitgleich greift eine Verortung des Antisemitismus allein an den politischen Rändern zu kurz, denn es hat sich auch gezeigt, dass antisemitische Einstellungen, vor allem in ihren auf Israel bezogenen Formen, erschreckend stark auch in der Mitte der deutschen

Gesellschaft beheimatet sind. Wie stark solche Einstellungsmuster künftig die deutsch-israelischen Beziehungen prägen werden, hängt davon ab, wie gut es den demokratischen Kräften jenseits der politischen Ränder gelingt, in der Gestaltung der Beziehungen beider Länder tonangebend zu bleiben. Vor allem aber ist es eine vordringliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten sowie durch Bildung und die Ermöglichung von Dialog und persönlichen Kontakten präventiv zu handeln.

Eine Möglichkeit der aktiven Ausgestaltung der Beziehungen ist der Ausbau von Kooperationen zwischen beiden Ländern. Mit ihr sind die Befragten zwar mehrheitlich zufrieden, gleichzeitig konnten mit den Bereichen „politische Zusammenarbeit“ und „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ aber Felder identifiziert werden, in denen man sich auch künftig besonders intensiven Austausch auf beiden Seiten wünscht.

10 Literaturverzeichnis (Auswahl)

- American Jewish Committee (AJC) Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute (Hrsg.) (2022). Antisemitismus in Deutschland: Eine Repräsentativbefragung. Berlin. <https://ajcgermany.org/de/broschuere/antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung> (Download 20.8.2022).
- Arnold, Sina und Jana König (2019). „One Million Antisemites? Attitudes toward Jews, the Holocaust, and Israel. An Anthropological Study of Refugees in Germany“. *Antisemitism Studies* (3) 1. 4–45.
- Averbukh, Lidia (2021). „Towards Jewish-Arab Normalization in Israel“. *SWP Comment* 17.3. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Becke, Johannes (2018). „Die Favela im Dschungel: Zur israelischen Selbstwahrnehmung als westliche Enklave.“ *Jüdischer Almanach*. Hrsg. Gisela Dachs. Frankfurt am Main.
- Beigang, Steffen, Karolina Fetz, Dorina Kalkum und Magdalena Otto (2019). *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland: Ergebnisse einer Repräsentativ- und Betroffenenbefragung*. Baden-Baden.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007). *Deutsche und Juden: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?* Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015). *Deutschland und Israel heute: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020). *Ungleichgewicht in der gegenseitigen Wahrnehmung zwischen Europa und Israel*. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutliche-unterschiede-in-der-gegenseitigen-wahrnehmung-zwischen-europa-und-israel> (Download 5.7.2022).
- Borchard, Michael, Lars Hänsel und Marc Frings (2016). *Ein schwieriges Beziehungsgeflecht? Umfrage: Die USA, Deutschland, Israel und die Palästinensischen Gebiete in der Gesamtsicht*. KAS Studie. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2018). *Israel. Informationen zur politischen Bildung* 1/2018. Bonn.
- Decker, Oliver und Elmar Brähler (2020). *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen.
- Der Spiegel (Hrsg.). „Mehr verdrängt als bewältigt. Die Einstellung der Deutschen und der Juden zueinander“. *Spiegel Spezial* 2/1992.
- Deutsch-Israelische Schulbuchkommission (Hrsg.) (2015). *Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen*. Göttingen.
- Fink, Carole (2019). *West Germany and Israel: Foreign Relations, Domestic Politics, and the Cold War, 1965–1974*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hagemann, Steffen (2019). „Distanced friends. Germany and Israel“. *Zeitschrift Osteuropa* 9–11/2019. 411–428.
- Hestermann, Jenny (2016). *Inszenierte Versöhnung: Reisediplomatie und die deutsch-israelischen Beziehungen von 1957 bis 1984*. Frankfurt.
- Hestermann, Jenny (2020). „Israel-Studien in Deutschland nach 1945 – Eine kurze Wissenschaftsgeschichte“. *Israel-Studien. Geschichte, Methoden, Paradigmen*. Hrsg. Michael Brenner, Daniel Mahla und Johannes Becke. Göttingen.
- Hochman, Oshrat, Rebeca Rajman und Peter Schmidt (2016). „National Identity and Exclusion of Non-Ethnic Migrants: Germany and Israel in Comparative Perspective“. *Dynamics of National Identity: Media and Societal Factors of What We Are*. Hrsg. Jürgen Grimm, Leonie Huddy, Peter Schmidt und Josef Seethaler. London: Routledge. 64–82.
- Imhoff, Roland, Michal Bilewicz, Katja Hanke, Dennis T. Kahn, Naomi Henkel-Guembel, Slieman Halabi, Tal-Dhani Sherman und Gilad Hirschberger (2016). „Explaining the Inexplicable: Differences in Attributions for the Holocaust in Germany, Israel, and Poland“. *Political Psychology* (38) 6. 907–924.

- Jamal, Amal (2009). *The Arab Public Sphere in Israel: Media Space and Cultural Resistance*. Indiana Series in Middle East Studies. Bloomington: Indiana University Press.
- Kranz, Dani (2015). „Ein Plädoyer für den Alloismus: Historische Kontinuitäten, Zeitgeist und transkultureller Antisemitismus“. *Wir vergessen nicht, wir gehen tanzen. Israelische und deutsche Autoren schreiben über das andere Land*. Hrsg. Norbert Kron und Amichai Shalev. Frankfurt am Main.
- Lavy, George (1996). *Germany and Israel: Moral Debt and National Interest*. London: Frank Cass.
- Lintl, Peter (2020). „Die Charedim als Herausforderung für den jüdischen Staat. Der Kulturkampf um die Identität Israels“. SWP-Studie 21. Hrsg. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Oz-Salzberger, Fania (2016, israelische Erstausgabe 2001). *Israelis in Berlin*. Frankfurt am Main.
- Perthes, Volker (Hrsg.) (2002). *Germany and the Middle East*. Berlin.
- Scheindlin, Dahlia (2019). „Poll, Jews and Arabs much less divided than Israeli politics lets on“. +972 MAGAZINE 3. April. <https://www.972mag.com/poll-israelis-positive-viewjewish-arab-relations/> (Download 5.7.2022).
- Silbereisen, Rainer K., Peter F. Titzmann und Yossi Shavit (2014). *The Challenges of Diaspora Migration: Interdisciplinary Perspectives on Israel and Germany*. London: Routledge.
- Veit, Winfried (2018). *Von der Versöhnung zur Partnerschaft: 50 Jahre Israel-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Witzhum, David und Sylke Tempel (2015). „Gegenseitige Wahrnehmungen“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (65) 6. 14–23.
- Wolffsohn, Michael (1988). *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München.

11 Kontinuität trotz Wandel? Einblicke in das deutsch-israelische Verhältnis

Ein Schlusswort von Prof. Dan Diner

Dan Diner ist Professor emeritus für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität zu Jerusalem. Er steht der Alfred Landecker Foundation vor.

Deutschland und Israel sind kaum miteinander kompatible Gemeinwesen. Deswegen dürfte es sich als wenig sinnvoll erweisen, quantitative Parameter wie Ausdehnung, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft zur Hand zu nehmen, um Vergleichsmaßstäbe zwischen beiden Ländern zu gewinnen. Gleichwohl drängt es sich immer wieder auf, beide Länder zueinander in Beziehung zu setzen, Vergleiche vorzunehmen und Entwicklungen periodisch Revue passieren zu lassen. Grund hierfür ist in erster Linie, wenn nicht gar ausschließlich, „die Geschichte“. Aus dieser historischen Perspektive liegt es nahe, zu untersuchen, wie Israelis auf Deutschland und umgekehrt Deutsche auf Israel schauen und wie sich das jeweilige Bild voneinander vor dem Hintergrund der Vergangenheit und damit des Holocaust verändert.

Gleichwohl lässt sich das, was in Folge von Geschichte oder Vergangenheit das Interesse am deutsch-israelischen Verhältnis nährt, nur schwer quantifizieren. Zwar vermag die empirische Sozialforschung mittels Umfragen den signifikanten Wandel von Einstellungen zueinander und Meinungen voneinander ergründen. Und doch bleibt es schwierig, die jeweils erhobenen Befunde sinnvoll aufeinander zu beziehen. Solche Erschwernisse dürften sich – und dies ist ein wesentlicher Umstand – erst in zweiter Linie auf „die Geschichte“, und damit den Holocaust und seine Folgen zurückführen lassen.

Wesentlich ist, dass dieser ohnehin schwierige Komplex durch etwas anderes, Unmittelbareres überlagert wird, nämlich die gänzlich unterschiedlichen existenziellen lebensweltlichen Konstellationen der Gegenwart.

Die Parameter der Unterscheidung beginnen damit, dass Deutschland nicht nur ein vergleichsweise reiches Gemeinwesen ist, sondern, dass die jüngere Geschichte es mit den Deutschen recht gut gemeint hat. Nicht allein damit, dass die unerwartet erlangte Einheit ihres Landes inmitten der niedergehenden Ordnung des Kalten Krieges friedlich zustande kam. Auch zuvor, in der alten bundesrepublikanischen Zeit und während des sich zuspitzenden Ost-West-Gegensatzes, wurde Deutschland durch die US-amerikanische Präsenz und die voranschreitende europäischen Integration von Verwerfungen existenzieller Art bewahrt.

Dieser lang anhaltende Zustand von Frieden, Freiheit und Wohlstand bei zugleich von außen gewährleistetem Schutz hat zur Herausbildung eines Lebensgefühls beigetragen, das – und hier liegt ein auffälliger Unterschied zu Israel – einen permanent existenziellen Ausnahmezustand nicht kennt. Den Deutschen ist das Gefühl eines andauernden Zustands von Sicherheit, Frieden und Wohlstand zur zweiten Natur geworden.

Solche beneidenswerten Lebensumstände sind den jüdischen und den arabischen Israelis sowie auch den Palästinenser:innen nicht vergönnt. Und dies jenseits aller sich auftürmender Fragen nach Ursachen, Verantwortung und Schuld an und in dem Konflikt, der auf den Menschen lastet, die zwischen Mittelmeer und Jordanfluss leben. Entscheidend ist, dass dieser politische Konflikt für alle Beteiligten – ob direkt oder indirekt, ob nah oder fern – von existenzieller Bedeutung ist. Dieser außergewöhnliche Umstand wirkt sich auf alles Weitere aus.

Schon wegen dieser fundamentalen, die Gegenwart prägenden Differenz sind die deutschen und israelischen Zustände nicht miteinander vergleichbar. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn mit Blick auf die Vergangenheit – eben „die Geschichte“ – dennoch Vergleiche gezogen und mögliche Einstellungsveränderungen der Menschen in beiden Ländern zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Welche Erkenntnisse auch immer sich aus solchen Untersuchungen ergeben haben oder künftig ergeben: Das Verhältnis zwischen beiden Gemeinwesen bleibt vor allem deshalb und auch bei aller Veränderung komplex, weil das Bewusstsein und Selbstverständnis des einen für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein des anderen konstitutiv ist. Deutschland ist für Israel wie Israel für Deutschland kein beliebiges Land.

Die Ergebnisse

Die Daten der jüngsten Erhebung zum deutsch-israelischen Verhältnis und die damit verbundenen Schlussfolgerungen geben zu so mancher Verwunderung Anlass. So überrascht vor allem der Umstand, dass sich im Vergleich zur letzten, immerhin gut neun Jahre zurückliegenden Erhebung (veröffentlicht 2015) offenbar recht wenig verändert hat. Auffällig ist vor allem, dass die befragten Deutschen sich mehrheitlich ein positives Bild von Israel bewahrt haben. Im israelisch-palästinensischen Konflikt sehen sie mehrheitlich beide Parteien in der Pflicht, aufeinander zuzugehen. Die kollektive Erin-

nerung an den Holocaust ist mit keinem und wenn, dann mit einem eher zu vernachlässigenden Überdruß verbunden. Ein bereits früher diagnostizierter deutscher Bevölkerungsanteil von 20 bis 30 Prozent mit antisemitischen Einstellungsmustern hat sich nicht groß verändert.

In parteipolitischer Hinsicht lässt sich in der Haltung zu Israel, den Jüdinnen und Juden und dem Holocaust erwartungsgemäß eine Abstufung erkennen. So sind die Anhänger:innen der Bündnis 90/Die Grünen als die wohl israelfreundlichste Partei auf der einen, die AfD am anderen Ende der Sympathieskala angesiedelt. Auch sind christdemokratische Wähler:innen israelfreundlicher eingestellt als sozialdemokratisch orientierte. In ähnlicher Abstufung wird auch die Frage nach der Dringlichkeit der Bekämpfung von Antisemitismus beantwortet: Auch hier erweisen sich Anhänger und Anhängerinnen von Bündnis 90/Die Grünen, nunmehr assistiert von denen der Partei die Linke, als am stärksten engagiert.

Mit der veröffentlichten Meinung in den Print- wie auch in den anderen Medien will dieses Bild der Umfrage nach nicht harmonieren. Dort, wie im Milieu der Kulturschaffenden überhaupt, haben sich in den letzten Jahren stärker kritische bis abweisende Stimmen gegenüber Israel zu Wort gemeldet. Zwischen der sozialforscherisch abgefragten und der medialen beziehungsweise publizierten Meinung scheint sich also so etwas wie ein Stimmungshiatus einzustellen. Darüber hinaus legen die empirischen Erhebungen Widersprüchliches offen. So kontrastiert das vermeintlich stabile, gar statische deutsche Bild einer überwiegend positiven Einstellung zu Israel und einer konsequenten Ablehnung von Antisemitismus mit einer vergleichsweise hohen Zustimmung von 36 Prozent zu der Aussage, Jüdinnen und Juden (Israelis) verhielten sich gegenüber den Palästinenser:innen so wie die Nazis sich den Jüdinnen und Juden gegenüber verhalten hatten. Eine solche Haltung lässt, wo sie vertreten wird, zweierlei erkennen: Erstens wird der Holocaust in seiner besonderen Bedeutung als absoluter Genozid kaum verstanden – und deswegen wird zweitens der ekla-

tante Unterschied zu einem zwar blutigen, gleichwohl politischen Konflikt zweier Bevölkerungsgruppen um ein und dasselbe Land nicht gesehen.

Treffen die Ergebnisse der Erhebung in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit tatsächlich zu, dann liegt es nahe, daraus zu schließen, dass derart unterschiedliche Haltungen durchaus miteinander kompatibel sein können. Bei dramatischen Vorkommnissen, seien es Kriege oder andere gewalttätige Ereignisse, vermag diese ambivalent komponierte Einstellung zwar in die eine wie in die andere Richtung ausschlagen. Allerdings sieht es sehr danach aus, als könne die Deklaration „Israel ist Teil deutscher Staatsraison“ mit einer Israel gegenüber kritischen bis ablehnenden Haltung in komplexer Ambivalenz durchaus kohabitieren.

Unstrittig ist, dass sich die Haltung der Israelis Deutschland gegenüber kontinuierlich zum Positiven gewandelt hat. Zwar bleibt die Referenz der Schoah im jüdisch-israelischen Bewusstsein weiterhin dominant und vermag in kritischen Situationen erinnerungspolitisch abgerufen werden. Sie trübt aber das positive Bild Deutschlands nicht nachhaltig. Dass dabei in Israel weiterhin die Meinung überwiegt, Juden seien in der Welt grundsätzlich bedroht, und zwar jenseits aktueller antisemitischer Vorkommnisse, dürfte nicht verwundern. Diese Einstellung ist der jüdischen Staatlichkeit a priori eingeschrieben und ist im Verhältnis zu Deutschland besonders ausgeprägt. Insbesondere bei eher jüngeren Befragten lässt sich dieses Empfinden verlässlich abrufen. Dies dürfte unter anderem daher rühren, dass das Weltbild jüngerer Menschen aufgrund einer noch ausstehenden Lebenserfahrung eher dazu neigt, binär zu sein. Bei den älteren jüdischen Israelis hellt sich das Bild von Deutschland aufgrund ihrer komplexeren Lebenserfahrung und der damit einhergehenden größeren Fähigkeit zu differenzieren auf.

Auch parteipolitische Neigungen wirken sich auf die Haltungen von Israelis Deutschland gegenüber aus: Die Anhänger:innen eher liberal und säkular ausgerichteter Parteien neigen zu einem mo-

deraten Deutschlandbild, während Israelis, die sich stärker mit nationalistischen Parteien identifizieren, sich schon ihrer allgemeinen Einstellung wegen Deutschen und Deutschland gegenüber eher reserviert zeigen. Solche parteipolitischen Ausrichtungen Deutschland gegenüber sind im Prinzip konstant und seit dem Abschluss des Luxemburger Abkommens zur Wiedergutmachung von 1952 und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen im Jahr 1965 zu beobachten – auch wenn sie sich kontinuierlich ausdünnen. Der Unterschied ist freilich, dass die damaligen Gegner:innen von Beziehungen zu Deutschland auf der Linken verschwunden sind. Auch die Rechte, die damalige Herut-Bewegung, und in ihrer Nachfolge der heutige Likud, hat sich von einer eher „polnischen“ in eine zunehmend „misrachische“ Partei verwandelt. Die Haltung zu Deutschland hat für solche politische Milieus eine eher emblematische, denn eine substanziell-politische Bedeutung.

Die Rolle der arabischen Israelis

Die arabischen Israelis, gut 20 Prozent der Bevölkerung, lassen sich, wenn überhaupt, den Mustern des deutsch-israelischen Beziehungsgeflechtes nur schwer zuordnen. Zwar sind sie israelische Staatsbürger:innen, zugleich aber auch Teil des palästinensischen Volkes, das in den seit 1967 israelisch besetzten Gebieten von Westbank und Gazastreifen entweder beheimatet ist oder 1948 dorthin oder in die umliegenden arabischen Staaten vertrieben wurde oder geflüchtet ist. Als arabische Menschen sind sie zudem Teil der arabischen Nation – ein Bewusstsein, das in den letzten Jahrzehnten gleichwohl eher abgeklungen ist. Als Angehörige der muslimischen Glaubensgemeinschaft (von einer geringen Anzahl christlicher Palästinenser abgesehen) gehören sie der islamischen Umma an. So gesehen stehen den arabischen Israelis objektiv wie subjektiv verschiedene Zugehörigkeiten offen, von denen – im Licht historischer Verwerfungen und politischer Konjunkturen – mal die palästinensische, mal die arabische und/oder mal die muslimische mehr im Vordergrund zu stehen kommt.

In den letzten Jahren ist eine zunehmende „Israelisierung“ der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels zu beobachten und die Ergebnisse der Erhebung bestätigen diese Tendenz. Ihre soziale und wirtschaftliche Integration hat erheblich zugenommen, wie sich auch ihr Lebensstandard verbessert hat. In manchen Berufszweigen, vor allem im medizinischen Bereich, sind die arabischen Staatsangehörigen Israels nicht wegzudenken. Ohne das arabische Personal im Gesundheitswesen – Ärztinnen und Apotheker, Krankenschwestern und Altenpfleger – würde es in seiner Funktion massiv eingeschränkt sein.

Als Ausdruck dieser integrativen Entwicklung ist auch die Beteiligung der israelisch-islamischen Partei Ra'am (Vereinigte Arabische Liste) an der gegenwärtigen Regierung zu verstehen. Dies ist eine erhebliche Neuerung, um nicht zu sagen ein qualitativer politischer Sprung. Dieser wurde durch die besondere Konstellation ermöglicht, die zur letzten israelischen Regierungsbildung führte. Diese Regierung wurde dadurch zusammengehalten, dass Themen, die ein Zerwürfnis zwischen den verschiedenen ideologischen Lagern in sich bergen, soweit als nur möglich neutralisiert oder aufgeschoben werden. Der Form nach handelte es sich bei dieser Regierung um eine Exekutive, die anderenorts wohl als „Technokraten-Regierung“ gelten würde. Ihr Ziel war es, in einer Periode des Interregnums die Beschädigung des Rechtsstaates in der Regierungszeit Netanjahus zu richten. Diese, für den politischen Augenblick beschlossene „Entideologisierung“, machte es der islamischen Ra'am möglich, sich an der Regierung insoweit zu beteiligen, wie es die Koalition vermochte, der arabischen Bevölkerung Israels in Fragen sozialer wie administrativer Verbesserung entgegenzukommen.

Was den Eintritt der Ra'am in die israelische Regierung – und dies im Unterschied zu der in der Opposition verharrenden arabischen Vereinigten Liste – auch begünstigt haben mag, ist paradoxerweise auch und gerade ihr islamischer Charakter: Für die Ra'am stehen die nationalen und damit säkularen palästi-

nensischen Bestrebungen weniger im Vordergrund als die soziale Besserstellung der arabischen Bevölkerung Israels, was längerfristig auch ihre Anerkennung als national-kulturelle Minderheit beinhalten würde. Dafür ist die Führung der Partei bereit, die Legitimität des jüdischen Charakters Israels anzuerkennen – geradezu eine Revolution für eine arabische Partei.

Die in all dem zum Ausdruck kommende Tendenz einer zunehmenden Integration der arabischen Bevölkerung Israels bewegt sich freilich auf dünnem Eis. Während des letzten Gaza-Krieges im Mai 2021 wurde bei Zusammenstößen zwischen jüdischen und arabischen Israelis deutlich, welche dramatischen Untiefen der Konflikt für beide Bevölkerungsgruppen bereithält. Insofern liegen hier zwei unterschiedliche, sich gleichsam widersprechende Tendenzen eng beieinander: zivile Integration und blutige Desintegration. Diese Kluft erinnert, wenn auch von gänzlich anderer Qualität, an die sich höchst ambivalent ausnehmenden Einstellungen deutscher Befragter gegenüber Israel, wonach proisraelische Haltungen auf der einen Seite vereinbar sein können mit einer schroffen Ablehnung Israels in anderen Punkten.

Neue Perspektiven auf alte Fragen

Im deutsch-israelischen Verhältnis nimmt die arabische Bevölkerung Israels keine aktive Rolle ein. Vielmehr dürfte sie Deutschland gegenüber agnostisch eingestellt sein – abgesehen von dem Umstand, dass es gerne als touristisches Ziel in Augenschein genommen wird. Auch daran mag deutlich werden, dass sich das deutsch-israelische Verhältnis in europäischen Spuren bewegt und damit in den Residuen der Vergangenheit seinen Resonanzboden hat. Ob dies auch in Zukunft so bleiben wird, ist nicht gewiss. Der abrupt eingetretene Generationswechsel in der deutschen Politik, die thematischen Verschiebungen in Richtung Klimakrise und Digitalisierung und nicht zuletzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen (siehe dazu auch weiter unten) ver-

weisen auf die auf Europa und damit auf Deutschland zukommenden Verwerfungen der großen Politik, die mehr sind als bloße Akzentverschiebungen.

Einfluss auf das deutsch-israelische Verhältnis hat zweifellos auch die Migration der letzten Jahrzehnte. Sie hat die Komposition der deutschen Bevölkerung verändert, es sind Erfahrungen und kollektive Erzählungen hinzugekommen, die über den etablierten deutschen Erinnerungskanon hinausweisen. Dies will nicht heißen, dass ein über eine lange Dauer gewachsenes deutsches Geschichtsbewusstsein und eine damit verbundene „Gedenkkultur“ gleichsam „gecancelt“ werden. Eher ist davon auszugehen und zu hoffen, dass jene schmerzhaft erlangenen Einsichten auf Grundlage von ethischen Überzeugungen, die allen zugänglich sind, neu ausgehandelt und auch „Anderen“ vermittelt werden können.

Damit wird in Aussicht gestellt, dass die Fragen, die in den vergangenen Jahrzehnten die deutsch-jüdisch-israelischen Beziehungen bestimmt haben, nicht an Bedeutung verlieren, sondern sich wandeln und sich mit dieser Wandlung verallgemeinern werden. Ein solcher, interkulturelle Bedeutung annehmender Diskurs wird sich weiterhin an den „alten“ Fragen abarbeiten, wenn auch in erweiternder Gestalt. Dabei wird es um die Besonderheit des Holocaust im Vergleich mit anderen Genoziden ebenso gehen wie um die Legitimität Israels, die aus jenem Geschehen hervorgeht, ohne dabei die Leidenserfahrung anderer hintanzustellen. Wie diese sich ankündigenden Veränderungen die Zukunft und damit das deutsch-israelische Verhältnis gestalten werden, ist allerdings offen. Eins dürfte gleichwohl gewiss sein: Neue kollektive Einsichten werden entlang der Besonderheit des Holocaust, der Erinnerung an die unterschiedlichen Formen von Kolonialgewalt sowie der Anerkennung vergangenen Unrechts ausgehandelt werden müssen.

Ein Nachtrag zum Angriff Russlands auf die Ukraine

Die durch den russischen Krieg in und gegen die Ukraine herbeigeführte „Zeitenwende“ hat in alle Richtungen Schockwellen ausgelöst. Davon konnte Israel nicht unberührt bleiben. Als unmittelbarer Nachbar Russlands in Syrien ist der jüdische Staat zu erheblichen Rücksichtnahmen angehalten und sucht, ob schon enger Bündnispartner der Vereinigten Staaten und mit nicht unerheblichen Sympathien für die Ukraine, so etwas wie verhaltene Neutralität zu demonstrieren. Auch die jüdische Geschichte im östlichen Europa und das davon geprägte kollektive jüdische Gedächtnis veranlassen Israel als jüdischen Staat, sich zwischen Russland und der Ukraine zu positionieren.

Diese „Zeitenwende“ dürfte sich aber auch in weiteren Diskursen in Europa und vor allem Deutschland zur Frage nach der Bewertung von Genoziden, von Holocaust und Kolonialverbrechen niederschlagen. Die postkoloniale Debatte ist bislang noch stark auf historische Ereignisse gerichtet, die auf der vertikalen Nord-Süd-Achse zu liegen kommen und den Globalen Süden im Blick haben. Die aktuelle Rückkehr des Krieges nach Europa führt dazu, dass sie wieder von der traditionellen kontinentalen und damit horizontal gerichteten West-Ost-Achse überlagert werden. Dies ruft Deutungsmuster hervor, die wir eigentlich aus dem 19. Jahrhundert kennen, darunter „jüdische Fragen“ und Narrative antisemitischer Weltverschwörungen.

Dan Diner, Mai 2022

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

September 2022

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Joachim Rother

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz, München

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Titelbild

© damianobuffo – stock.adobe.com

BSt ID-1325

DOI 10.11586/2022125

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Joachim Rother
Project Manager
Telefon +49 5241 81-81579
joachim.rother@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de